

Neue Wege gehen: Schwarz-Grün in Hessen

Erwartungen – Erfahrungen – Ergebnisse

Volker Kronenberg



Neue Wege gehen: Schwarz-Grün in Hessen

Erwartungen – Erfahrungen – Ergebnisse

Volker Kronenberg

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © istock/ ollo

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

ISBN 978-3-95721-455-3

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Schwarz-Grün: Bisherige Erfahrungen in Bund, Ländern und Kommunen	10
3. Der Weg zur Bildung einer schwarz-grünen Koalition in Hessen	24
3.1 Der Wahlkampf 2013: Personen und Positionen	25
3.2 Das Wahlergebnis: Erneut „hessische Verhältnisse“	29
3.3 Die Regierungsbildung: Wie Schwarz und Grün zueinander fanden	32
3.4 Zwischenfazit	38
4. Schwarz-grünes Regieren in Hessen anhand ausgewählter Politikfelder	42
4.1 Die Infrastruktur- und Umweltpolitik	43
4.2 Die Haushalts- und Finanzpolitik	51
4.3 Bildungspolitik	61
4.4 Innere Sicherheit	66
4.5 Exkurs: Die Flüchtlingsherausforderung	69
5. Fazit	82
Quellenverzeichnis	90
Literaturverzeichnis	96
Der Autor	111



1

Einleitung

Seit vielen Jahren, fast schon Jahrzehnten, wird das Modell einer Kooperation zwischen der Union aus CDU und CSU mit Bündnis 90/Die Grünen in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder diskutiert und publizistisch vor allem in den größeren Tages- und Wochenzeitungen aufgegriffen.¹ Obwohl in den Augen mancher Beobachter und Kommentatoren Schwarz-Grün bis heute etwas Exotisches anhaftet, sind schwarz-grüne bzw. grün-schwarze Kooperationen vor allem im kommunalen Bereich, aber auch auf Länderebene bereits politische Realität: zunächst in Hamburg, zeitweilig im Saarland, ergänzt um die FDP, seit 2013 in Hessen, seit 2016 unter grün-schwarzen Vorzeichen in Baden-Württemberg sowie seit 2017 als „Jamaika“-Koalition in Schleswig-Holstein. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schwarz-Grün, wenngleich nicht mehr in dem Maße „exotisch“ wie in vergangenen Jahrzehnten, meist noch als Koalitionsoption „zweiter“ oder sogar „dritter Wahl“ gehandelt wird. Von einer Wunschkoalition sprechen heute weder Union noch Grüne – aus unterschiedlichen, sei es aus inhaltlichen, arithmetischen oder strategisch-taktischen Gründen.

Trotz vielfacher Annäherungen und erfolgreicher Zusammenarbeit in Kommunen und Ländern ist Schwarz-Grün weiterhin eine besondere parteipolitische Konstellation. Geht es hierbei doch um zwei Farben, die nach wie vor spezifische Milieus sowie gesellschaftliche und kulturelle Trends repräsentieren und die tatsächlich über lange Zeit als kaum miteinander kompatibel, wenn nicht gar als einander diametral entgegengesetzt erschienen: „Schwarz-Grün war bis zum Anfang der 1990er Jahre eine Konstellation, die dem politischen Beobachter eine ähnlich große Vorstellungskraft abverlangte wie die Idee eines grünen Ministerpräsidenten.“²

Doch die Zeiten haben sich geändert. Sowohl aufseiten der Grünen als auch der CDU sind seit einigen Jahren Zeichen der Annäherung zu erkennen: Im Sommer 2011 lobte der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) die Kanzlerin einer CDU-geführten Großen Koalition für den Beschluss zum unumkehrbaren Ausstieg

aus der Kernenergie. Sowohl die im Saarland von 2009 bis 2012 amtierende schwarz-grün-gelbe „Jamaika“-Koalition als auch die in Hamburg von 2008 bis 2010 regierende, erste schwarz-grüne Koalition auf Länderebene wurden vorzeitig aufgekündigt. In Baden-Württemberg wurde 2016 die erste grün-schwarze Koalition unter Ministerpräsident Kretschmann vereidigt. Weitere Beispiele finden sich auf der kommunalen Ebene. So halten sich beispielsweise in den Kommunen und Kreisen des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslands Nordrhein-Westfalen schwarz-grüne und rot-grüne Bündnisse seit Jahren zahlenmäßig die Waage; zeitweilig überwogen gar die schwarz-grünen Kooperationen. Es sei daran erinnert, dass im nordrhein-westfälischen Mülheim an der Ruhr 1994 die bundesweit erste schwarz-grüne Zusammenarbeit in einer Großstadt das Licht der Welt erblickte.

Politische und kulturelle Annäherungen

Die einstmals nahezu unvorstellbare Zusammenarbeit von Union und Grünen ist somit heute mitnichten nur ein Thema des politischen Feuilletons oder des akademischen Elfenbeinturms. Schwarz-Grün ist in vielerlei Hinsicht eine gesellschaftliche und politische Selbstverständlichkeit geworden, eine Koalition, die Strategen der verschiedenen Parteien ebenso bewegt wie deren Mitglieder und Wähler. Ein Thema, das nicht nur auf koalitionspolitische, machstrategische Aspekte in Kommunen, Ländern oder dem Bund reduziert werden kann, sondern das politische, gesellschaftliche und kulturelle Wandlungsprozesse über nunmehr drei Jahrzehnte hinweg spiegelt.

Als sich die grüne Öko-, Friedens- und Anti-Atombewegung als Bundespartei im Januar 1980 gründete, bestand kaum ein Zweifel daran, dass diese „Anti-Parteien-Partei“ (Petra Kelly, Grüne) in ihrem Selbstverständnis und ihren Zielen einen fundamentalen Gegenentwurf zur Union von links darstellen sollte: „Trotz aller wertkonservativen Beiklänge des Großthemas Ökologie und trotz aller Einflüsse von Aktivisten im grünen Gründungsprozess, die nicht der Tradition der neuen Linken zuzurechnen waren,“ so blickt Hubert Kleinert auf die grünen Anfänge zurück, „haben

sich die Grünen von Anfang an eindeutig als Linkspartei verstanden. Eine Linkspartei neuen Stils freilich, deren Entstehung in erster Linie aus dem gesellschaftlichen Konfliktfeld zu verstehen ist, das die Werteforschung als Konflikt von materialistischen und postmaterialistischen Haltungen beschrieben hat.³ Kein Wunder: Die wechselseitigen Vorbehalte von Union und Grünen waren groß, die Rhetorik, mit der sie sich begegneten, eher derb denn nuanciert. Entsprechend lauteten auch Urteile aus der Union, etwa seitens des damaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler, der 1984 von „totalitären Elementen“ in grünen Inhalten sprach. Inhaltlich, rhetorisch und habituell schienen Grüne und Union Welten zu trennen, auch wenn ein genauerer Blick auf die milieuspezifische Zusammensetzung der grünen Basis oder auf einzelne Gründungspersönlichkeiten der Partei, wie zum Beispiel Herbert Gruhl, ein etwas anderes Bild hätte zeigen können. Doch milieuspezifische Schnittmengen zwischen Schwarz und Grün interessierten von Anfang an weniger als die auffallenden Unterschiede und Gegensätze in Programmatik und in großen Teilen des Personals. Berührungspunkte gab es ganz offensichtlich kaum. Wo sie dennoch vorhanden waren, wurden sie willentlich und zum Teil kaschiert: „Schwarz-Weiß“ dominierte das wechselseitige Verhältnis von Schwarz und Grün. Differenzierte Stimmen bildeten auf lange Zeit die großen Ausnahmen in beiden Parteien – aber auch darüber hinaus.

Die simple Farbenlehre einer klaren Trennung zwischen Schwarz(-Gelb) und Rot(-Grün), die auf Bundesebene die berühmt-berüchtigte Bonner „Pizza-Connection“ junger Nachwuchspolitiker von Union und Grünen Mitte der 1990er Jahre infrage zu stellen begann, ist heute in immer weniger Bereichen festzustellen und spiegelt sich auch in der Vielzahl heutiger Koalitionsvarianten auf der Ebene der 16 Bundesländer: Denn ebenso, wie sich die gesellschaftlichen und kulturellen Milieus zum Teil erheblich gewandelt haben, haben sich personelle Prägungen und Inhalte in den Parteien CDU, CSU und Grüne verändert. Einstige neuralgische Konfliktpunkte – wie etwa die Frage des Umgangs mit der Kernenergie –

scheinen heute, nach Fukushima und Energie- wende, endgültig ausgeräumt. In Fragen der Integrations- und Zuwanderungspolitik hat man sich, jenseits semantischer Nachhutgefechte um Multikulti und/oder Leitkultur, pragmatisch weiter aufeinander zu bewegt. Viele Beobachter hatten dies noch vor wenigen Jahren nicht erwartet.

Rückwirkungen auf die politische Kultur der Republik

Wenn also im Verhältnis von Grün und Schwarz ein erheblicher Wandel, begleitet von jenem in den zugehörigen wäblersozialogischen Milieus, zu beobachten ist – der Göttinger Parteienforscher Franz Walter attestierte Schwarz-Grün unter wäblersozialogischen Gesichtspunkten vor einigen Jahren die Gefahr einer „riskanten Überbürgerlichkeit“⁴ – dann stellt sich zwangsläufig die Frage nach dem künftigen Weg: Bewegen sich Schwarz und Grün, wäblersozialogisch wie programmatisch-strategisch immer weiter aufeinander zu oder – trotz allen Wandels – doch nicht? Konkret: Werden Bündnisse von Union und Grünen auch jenseits der kommunalen Ebene immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit? Schleifen sich einstige programmatische Gegensätze immer weiter ab, oder werden auch in Zukunft Schwarz und Grün den klaren Gegensatz von rechts und links markieren, ja womöglich markieren müssen, um den Identitätskern und die Bindungskraft für die Mitglieder und die eigene Wählerschaft nicht zu gefährden? Doch, so die naheliegende Gegenfrage: (Was) gelten die tradierten Koordinaten von rechts und links im politisch-kulturellen Milieu der „Berliner Republik“ noch? Sind die ersten „Laboratorien“ schwarz-grüner Kooperationen auf Landesebene ein Zeichen weiterer Annäherung? Oder lassen sie mit ihren Schwierigkeiten, ihren Unwägbarkeiten und ihrem Potenzial zum Scheitern nur die Seifenblase einer erhofften Etablierung von Schwarz-Grün in der Reihe deutscher Koalitionsoptionen zerplatzen?⁵ Schon diese exemplarisch formulierten Fragen indizieren, wie interessant eine Beschäftigung mit Schwarz-Grün in Hessen, rückblickend auf mehr als vier Jahre funktionierendes Koalieren, ist.

Der hessische „Fall“

Seit Januar 2014⁶ wird Hessen unter der Führung von Ministerpräsident Volker Bouffier von einer schwarz-grünen Koalition regiert. Zur Landtagswahl in Hessen im Herbst 2018 wird sie – ein vorzeitiger Bruch scheint wenige Monate vor der Wahl äußerst unwahrscheinlich – die erste Koalition dieser Art auf Landesebene in der Bundesrepublik Deutschland sein, die eine volle Legislaturperiode im Amt war.

Der *Mannheimer Morgen* konstatiert Ende 2017 im Sinne einer vorgezogenen Regierungsbilanz, Schwarz und Grün arbeiten absolut harmonisch und vertrauensvoll zusammen. Alle Vorhersagen, das Bündnis würde keine fünf Jahre halten, haben sich als gegenstandslos erwiesen.⁷ Tatsächlich sind die oben genannten Beispiele für Koalitionsprojekte mit der Beteiligung von Christdemokraten und Grünen auf Landesebene sämtlich entweder vor Ablauf der regulären Legislaturperiode gescheitert oder, wie im Falle von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, noch keine volle Legislaturperiode im Amt. Dies ist also Anlass genug, das schwarz-grüne Bündnis in Hessen einer Bilanz zu unterziehen. Die Wiesbadener Koalition ist darüber hinaus die erste dieser Art, die in einem industriepolitisch komplexen, stark dienstleistungsgeprägten westdeutschen Flächenland regiert. Hinzu kommt der Umstand, dass gerade Hessen stets für relativ stark polarisierte parteipolitische Auseinandersetzungen entlang klar definierter Lagergrenzen bekannt war, was die eingehendere Analyse besonders reizvoll erscheinen lässt. In die vorliegende Studie wurden dabei alle politischen Entwicklungen integriert, die sich bis zum Jahresende 2017 ereignet haben. Sie trägt damit zwar noch die Züge einer Zwischenbilanz, es steht jedoch nicht zu erwarten, dass die in ihr aufgestellten Befunde, Deutungen und Interpretationen bis zum Ende der Legislaturperiode noch einmal umfassend korrigiert werden müssten.

Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen

Indem die vorliegende Studie neben einer inhaltlichen Bilanz des Regierungshandelns auch die Rahmenbedingungen für schwarz-grüne Koalitionen

am Beispiel des Landes Hessen untersucht und die zukünftigen Perspektiven von Kooperationen dieser Art beleuchtet, werden folgende Leitfragen rückblickend und perspektivisch fokussiert:

1. Welche Erfahrungen gibt es grundsätzlich mit schwarz-grünen Koalitionen und Kooperationen auf Ebene der Länder sowie im kommunalen Bereich?
2. Welche historischen und systemischen Grundlagen und regionalen Besonderheiten fand die schwarz-grüne Zusammenarbeit in Hessen vor?
3. Aufgrund welcher Entwicklungen und Zusammenhänge kam es zur Bildung der schwarz-grünen Koalition in Wiesbaden?
4. Wie stellt sich die Regierungsbilanz des Wiesbadener Bündnisses dar? Was wurde in den jeweiligen Politikfeldern erreicht, und wo besteht nach wie vor Handlungsbedarf?
5. Welche Faktoren garantierten den Bestand und das weitestgehend geräuschlose Agieren der schwarz-grünen Koalition in Wiesbaden?
6. Welche Perspektiven lassen sich anhand des Beispiels Hessen – dem bekanntlich „größte[n] Koalitionslabor“⁸ der Bundesrepublik – für die schwarz-grüne Zusammenarbeit in weiteren Ländern bzw. im Bund formulieren?

Forschungsstand

Zur allgemeinen theoretischen und methodischen Einordnung wurden verschiedene Standardwerke der allgemeinen Koalitionstheorie⁹ verwendet, die durch weitere Literatur zur partei- und koalitionspolitischen Entwicklung der Bundesrepublik¹⁰ ergänzt wurden. Die Literaturlage zum spezifischen Thema schwarz-grüne Koalitionen ist im Rahmen der allgemeinen Koalitionsforschung in Deutschland nicht so üppig, wie man im ersten Moment vielleicht meinen könnte. Neben frühen Pionierstudien von Gerhard Hirscher et al. von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung¹¹ und

Jürgen Hoffmann von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung¹² ist die 2008 publizierte Monografie von Katharina Ober¹³ zu nennen, die sich mit den Erfahrungen schwarz-grüner Kommunalbündnisse in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Alle diese frühen Studien der 1990er und 2000er Jahre fokussieren mangels Erfahrungen auf Länder- und Bundesebene in erster Linie den kommunalpolitischen Kontext.

Die ersten schwarz-grünen Kooperationsmodelle auf Länderebene sorgten schließlich, beginnend mit den 2010er Jahren, für einen gewissen Forschungsschub. 2011 gaben Volker Kronenberg und Christoph Weckenbrock eine umfangreiche Anthologie heraus, die neben wissenschaftlichen und journalistischen Einordnungen auch konkrete Erfahrungsschilderungen von politischen Praktikern enthielt und die bis heute das wissenschaftlich wie journalistisch breiteste Spektrum einer Annäherung an Schwarz-Grün in historischer und gegenwartsbezogener Perspektive enthält.¹⁴ 2016 gab Kronenberg einen Anschlussband heraus, der aus einer Tagung an der Universität Bonn hervorging und verschiedene Analysen namhafter Parteienforscher zum Thema Schwarz-Grün versammelte.¹⁵ Von Weckenbrock liegt nun ein Standardwerk für den Gesamtkomplex Schwarz-Grün vor: „Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund“¹⁶, ergänzt um eine kürzere, stärker essayistisch angelegte und ein breiteres Lesepublikum adressierende Fassung der Studie.¹⁷

Die beiden letztgenannten Publikationen umfassen auch erste Zwischenbilanzen zur schwarz-grünen Koalition in Hessen.¹⁸ Für die Hintergründe der historischen Genese des hessischen Parteiensystems und der politischen Kultur in Hessen ist insbesondere ein neuerer von Wolfgang Schroeder und Arijana Neumann herausgegebener Sammelband¹⁹ hervorzuheben. Zum Wahlkampf und zum Wahlergebnis in Hessen 2013 liegt eine in der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* veröffentlichte einschlägige Analyse aus der Feder von Thorsten Faas vor.²⁰ Erste Bewertungen finden sich in einem Aufsatz von Kleinert.²¹ Die wissen-

schaftliche Bearbeitung der ersten schwarz-grünen Koalition in einem industriepolitischen Schlüsselland stellt noch ein Forschungsdesiderat dar, das die vorliegende Studie schließen möchte.

Dazu wurden u.a. Quellen wie der Koalitionsvertrag, parlamentarische Debatten, Dokumente der Landesregierung aus den verschiedenen Ministerien, Pressemitteilungen etc. ausgewertet sowie auf die regionale und überregionale mediale Berichterstattung zurückgegriffen. Flankiert wurde diese Quellen- und Literaturlauswertung durch persönliche Gespräche. In diesem Zusammenhang sei insbesondere dem Ministerpräsidenten des Landes Hessen Bouffier sowie dem hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir für die instruktiven und vertrauensvollen Gespräche sowie für die interessanten Einblicke in den „Maschinenraum“ des Bündnisses gedankt.

Außerdem danke ich meinem Team, konkret Dr. Manuel Becker, Mateus Beckert, Christian Botz, Hendrik Erz, Jonas Fehres, Lenno Götze, Kevin Medau, Marco Jelic, Oliver Rau und Anna Zell von ganzem Herzen für die Unterstützung des Projekts, für den großartigen Einsatz bei der Recherche von Material, der Evaluation von Befunden und auch bei der Bearbeitung des Manuskripts.

- 1 Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011. Volker Kronenberg: Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden, 2016. Vgl. auch die Dissertation von Christoph Weckenbrock, in der er über viele Jahre eine sorgfältige Auswertung unterschiedlichster Quellen zu schwarz-grünen Optionen durchgeführt hat. Christoph Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden, 2017.
- 2 Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 22.
- 3 Hubert Kleinert: Voraussetzungen und Grenzen schwarz-grüner Optionen, in: Kronenberg/Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, S. 173-192, S. 177.
- 4 Vgl. Franz Walter: Riskante Überbürgerlichkeit, in: Kronenberg/Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, S. 134-143, S. 134.
- 5 Auf der Bundesebene sah es nach der Bundestagswahl 2017 einige Zeit so aus, als zeichne sich eine Zusammenarbeit von Union, Grünen und der FDP ab, die dann aber letztendlich nicht zustande kam.
- 6 Die Landtagswahl fand am 22.09.2013 statt.
- 7 Vgl. Gerhard Kneier: Warmlaufen für den Wahlkampf, in: Mannheimer Morgen vom 30. Dezember 2017.
- 8 Bastian Scholz: Königsmacher im Dilemma. Die Grünen zwischen Schwarz-Grün und Rot-Rot-Grün, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 131-140, S. 132.
- 9 Vgl. exemplarisch Mark N. Franklin/Thomas T. Mackie, Familiarity and Inertia in the Formation of Governing Coalitions in Parliamentary Democracies, in: British Journal of Political Science 13 (1983), S. 275-298. Michael Laver/Norman Schofield, Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe, Oxford 1991. Wolfgang C. Müller/Kaare Strom (Hrsg.), Policy, Office or Votes? How Political Parties Make Hard Choices, New York, 1998. Lieven de Winter/Patrick Dumont, Uncertainty and Complexity in Cabinet Formation, in: Kaare Strom/Wolfgang C. Müller/Torbjörn Bergmann (Hrsg.), Cabinets and Coalition Bargaining. The Democratic Life Cycle in Western Europe, Oxford, 2008.
- 10 Vgl. beispielsweise Frank Decker und Eckhard Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, 2013. Vgl. Patrick Horst, Koalitionsbildungen und Koalitionsstrategien im neuen Fünfparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 3-4 (2010), S. 327-408.
- 11 Gerhard Hirscher et al.: Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit, München, 1995.
- 12 Jürgen Hoffmann: Schwarz-grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik. Gründe, Erfahrungen, Folgerungen, St. Augustin, 1997. Jürgen Hoffmann: Schwarz-grüne Bündnisse in den Kommunen. Modell für Bund und Länder?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28 (1997), S. 628-649.
- 13 Katharina Ober: Schwarz-grüne Koalitionen in nordrhein-westfälischen Kommunen. Erfahrungen und Perspektiven, Baden-Baden, 2008.
- 14 Kronenberg/Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte.
- 15 Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven.
- 16 Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland.
- 17 Christoph Weckenbrock: Schwarz-Grün für Deutschland? Wie aus politischen Erzfeinden Bündnispartner wurden, Essen, 2017.
- 18 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 865-878. Vgl. Christoph Weckenbrock: Schwarz-Grün für Deutschland?, S. 164-168.
- 19 Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016.
- 20 Thorsten Faas: Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013. Schwarz-grüne „hessische Verhältnisse“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (2014), S. 349-365.
- 21 Vgl. Hubert Kleinert: Schwarz-Grün in Hessen, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 59-71. Vgl. ferner Hubert Kleinert: Kulturrevolution in Wiesbaden? Zu Risiken und Perspektiven der schwarz-grünen Koalition in Hessen, in: Die Politische Meinung 525 (2014), S. 84-88.



2

Schwarz-Grün: Bisherige Erfahrungen in Bund, Ländern und Kommunen

Auf Länderebene gab und gibt es in verschiedenen Konstellationen bisher fünf Beispiele für Kooperationen zwischen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen: 2008 kam es in Hamburg mit der Koalition von CDU und Grünen unter dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust (CDU) erstmals zu einer vertragsbasierten Kooperation auf Landesebene. Das zweite Bündnis dieses Typs ist die im Mittelpunkt dieser Studie stehende schwarz-grüne Koalition in Hessen. In Baden-Württemberg wurde ein Bündnis der beiden Parteien 2016 unter umgekehrten Vorzeichen mit Ministerpräsident Kretschmann geschlossen. Eine schwarz-grüne Kooperation unter Einschluss der FDP bestand außerdem als sogenannte Saarmika-Koalition unter den Ministerpräsidenten Peter Müller und später Annegret Kramp-Karrenbauer (beide CDU) von 2009 bis 2012 im Saarland sowie seit Juni 2017 auch in Schleswig-Holstein, wo Daniel Günther (CDU) an der Spitze eines „Jamaika“-Bündnisses steht.

Deutlich umfangreicher sind die Erfahrungen in Städten und Gemeinden. Bereits bis zum Jahr 2013 wurde eine entsprechende Zusammenarbeit in mindestens 187 Kommunen geschlossen – in der Mehrzahl kleine und mittelgroße Städte. Allerdings gab es auch vertragsbasierte Kooperationen in mindestens 15 Großstädten.¹ Inzwischen dürften die Zahlen noch einmal höher liegen.

Ein Bündnis „zweiter“ oder „dritter Wahl“

Schwarz-grüne Bündnisse sind bisher Sonderfälle, die vor allem unter ganz bestimmten Rahmenbedingungen geschlossen wurden. Als lagerübergreifende Allianz werden sie im Gegensatz zu schwarz-gelben oder rot-grünen Koalitionen nur in Ausnahmefällen angestrebt. Selbst in den Fällen, in denen bestehenden schwarz-grünen Bündnissen beiderseits eine dezidiert positive Bilanz attestiert wurde, blieb die „Attraktivität der angestammten Koalitionspartner [...] erhalten.“² Schwarz-Grün ist in der Regel ein Bündnis „zweiter“ oder „dritter Wahl“, das erst dann zustande kommt, wenn die Alternativen arithmetisch, politisch oder personell ausgeschlossen wurden.³

Dies gilt nicht zuletzt für die jüngsten Bündnisschlüsse auf Landesebene in Baden-Württemberg⁴ sowie in Schleswig-Holstein⁵. Der entsprechenden Besonderheit schwarz-grüner Bündnisse sind sich die Beteiligten nicht nur bewusst, sie wird auch nach außen demonstrativ betont. So ist in den Koalitionsvereinbarungen von einer die jeweiligen Stärken addierenden „Ergänzungskoalition“ (Hamburg), von einem „Projekt“ (Saarland)⁶ oder vom Einbringen „neue[r] Impulse“ (Baden-Württemberg) die Rede.⁷ In Schleswig-Holstein beschwor Ministerpräsident Günther mehrfach die Vision einer „Verbindung von Ökonomie und Ökologie“⁸. Die besondere Konstellation von Schwarz-Grün gilt dabei stets als Risiko und Chance gleichermaßen.

Schwarz-Grün begünstigende Faktoren

Neben den bereits erwähnten wahlarithmetischen Bedingungen lassen sich weitere Faktoren identifizieren, welche zur Bildung einer schwarz-grünen Koalition beitragen. Als generell bedeutend hat sich die Existenz eines „flexiblen Koalitionsmarkt(s)“ gezeigt. Nur wenn vor der Wahl kein allzu deutlicher Ausschluss von denkbaren Koalitionen nach der Wahl praktiziert wird, ist ein Bündnisschluss ohne Gesichtsverlust möglich.⁹ Auf der anderen Seite kann das bewusste Erschließen neuer Koalitionsoptionen jenseits bekannter Bündnisse eine unterstützende Rolle spielen. Gerade weil Schwarz-Grün kein „normales“ Bündnis ist, eröffnet es als stilbildendes Experiment strategische Möglichkeiten.¹⁰ Die grundsätzliche politische Ausrichtung der Parteien ist hingegen für ein Zustandekommen der Kooperation, zumindest auf kommunaler Ebene, eher zweitrangig. Wiewohl die Konstellation des Aufeinandertreffens eines gesellschaftspolitisch eher liberal geprägten Unionsverbands mit eher bürgerlich orientierten Grünen eine harmonische Zusammenarbeit begünstigt. Als Musterbeispiele können die Städte Frankfurt und Essen gelten, wo die schwarz-grüne Koalition auch über die erste Legislaturperiode hinaus fortgeführt wurde.¹¹ Dennoch ist sie für die Bildung einer Koalition keine notwendige Voraussetzung.

Auch innerparteiliche Fragmentierung und die Existenz ausgesprochener Gegner von Schwarz-Grün haben, in den bisher bekannten Fällen, weniger dazu beigetragen, das Bündnis zu stabilisieren, sondern wurden eher als „strategisches Argument in den Koalitionsverhandlungen“ dazu genutzt, „parteipolitische ‚rote Linien‘ [...] zu verteidigen“¹². Wichtiger ist, so hebt u.a. Roland Sturm hervor, die gute „Chemie“ zwischen den Hauptakteuren in den Fraktionen und der Regierung, wie sie etwa in Hamburg bis zum Rücktritt von Ole von Beust oder im Saarland unter Müller konstatiert wurde.¹³ Persönliche Beziehungen sind nicht nur für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit wichtig, sondern können auch helfen, auftretende Unstimmigkeiten zu überbrücken. Aus demselben Grund ist eine klare und dauerhaft bestehende innerparteiliche Struktur mit „sattelfester“ Führungsspitze zentral für das Zustandekommen, aber noch viel mehr für die Stabilität der Koalition. Von Vorteil ist es, wenn eine personelle Annäherung bereits im Vorfeld stattgefunden hat,¹⁴ denn im Regierungsalltag sind schwarz-grüne Kooperationen erfahrungsgemäß auf einen hohen Koordinations- und Abstimmungsbedarf angewiesen.¹⁵

Größere programmatische Überschneidungen waren für das Zustandekommen schwarz-grüner Koalitionen zwar hilfreich, aber keineswegs zwingend. Unterschiedliche Interessen und Vorstellungen, vor allem aber unterschiedliche Auffassungen davon, wie bestimmte Ziele verfolgt werden, sind in einem schwarz-grünen Bündnis unvermeidlich. Weckenbrock vertritt deshalb die Auffassung, dass ein mögliches verbindendes Leitmotiv sinnvollerweise erst im Rahmen gemeinsamer Regierungspraxis entwickelt wird, um dieses einem Bündnis nicht vorab als Hypothek aufzubürden.¹⁶

Die politische Nähe von sogenannten natürlichen Koalitionspartnern kann bedingen, dass die eigene parteipolitische Profilierung vor allem emotional bestimmt ist; ein lagerübergreifendes Bündnis wie das zwischen Schwarz und Grün unterliegt dieser Logik nicht. Weil jeder Partner seine eigenen Themenfelder hat, die ihm wichtig

sind, kann auch die eigenständige themenspezifische Profilierung für die jeweilige Partei leichter fallen und muss nicht auf andere Kanäle ausweichen. Damit dieser Mechanismus funktioniert, muss allerdings eine beträchtliche Bereitschaft auf allen Seiten zum Kompromiss gegeben sein.¹⁷

Programmatische Schnittmengen

Dieses Ringen um Konsens fällt naturgemäß auf einigen politischen Feldern leicht, auf anderen deutlich schwerer. Als Konsensbereiche lassen sich kommunalpolitisch vor allem die Finanzpolitik und die Kulturpolitik sowie einige Bereiche der Umweltpolitik identifizieren. Hierbei stellt vor allem die Haushaltskonsolidierung inklusive entsprechender Maßnahmen wie die Verschlinkung von Behörden durch Zusammenlegungen oder Auslagerungen von Verwaltungsaufgaben eine Konstante dar.¹⁸

Kompromisslinien können in der Kommunalpolitik häufig in den Bereichen Integration, Wirtschaft, Schule und Soziales ausgemacht werden. Während etwa die CDU den Grünen regelmäßig in Fragen der Migration und Integration entgegenkam, zeigte sich umgekehrt aufseiten der Grünen vor allem bei der Anerkennung von wirtschaftlichen Interessen, der Bedeutung von lokalen Großbetrieben oder infrastrukturellen Besonderheiten – wie Häfen oder Luftverkehrsstandorten – sowie bei der Gewerbesteuer Konzessionsbereitschaft. Gerade im Bereich von Migration und Integration kann Schwarz-Grün durchaus eine gewisse Innovationskraft attestiert werden. Durch die Schaffung entsprechender Anlaufstellen, Ämter und unterstützender Ausschüsse wurde in einigen Städten Pionierarbeit für eine konsistente Integrationspolitik geleistet. Ideologische Debatten in der Schulpolitik konnten in den schwarz-grünen Kommunen meist als landespolitische Aufgabe ausgeklammert bzw. auf eine andere politische Ebene ausgelagert werden.¹⁹ In den Ländern war die Schulpolitik hingegen durchaus ein Konfliktfeld, konnte allerdings teilweise z. B. in Hamburg durch einen – letztendlich mittels eines Volksentscheids gekippten – Kompromiss befriedet werden. Auch im Saarland konnte auf diesem Feld eine Einigung erzielt werden, die

allerdings ebenfalls nur zum Teil durchgesetzt werden konnte. Ähnliches gelang in Hamburg beim Streit um den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg.²⁰

Politikfelder mit Konfliktpotential

Schwieriger war die kommunale Kompromissfindung auf den Feldern Verkehr, Innere Sicherheit und in Teilen der Umweltpolitik, auf denen meist diametral entgegengesetzte Positionen bestanden. Im Ausbau von Straßen und Flughäfen, Fragen der Förderung oder Einschränkung des Individualverkehrs, dem Bau von Kraftwerken, der Ausweisung von Gewerbeflächen oder bei der Einführung und dem Ausbau von Videoüberwachung gab es regelmäßig grundsätzliche thematische Konflikte mit Potenzial zum Scheitern des Bündnisses.²¹ Auch in Hamburg und Hessen lagen und liegen hier die größten Herausforderungen für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit. Auf diesen Aspekt wird im Zuge der konkreten Analyse des schwarz-grünen Regierens in Hessen mit Blick auf den Konfliktpunkt Flughafen später noch eingegangen. Ebenso konfliktträchtig verliefen in Schleswig-Holstein die Koalitionsverhandlungen in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr und wären angesichts bestehender Dissense fast gescheitert.²² Der Umgang mit diesen sensiblen Politikfeldern, mit neuralgischen thematischen Punkten, kann demnach auch als Gradmesser des Funktionierens der Koalition gelten. Hierbei hat sich vor allem auf kommunaler Ebene das Ausklammern bestimmter Themen als hilfreich erwiesen.²³ Dies ist allerdings auf Landes- oder gar Bundesebene aufgrund signifikant größerer thematischer Zuständigkeiten nicht ohne Weiteres möglich.

Nicht zuletzt: Ein vor allem in Kommunen auftretendes Phänomen ist der schwarz-grüne Bündnisschluss in klarer Abgrenzung zu einer jahrzehntelangen SPD-Dominanz, in Abgrenzung zur Monokultur, zu einer als „roter Filz“ beschriebenen Ämterpatronage.²⁴ Bei den Grünen ist dies in einigen Fällen mit schlechten Kooperationserfahrungen oder mit einem als wenig respektvoll empfundenen Umgang der SPD mit dem als selbstverständlich dem eigenen Lager zugerechneten kleineren Partner verbunden („Koch“/„Kellner“).

Nicht selten korrespondierte der schwarz-grünen Annäherung eine entsprechende, vorausgegangene rot-grüne Entfremdung. Mittel- oder langfristig vermochte eine solche Grundlage allerdings kaum eine wirksame Klammer zu bilden²⁵, was in nicht geringem Maße in einem sogenannten Verhandlungsparadoxon begründet lag.

Das schwarz-grüne „Verhandlungsparadoxon“

Dieses Paradoxon konstatiert Weckenbrock gerade aufgrund der häufig bestehenden persönlichen Vorbehalte der Grünen gegenüber der Union²⁶: In Koalitionsverhandlungen forderten die Grünen von der Union wesentlich mehr inhaltliche und personelle Zugeständnisse als in Verhandlungen mit der SPD. Weil die Sozialdemokratie den Grünen programmatisch in vielen Bereichen deutlich näher stand, wird von der Union ein politisches Entgegenkommen gefordert, das weit über das hinausgeht, was in einer rot-grünen Koalition denkbar wäre. Diese Forderungen speisten sich vor allem aus der Erwartung einer Kompensation für den Lagerwechsel, um diesen der häufig skeptischen Grünen-Basis schmackhaft zu machen. Diese sogenannte Lagerwechselprämie wurde den Grünen von der CDU in der Regel bereitwillig zugestanden bzw. von den Grünen sehr erfolgreich ausgehandelt und ließ sich in fast allen untersuchten Beispielen der vergangenen Jahre ausmachen: Sowohl inhaltlich als auch personell waren die Grünen in der Regel deutlich präsenter, als es angesichts ihres elektoralen Gewichts zu erwarten gewesen wäre.²⁷ Regelmäßig dominierten grüne Themen die Koalitionsvereinbarungen und häufig auch die Außenwahrnehmung der Koalition. Die Grünen konnten somit als die klaren Gewinner der Verhandlungen gelten.²⁸

Konsequenzen bei Folgewahlen

Dies bedeutet allerdings nicht automatisch, dass sich schwarz-grüne Bündnisse für die Grünen inhaltlich als besonders erfolgreich erwiesen hätten. Beispielsweise konnte die Partei in Hamburg trotz einer zweijährigen recht konfliktfreien, auf persönlicher Ebene durchaus harmonischen Zusammenarbeit im Ergebnis angesichts der Bestätigung des Kraftwerkbaus in Moorburg, der

Elbvertiefung, dem Scheitern eines Wiederaufbaus der Straßenbahn sowie des Primarschulkonzeptes keines ihrer zentralen Wahlziele verwirklichten.²⁹ Die überproportionale Berücksichtigung grüner Interessen erwies sich häufig als Stolperstein für die Stabilität schwarz-grüner Koalitionen, sorgte sie doch an der Unionsbasis – mitunter aber auch an der Spitze – für Unmut. Eine zu deutliche „grüne Handschrift“ in Arbeit und Außenwahrnehmung der Koalition führte etwa in Saarbrücken, Kassel und Kiel dazu, dass die CDU sich als Verliererin der Kooperation fühlte, was zum Versuch der inhaltlichen und persönlichen Abgrenzung der Union und somit letztlich zum Scheitern der Koalitionen beitrug.³⁰

Zuzuschreiben ist dieser Eindruck sicherlich auch den von der Union verzeichneten tendenziellen Verlusten bei den auf ein schwarz-grünes Bündnis folgenden Kommunalwahlen, während die Grünen eher Zugewinne verbuchen konnten. Diese Entwicklungen ließen sich allerdings nur teilweise auch auf kommunale Themen zurückführen, sondern zeichneten mitunter eher einen Bundestrend nach, sodass ein klares Urteil über die elektoralen Folgen nicht möglich ist.³¹ Eindeutiger ist die Analyse bei den beiden bereits beendeten Bündnissen auf Landesebene: Sowohl in Hamburg als auch im Saarland wurde eben jene Partei abgestraft, der die Hauptschuld für ein vorzeitiges Ende der Koalitionen angelastet wurde.

Als stabil haben sich vor allem Bündnisse erwiesen, in denen CDU und Grüne als sich ergänzende Partner agierten. In Frankfurt am Main und Essen konnte sich beispielsweise die Union mit ihren Kompetenzen in Innerer Sicherheit, Wirtschaft und Stadtentwicklung als komplementär zu den grünen Akzentuierungen in Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz profilieren. Nachweisbare Erfolge der Union wirken sich erfahrungsgemäß auch positiv auf die Akzeptanz des Bündnisses durch die eigene Basis und die Fraktion aus, während die Durchsetzung grüner Projekte eine Zustimmung der Parteibasis nicht grundsätzlich garantiert.³² Generell, so eine Tendenz schwarz-grüner Bündniserfahrungen der vergangenen Jahre, wird einem schwarz-grünen Bündnis von der CDU-Basis eine größere Zustimmung ent-

gegengebracht als von grüner Seite, wo bislang eher „rationale Zustimmung“ bei „emotionaler Zurückhaltung“ charakteristisch ist.³³

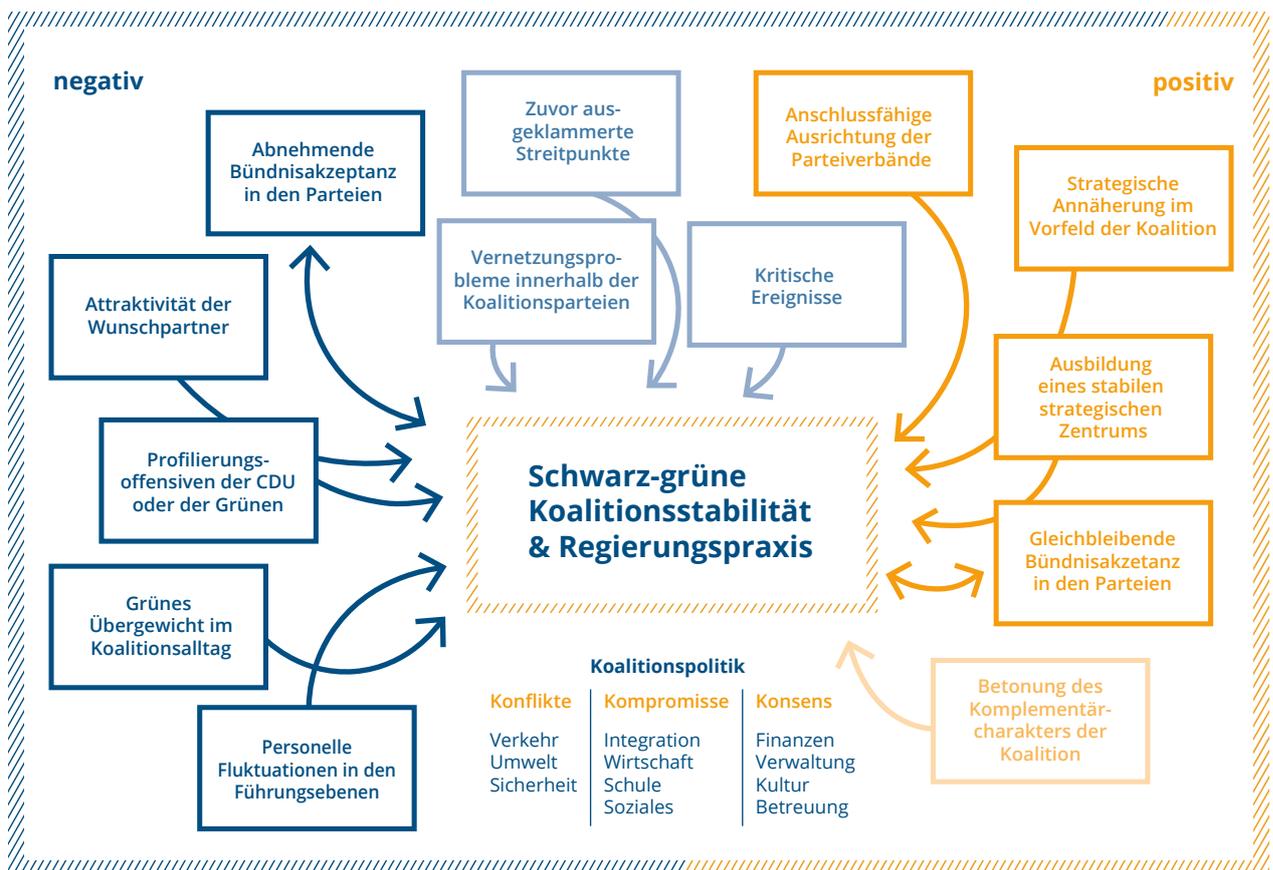
Die politischen Akteure in Hessen konnten also in vielfältiger Weise auf Erfahrungen in Kommunen und anderen Bundesländern zurückgreifen. Allerdings stand den Beteiligten auch als mahnendes Menetekel vor Augen, dass im Erfahrungshorizont von 2013, als das Wiesbadener Bündnis geschmiedet wurde, alle schwarz-grünen Kooperationen auf Landesebene bis dato gescheitert waren. Erschwerend kam noch hinzu, dass gerade Hessen lange Zeit als ein Bundesland galt, in dem die politische Kultur besonders stark polarisiert war.

Das Parteiensystem Hessens spiegelt im Wesentlichen die Parteien des bundesdeutschen Parteiensystems wider, jeweils repräsentiert durch deren hessische Landesverbände. Historisch ist die Regierungsbeteiligung des „Gesamtdeutschen Blocks/Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (GB/BHE) zwischen 1954 und 1962 an zwei Kabinetten unter Ministerpräsident Georg-August Zinn (SPD) für die Geschichte der Koalitionsbildungen in Hessen bedeutsam.³⁴

In den ersten drei Jahrzehnten war Hessens Parteiensystem von einer starken Sozialdemokratie geprägt. Obwohl die hessische Christdemokratie dies ab Mitte der 1970er Jahre zumindest in den Wahlergebnissen zum Landtag in Wiesbaden zeitweise aufbrechen konnte, konnten christliche Demokraten – mit Ausnahme der schwarz-gelben Koalition unter Walter Wallmann (1987–1991) – die Führung in der hessischen Staatskanzlei erst zum Ende des Jahrhunderts übernehmen, personifiziert in den Ministerpräsidenten Roland Koch (1999–2010) und Bouffier (seit 2010).

Generell lässt sich nach Neumann (2016) das Parteiensystem Hessens in vier Entwicklungsphasen einteilen: Von einer (1) *Hegemonial- bzw. Konzentrationsphase* (1946 bis 1970) über eine (2) *Konkurrenz-/Polarisierungsphase* (1970 bis 1982/83) sowie eine (3) *Pluralisierungs-/Konfrontations-/Erosionsphase* (1982/83 bis 1999) charakterisiert Hessen derzeit eine (4) *Christdemokratische Dominanzphase* (1999 bis heute).³⁵

Abbildung 1: Faktoren für die schwarz-grüne Koalitionsstabilität und Regierungspraxis in den Kommunen (dunkelblauer/-orangener Kasten = entscheidender Faktor; hellblauer/-orangener Kasten = einflussreicher Faktor).

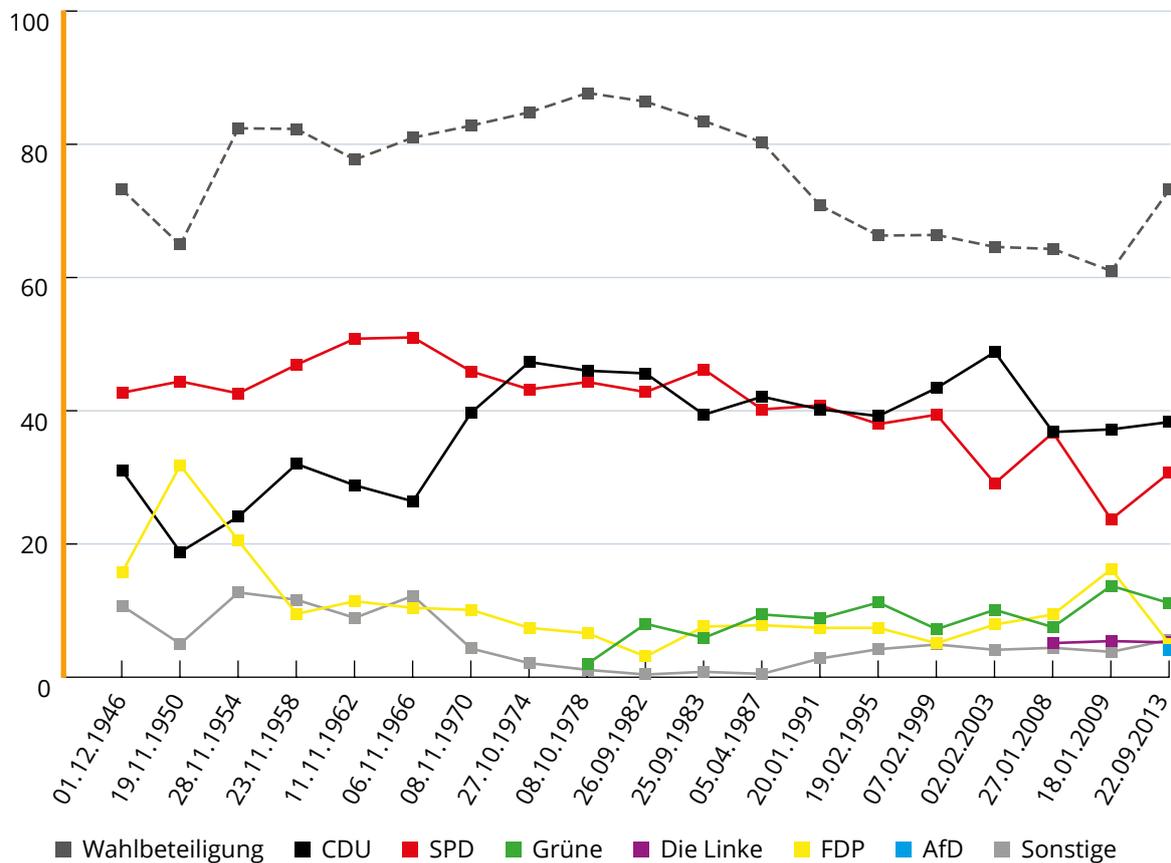


Quelle: Eigene Darstellung nach Christoph Weckenbrock, *Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund*, 2017, S. 518.

Die erste Phase (1946 bis 1970), von Neumann nochmals unterteilt in eine Formierungsphase (1946 bis 1950) und die eigentliche Hegemonialphase (1950 bis 1970), war geprägt sowohl von der übermächtigen Stellung der Sozialdemokratischen Partei im Parteiensystem als auch von der Konzentration des Parteiensystems auf bestimmte Parteien und Wählervereinigungen. Während sich die CDU in den ersten beiden Jahrzehnten noch verhältnismäßig kooperativ gegenüber der SPD zeigte, schwenkte sie in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, mit der Übernahme des Parteivorstandes durch Alfred Dregger 1967, auf einen härteren oppositionellen Kurs ein. „Tatsächlich“, so blickt Kleinert auf die politische Kultur Hessens zurück,

„war Hessen in den 1970er Jahren das Zentrum des extrem polarisierten Streits um Gesamtschule, Bildungspolitik und des Agierens der Neuen Linken an den Hochschulen gewesen und hatte die Union mit ihren harten Attacken auf die sozialdemokratische Kulturpolitik beträchtliche Mobilisierungserfolge erreicht, die ihr zwischen 1966 und 1974 einen Anstieg von 26 Prozent[punkten; Anmerkung des Verfassers] auf 47 Prozent der Wählerstimmen bescherte. Die Spuren dieses ‚Kulturkampfes‘ haben auch noch die frühen rot-grünen Jahre geprägt.“³⁶ Ab etwa 1970 kann man in Hessen von dem für die zeitgenössische Bundesrepublik charakteristischen Drei-Parteien-System aus CDU, SPD und FDP sprechen.³⁷

Abbildung 2: Wahlbeteiligung und -ergebnisse nach Partei, Landtagswahl Hessen 1946–2013.



Quelle: Eigene Aufbereitung nach: Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Landtagswahlen in Hessen 1946–2013, Online-Datentabelle, Wiesbaden, o.J., https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/Zeitreihe_Landtagswahlen.xls (10.04.2018).

Zu Beginn der 1980er Jahre setzte eine Pluralisierung des Parteiensystems ein, spätestens beginnend mit dem ersten Einzug der neu gegründeten Partei Die Grünen in den Wiesbadener Landtag im Jahr 1982. Diese Entwicklung ging einher mit der Fokussierung auf neue Themen, wie z.B. Nachhaltigkeit und innovative Formen bürgerschaftlichen Engagements, wie beispielsweise ökologisch motivierte Bürgerbewegungen. Die Zahl der parlamentarischen Akteure nahm jedoch zunächst nicht zu, da zwar mit den Grünen ein neuer, aus dem Stand acht Prozent Stimmenanteil erzielender Akteur den Plenarsaal betrat, zeitgleich aber die Freien Demokraten mit einem Wahlergebnis von 3,1 Prozent an der Fünf-Prozent-

Hürde scheiterten. Bis zur vorgezogenen Landtagswahl 1983 hatte die hessische Politik etwa ein Jahr Zeit, sich auf die neuen „hessischen Verhältnisse“ einzustellen. Insgesamt gesehen schwenkte das hessische Parteiensystem in den 1980er Jahren weg von einer Konzentration der politischen Verhältnisse in einem Drei-Parteien-System hin zu einem stärkeren, eher auf Konfrontation ausgelegten Wettbewerb der Parteien (und Bewegungen) untereinander. Unter anderem basierend auf ihrem frühen landesweiten Erfolg, konnten sich die Grünen in Hessen nicht nur schnell etablieren, sondern sich klar von anderen Parteien abgrenzen.³⁸

Ein wesentlicher Faktor der „hessischen Verhältnisse“ ist die hohe Volatilität: Hinsichtlich der Wählerstruktur gibt es in Hessen keine ausgeprägten Stammwählerschaften oder Strukturen einer Zuordnung zu bestimmten politischen Lagern. Vielmehr erwartet die hessische Wählerschaft gewissermaßen, dass immer wieder neu um sie geworben, gerungen wird, häufig mit der Folge knapper Wahlergebnisse, die eine Regierungsbildung erschweren.³⁹

In Folge des grünen Wahlerfolgs erwies sich Hessen als Versuchslabor und Innovationsmotor im Hinblick auf politische Entwicklungen, insofern es 1984 zur ersten Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die Grünen kam, was ein Jahr später (1985) in die erste rot-grüne Regierungskoalition in einem deutschen Flächenland mündete. Zwar endete diese erste rot-grüne Kooperation bereits 1987, jedoch hatte diese Konstellation in Hessen nachhaltige Auswirkungen auf die Bundes- und Landespolitik in Deutschland, läutete sie doch für die folgenden Jahrzehnte eine politische Lagerbildung zwischen Schwarz-Gelb auf der einen Seite und Rot-Grün auf der anderen Seite ein.⁴⁰

Spätestens mit der Landtagswahl 1999 erfolgte eine Trendwende für die politischen Kräfteverhältnisse in Hessen: Seither hat die SPD ihre führende Rolle, wenn 2008 auch nur knapp, eingebüßt. War der Vorsprung der Christdemokraten bei den Landtagswahlen 1999 nur gering,

so erzielten sie beim Urnengang im Jahr 2003 ein Ergebnis von 48,8 Prozent, wodurch die Union die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag erhielt.⁴¹

Eine weitere Pluralisierung des Parteiensystems erfolgte in Hessen mit der Landtagswahl 2008, deren Ergebnis in die klassische Konstellation „Hessischer Verhältnisse“ einzuordnen ist: Die CDU unter Ministerpräsident Koch hatte im Vergleich zu vorherigen Wahlen schlecht abgeschnitten, und ein schwarz-gelbes Bündnis konnte keine Mehrheitsregierung bilden. Dies hatte auch damit zu tun, dass mit der Partei Die Linke eine neue Partei mit einem Wahlergebnis von 5,1 Prozent erstmals in den Landtag einzog. Die klassischen politischen Lager hatten beide keine eigene Mehrheit, sodass die Spitzenkandidatin der SPD, Andrea Ypsilanti, eine Tolerierung durch die Fraktion der Linken zu akzeptierten bereit war. Dazu kam es jedoch nicht, da Abweichler aus dem sozialdemokratischen Lager⁴² die Wahl Ypsilantis zur Ministerpräsidentin verhinderten. Die Auflösung dieser Pattsituation führte im Jahr 2009 zu Neuwahlen, deren Ergebnis bis zur nächsten turnusgemäßen Landtagswahl am 22. September 2013, die zeitgleich mit der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag stattfand, ein Mehrheitsbündnis aus CDU (37,2 Prozent) und FDP (16,2 Prozent) ermöglichte.⁴³ Unter Schwarz-Gelb fand die „Staffelübergabe“ in der Hessischen Staatskanzlei von Ministerpräsident Koch (1999–2010) an den Minister des Innern und für Sport, Bouffier, statt, der seit 2010 als Ministerpräsident amtiert.⁴⁴

Tabelle 1: Hessische Landesregierungen seit 1945.

Ministerpräsident	Kabinett	Beteiligte Parteien	Amtszeit
Karl Geiler	Geiler	SPD, CDU, KPD, Parteilose	1945–46
Christian Stock	Stock	SPD, CDU	1946–50
Georg-August Zinn	Zinn I	SPD	1950–54
	Zinn II		1954–58
	Zinn III	SPD, GB/BHE	1958–62
	Zinn IV	SPD, GDP	1962–66
	Zinn V	SPD	1966–69

Ministerpräsident	Kabinett	Beteiligte Parteien	Amtszeit
Albert Osswald	Osswald I	SPD	1969–70
	Osswald II	SPD, FDP	1970–74
	Osswald III		1974–76
Holger Börner	Börner I	SPD, FDP	1976–78
	Börner II		1978–84
	Börner III	SPD, Grüne	1984–87
Walter Wallmann	Wallmann	CDU, FDP	1987–91
Hans Eichel	Eichel I	SPD, Grüne	1991–95
	Eichel II		1995–99
Koch	Koch I	CDU, FDP	1999–2003
	Koch II	CDU	2003–09
	Koch III	CDU, FDP	2009–10
Volker Bouffier	Bouffier I	CDU, FDP	2010–14
	Bouffier II	CDU, Grüne	Seit 2014

Quelle: Eigene Darstellung.

Die CDU

Die CDU in Hessen grenzte sich bereits kurz nach ihrer Gründung inhaltlich gegenüber der Bundes-CDU und ihrem Vorsitzenden Konrad Adenauer ab, indem sie Elemente eines christlichen Sozialismus propagierte. Adenauer hingegen wandte sich gegen jede Form des Sozialismus, auch im Sinne eines „christlichen Sozialismus“.⁴⁵ Im politischen Spektrum kann die hessische CDU der frühen Bundesrepublik im Vergleich etwa zu späteren Dekaden eher links eingeordnet werden. Bis in die 1960er Jahre gelang es der Partei jedoch nicht, gegenüber der hessischen SPD maßgeblich an Stimmenanteilen zu gewinnen. Erst in der Zeit unter dem Vorsitz von Dregger (1967–1982), aufgrund seiner scharf anti-sozialistischen Haltung zuweilen als „Sozialistenfresser“ betitelt, gelang es der CDU als Gegenmacht zur hessischen SPD unter Ministerpräsident Zinn (1950–1969) zu reüssieren. Sie konnte aufgrund

günstiger Konstellationen ihre Rolle im landespolitischen Machtgefüge nachhaltig stärken und ihren Stimmenanteil bei Landtagswahlen bis Mitte der 1970er Jahre von 26,4 Prozent (1966) auf 47,5 Prozent (1974) nahezu verdoppeln.⁴⁶ Dies wurde flankiert durch eine inhaltliche (Neu-) Ausrichtung der CDU als „hoch motivierte, rechtsnationale Sammlungspartei“⁴⁷, bei der die Dregger-CDU insbesondere auf die Politikfelder Bildung und Innere Sicherheit setzte. Doch trotz der großen Stimmengewinne gelang es der CDU als stärkster Kraft zunächst nicht, an der SPD vorbei eine Regierung zu bilden, da die Liberalen, im Bund in Regierungsverantwortung mit der SPD, auch in Hessen auf ein sozialliberales Bündnis setzten.⁴⁸

Im Laufe der 1980er Jahre war es nicht zuletzt die Weltsicht der Dregger-CDU, die unter jüngeren CDU-Mitgliedern Widerspruch hervorrief, was sich

in dem parteiinternen oppositionellen Jugend-Zusammenschluss der „Tankstellen-Connection“ unter Beteiligung später führender Parteimitglieder ausdrückte, zu denen auch Koch und Bouffier zählten. Es sollte diese „Connection“ sein, die ab 1999 einen großen Teil der zentralen Ämter in Hessen besetzen würde.⁴⁹

Während sich unter dem Einfluss dieser Verbindung aufstrebender CDU-Akteure eine programmatische Kursänderung innerhalb der „Stahlhelm-CDU“ abzeichnete, endete im Februar 1987 vorzeitig die hessische rot-grüne Koalition unter Ministerpräsident Holger Börner (1976–1987). Nach den Neuwahlen im April 1987 konnte die CDU Hessen erstmals seit ihrer Koalitionsbeteiligung mit der SPD in der ersten Legislaturperiode von 1946 bis 1950 eine Regierung bilden, dieses Mal als Seniorpartner mit der FDP, die sich auch – wie 1974 – bei der Wahl eines Koalitionspartners an ihrer Regierungsbeteiligung im Bund orientierte.⁵⁰

Mit dem erneuten Verlust der Staatskanzlei an die SPD unter ihrem neuen Ministerpräsidenten Hans Eichel (1991–1999) musste die CDU bis zum Ende des Jahrzehnts wieder zurück in die Opposition. Während der 1990er Jahre war die Arbeit der hessischen CDU geprägt von einem Dualismus des Parteivorsitzenden Manfred Kanther (1991–1998), einem Mann aus dem Lager Dreggers, und Koch, der sich ab 1993 dauerhaft, wenn auch nicht unumstritten, als Fraktionsvorsitzender etablierte. Bei der Profilierung Kochs spielen die Grünen eine Rolle, bei denen Koch insbesondere mit der Person Joschka Fischers die politische Auseinandersetzung suchte. Inhaltlich orientierte sich die Hessen-CDU der 1990er Jahre an nationalkonservativen Elementen und den Themen Wirtschaft und Finanzen, Bildung sowie Innere Sicherheit, auf die schon die Dregger-CDU gesetzt hatte.⁵¹

Auf dieser Grundlage schaffte es Koch ab 1999, nach dem Wahlsieg der CDU⁵², Hessen als Gegenmodell zur rot-grün regierten Bundesrepublik zu profilieren und die hessische CDU als Regierungspartei zu installieren. Das knappe Jahrzehnt von 1999 bis 2008 war Hessen politisch von stabilen Mehrheiten für die CDU geprägt, die selbst die

Aufdeckung des Spendenskandals des CDU-Landesverbands überdauerten und der CDU bei der Landtagswahl 2003 mit einem Rekord-Wahlergebnis von 48,8 Prozent erstmals eine absolute Mehrheit der Parlamentssitze (56 von 110) bescherten.⁵³

Nach einem Rückschlag von kurzer Dauer bei der Landtagswahl 2008 konnte die CDU nach der Neuwahl 2009 trotz geringer Zugewinne eine erneute Koalition mit den wiedererstarteten Liberalen eingehen. Im Jahr 2010 zog sich Koch aus der Politik zurück und schlug seinen langjährigen Weggefährten und Innenminister Bouffier als Nachfolger vor. Hatte Koch die Partei und das Land noch wie ein Unternehmen geführt und eine aus der Ökonomie entlehnte Sprache verwendet, so hatte diese Rhetorik nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise an Attraktivität eingebüßt. Bouffier setzte andere, stärker kooperativ orientierte Akzente und tastete sich, etwa über eine vorausschauende Personalpolitik und Kabinettsumbildung, in Richtung einer Öffnung der Partei für Koalitionsoptionen jenseits der FDP vor. Bouffiers Betonung bürgerschaftlichen Engagements und seine integrative, konsensorientierte Haltung gegenüber politischen Mitbewerbern waren im Rückblick betrachtet gewiss Bausteine einer möglichen Annäherung von CDU und Grünen in Hessen.⁵⁴

Bündnis 90/Die Grünen

Nach ihrem Einzug in den Wiesbadener Landtag bei der Landtagswahl 1982 (8,0 Prozent) entwickelten sich die Grünen in der zweiten Legislaturperiode ab 1985 zu einem verlässlichen Koalitionspartner der SPD und beraubten die Liberalen dauerhaft ihrer alleinigen Rolle als „Zünglein an der Waage“.⁵⁵

Hessen nahm hier eine Vorreiterrolle für Regierungsbündnisse ein, als 1985 die erste Regierungskoalition unter Beteiligung der Grünen (in diesem Fall unter der Führung der SPD) in die Wiesbadener Staatskanzlei einzog.

Darüber hinaus hatten Ereignisse wie diese auch Einfluss auf die innerparteiliche Ausrichtung der Grünen auf Bundesebene. So kann man hierin einen Grund für die generelle Erstarkung des Parteiflügels der Realos unter dem Hessen Fischer sehen.⁵⁶

Dessen ungeachtet etablierten sich die Grünen in der Folge als Juniorpartner eines tendenziell eher linkslastigen politischen Lagers mit dem Koalitionspartner SPD gegenüber dem bürgerlich-konservativen Lager aus CDU und FDP. Im Fall einer schwächelnden SPD konnten die Grünen jedoch, vielfach trotz guter eigener Stimmenergebnisse, nicht alleine für den Erhalt der Koalition mit den Sozialdemokraten sorgen, wie etwa bei der Landtagswahl 1987 und dem folgenden Wechsel zur ersten schwarz-gelben Landesregierung (Kabinett Wallmann 1987–1991). Dennoch normalisierte sich die Praxis einer rot-grünen Koalitionsregierung spätestens ab dem zweiten, langlebigeren rot-grünen Bündnis auf Landesebene (1991–1999) unter Eichel (SPD), Fischer und später Rupert von Plottnitz. Bei der Landtagswahl 1999 schließlich erlitten die Grünen gemeinsam mit der SPD einen Einbruch ihres Wahlergebnisses (1999: 7,2 Prozent gegenüber 1995: 11,2 Prozent), was nicht zuletzt mit der politischen Großwetterlage im Bund und dem dürftigen Start der rot-grünen Koalition in Bonn unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammenhing.⁵⁷

Neumann verweist auf die kluge Positionierung der Grünen entlang neu entstehender *Cleavage*-Strukturen, konkret entlang einer Wasserscheide zwischen einer eher traditionellen materialistischen Denkweise und einem aufkommenden Postmaterialismus. Parallel fanden sie Zuspruch in alternativen Milieus urban geprägter Räume und schafften es, sich sowohl gegenüber den Christdemokraten als auch den Sozialdemokraten inhaltlich abzugrenzen.⁵⁸

Die SPD

Der Landesverbände der SPD sowie der kleineren Parteien FDP und Linkspartei in Hessen spielen im Hinblick auf schwarz-grüne Labore und Experimente im ersten Moment zwar eine zunächst untergeordnete Rolle, bilden aber – auf den

zweiten Blick – wesentliche Säulen eines Parteiensystems, in das eine schwarz-grüne Kooperation notwendigerweise eingebettet ist. Unter anderem aus diesem Grund erfolgen hier einige Anmerkungen zu diesen Parteien.⁵⁹

Die Sozialdemokraten schnitten bei Wahlen auf der Bundesebene nicht so gut ab wie bei den jeweiligen Urnengängen zum Landtag in Wiesbaden.⁶⁰ Der hessischen SPD gelang es auf Landesebene, eine maßgeblich gestaltende, in vielen Aspekten beinahe schon hegemoniale Rolle einzunehmen. Dies drückte sich in einer über viele Jahre permanenten Regierungsbeteiligung aus, gründete in Aspekten wie einer „glücklichen“ Wahl ihrer Bündnispartner, etwa des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), und gipfelte in den 1950er und 1960er Jahren in insgesamt drei Legislaturperioden mit absoluter sozialdemokratischer Mehrheit.⁶¹ Die insbesondere in den Anfängen des Landes Hessens traditionelle Stärke der Sozialdemokratie basierte allerdings auch zu einem großen Teil auf der guten Beschäftigungslage, die in Spitzenzeiten bis zur Vollbeschäftigung reichte.⁶²

Das Allzeithoch der Sozialdemokraten über Wiesbaden wich jedoch gegen Ende der 1980er Jahre einem Tiefdruckgebiet und den parteipolitisch-sprichwörtlich „schwarzen“ Wolken einer sich ankündigenden CDU-Dominanz in Hessen. Ein Erklärungsstrang für die Entwicklung der Hessen-SPD, insbesondere im Hinblick auf ihren Mitgliederschwund, mag, Schroeder folgend, in charakteristischen hessischen Aspekten liegen. Dazu gehören neben Schwächen in *Agenda-Setting* und Personalpolitik auch Faktoren wie eine „Entkoppelung zwischen Gewerkschaften, Sozialverbänden und SPD auf allen Ebenen“⁶³: Stagnierenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den 1990er Jahren folgte ein Rückgang der Mitgliederzahlen der Partei, wobei auch die zu Regierungszeiten der SPD traditionelle Nähe der Arbeitnehmervertreter zur Landesregierung spätestens unter der CDU-geführten Landesregierung von Koch ihr (vorläufiges) Ende fand.⁶⁴ Ende der 1990er Jahre hatte die hessische SPD im Vergleich zu früheren Jahren an Schwung und Kraft verloren.

Die FDP

In der Geschichte des Landes Hessen spielt die FDP seit Landesgründung eine feste Rolle im Parteiensystem und war mit wechselnden Bündnispartnern an Wiesbadener Regierungen beteiligt. Abgesehen von einem einzigen, kurzen Intermezzo zwischen den Landtagswahlen 1982 und 1983 gehörte die FDP durchgängig dem Hessischen Landtag an. Im Vergleich dazu mussten andere Landesverbände der FDP längere Durststrecken außerhalb ihrer jeweiligen Landesparlamente durchstehen. Im Laufe der 1980er Jahre entwickelte sich die FDP in Hessen und im Bund zu einem sprichwörtlich „natürlichen“ Bündnispartner der CDU in einem bürgerlich-konservativ ausgerichteten politischen Lager. In diesem Zusammenhang charakteristisch ist für die FDP ihre starke Konkurrenz gegenüber den Grünen.⁶⁵

Ein zwar kleiner, aber koalitionspolitisch wirkmächtiger Unterschied der hessischen FDP zur Bundespartei zeigte sich auch bei den letzten Wahlen zum Landtag: So war die FDP bei der Wahl zum Hessischen Landtag im September 2013 eine Art *Lucky Loser*⁶⁶, da sie zwar bei der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl den Wiedereinzug in den Deutsche Bundestag verpasst hat, in Hessen aber durch eine „Punktlandung“ auf 5,0 Prozent der Stimmen mit Fraktionsstärke im Landtag verbleiben konnte: Für die hessische FDP war dies ein kleiner Sieg im Schatten einer großen Niederlage.

Die Linke

Der im Jahr 2007 aus den hessischen Landesverbänden der „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ und der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)“ fusionierte Landesverband der Partei Die Linke ist seither kontinuierlich im Hessischen Landtag vertreten, was nicht zuletzt an affinen Wählermilieus in urbanen Räumen sowie an Hochschulstandorten liegt. Schon vor ihrer ersten Landtagswahl in Hessen (2008) war Die Linke in Umfragen auf vier bis sechs Prozent gekommen und schaffte

mit einem Ergebnis von 5,1 Prozent knapp den Sprung in den Landtag. Zudem konnte die Partei bereits in ihrem ersten Landtagswahlkampf 2008 auf Strukturen ihrer Vorgängerorganisationen sowie deren Erfahrungen aus den Wahlkämpfen zur Bundestagswahl 2005 sowie zur Kommunalwahl in Hessen 2006 zurückgreifen.⁶⁷

Politische Allianzen in Hessen bis 2013

Hessen ist ein Trendsetter unter den deutschen Ländern, sei es aufgrund der Etablierung des Begriffs der „hessischen Verhältnisse“ als Klassifikation für Parteiensysteme mit tendenziell schwierigen Koalitionsoptionen, sei es aufgrund des erstmaligen Auftauchens bestimmter Koalitionstypen, wie etwa des ersten rot-grünen Regierungsbündnisses in Deutschland. Charakteristisch für das politische System Hessens ist aber auch ein von ideologischen Demarkationslinien gezeichnetes Parteiensystem, das abgesehen von der ersten regulären Legislaturperiode (1946–1950) keine Großen Koalitionen kennt. Sinnbildlich fügt sich die scharfe Unterteilung des Landes in ein „rotes“ und ein „schwarzes“ Hessen als eine über Jahrzehnte prägende Komponente hessischer Koalitionsbildung in das Gesamtbild ein: Spätestens seit der programmatischen Wende in der CDU unter dem sogenannten Sozialistenfresser Dregger Ende der 1960er Jahre prägt die hessische Politik ein eher auf Konfrontation ausgelegter Wettbewerb der Akteure. Dabei spiegelte sich die zuweilen scharfe und akzentuierte Rhetorik zwischen CDU und SPD ab Anfang der 1980er Jahre auch im Verhältnis der beiden politischen Lager Rot-Grün versus Schwarz-Gelb wider. Eigentlich nicht die glücklichsten Voraussetzungen für die Bildung des ersten lagerübergreifenden Bündnisses in einem Flächen- und noch dazu wirtschaftspolitischen Schlüsselland.

2. Schwarz-Grün: Bisherige Erfahrungen

- 1 Vgl. Christoph Weckenbrock: Schwarz-grüne Bündnisse in Großstädten. Muster der Koalitionsbildung und der praktischen Zusammenarbeit, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 33–44, S. 35–36.
- 2 Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 438.
- 3 Vgl. ebd., S. 881.
- 4 Roland Muschel: Ein schwerer Tag für die CDU, in: Tagesspiegel Online vom 30. März 2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/gruen-schwarz-in-baden-wuerttemberg-ein-schwerer-tag-fuer-die-cdu/13381354.html> (10.04.2018).
- 5 Vgl. O. V.: Mögliche „Jamaika“-Partner loben Gespräche, in: NDR Online vom 17. Mai 2017, http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/landtagswahl_2017/Moegliche-Jamaika-Partner-loben-Gespraechе,jamaika114.html (10.04.2018).
- 6 Es ist bemerkenswert, dass im Saarland der Begriff „Projekt“ Verwendung fand. Dieser wurde bis dato zumeist für Wunschkoalitionen wie Rot-Grün oder Schwarz-Gelb verwendet, denen von den politischen Akteuren der Anstrich von neuem Geist und innovativem Esprit gegeben werden sollte. Vgl. hierzu Manuel Becker: Koalitionen als politisches „Projekt“? Die rot-grüne und die schwarz-gelbe Bundesregierung, in: Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, 2013, S. 139–157.
- 7 Vgl. Roland Sturm: Schwarz-grüne Koalitionspolitik in den Ländern, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 45–58, S. 47.
- 8 Daniel Günther, zit. nach: Ulrich Exner: Gleich mehrere Themen bergen hohes Jamaika-Konfliktpotenzial, in: Die Welt Online vom 09. Juni 2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article165400112/Gleich-mehrere-Themen-bergen-hohes-Jamaika-Konfliktpotenzial.html> (10.04.2018).
- 9 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 415.
- 10 Vgl. Fabian Blumberg: Schwarz-Grün als bürgerliches Projekt. Warum CDU und Grüne auf kommunaler Ebene koalieren, in: Kronenberg/Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, S. 193–210, S. 204.
- 11 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 416–417.
- 12 Roland Sturm: Schwarz-grüne Koalitionspolitik in den Ländern, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 45–58, S. 57.
- 13 Vgl. ebd., S. 45–58, S. 51.
- 14 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 416–419.
- 15 Vgl. Matthias Wyssuwa: Keine eineiigen Drillinge, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 2017.
- 16 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 886–888.
- 17 Vgl. Blumberg: Schwarz-Grün als bürgerliches Projekt, S. 200, 205.
- 18 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 431–433.
- 19 Vgl. ebd., S. 429–430, 434.
- 20 Vgl. ebd., S. 575, 711–713.
- 21 Vgl. ebd., S. 428–429.
- 22 Vgl. O. V.: „Jamaika“-Gespräche steuern Abschluss an, in: Schleswig-Holsteinische Zeitung Online vom 12. Juni 2017, <https://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/politik/jamaika-gespraechе-steuern-abschluss-an-id17036756.html> (10.04.2018).
- 23 Vgl. Christoph Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden, 2017, S. 433.
- 24 Vgl. Blumberg: Schwarz-Grün als bürgerliches Projekt, S. 204. Vgl. Christoph Weckenbrock: Schwarz-grüne Bündnisse in Großstädten. Muster der Koalitionsbildung und der praktischen Zusammenarbeit, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 39.
- 25 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 414–418.
- 26 Vgl. ebd., S. 889.
- 27 Vgl. Roland Sturm: Schwarz-grüne Koalitionspolitik in den Ländern, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün, S. 45–58, S. 46.
- 28 Vgl. ebd., S. 57.
- 29 Vgl. ebd., S. 54.
- 30 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 435–436, 439.
- 31 Vgl. ebd., S. 443.
- 32 Vgl. ebd., S. 437–440.
- 33 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Bündnisse in Großstädten, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 41.
- 34 Zum Verhältnis von SPD und BHE vgl. Arijana Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, in: Schroeder/Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, S. 229–247, S. 232.
- 35 Vgl. ebd., S. 230 f., 238 ff.
- 36 Kleinert: Schwarz-Grün in Hessen, S. 65.
- 37 Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 232 f.
- 38 Vgl. ebd., S. 235 ff. Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Landtagswahlen in Hessen 1946–2013, Online-Datentabelle.
- 39 Vgl. Schissler: Politische Kultur in Hessen im Wandel, S. 79.
- 40 Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 236–237. Theo Schiller: Hessischer Landtag, in: Schroeder/Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, S. 143.
- 41 Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 238. Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Landtagswahlen in Hessen 1946–2013, Online-Datentabelle.
- 42 Eine solche Kooperation mit der Partei Die Linke hatte Andrea Ypsilanti im Wahlkampf demonstrativ ausgeschlossen, was die Kooperation nach der Wahl ungläubwürdig und machtgerig erscheinen ließ.

- 43 Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 238. Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Landtagswahlen in Hessen 1946–2013, Online-Datentabelle.
- 44 Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 238.
- 45 Vgl. Arijana Neumann/Josef Schmid: Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei, in: Schroeder (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen, S. 108.
- 46 Vgl. Abendroth: Hessen, S. 152, 155. Vgl. Arijana Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 231.
- 47 Schissler: Politische Kultur in Hessen im Wandel, S. 59.
- 48 Vgl. Neumann/Schmid: Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei, S. 107, S. 110–111.
- 49 Vgl. ebd., S. 107–141, S. 112 f. Vgl. Pitt von Bebenburg: Schwarzes Hessen: Gegenmodell zu Rot-Grün, in: Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 271–285, S. 275.
- 50 Vgl. Neumann/Schmid: Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei, S. 113.
- 51 Vgl. ebd., S. 115–116.
- 52 Das Ergebnis der Landtagswahl 1999 fiel wie folgt aus: CDU (43,4 Prozent), SPD (39,4 Prozent), Grüne (7,2 Prozent), FDP (5,1 Prozent), Sonstige (4,9 Prozent). Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Landtagswahlen in Hessen 1946–2013, Online-Datentabelle, Wiesbaden, o.J., in: https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/Zeitreihe_Landtagswahlen.xls.
- 53 Vgl. von Bebenburg: Schwarzes Hessen, S. 272–273, S. 275.
- 54 Vgl. ebd., S. 277, S. 281–282.
- 55 Vgl. Hubert Kleinert: Die Grünen in Hessen, in: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 161–183, S. 161–162. Vgl. Schissler: Politische Kultur in Hessen im Wandel, S. 60.
- 56 Vgl. Wolfgang Schroeder: Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition, in: Schroeder (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen, S. 77–106, S. 82 ff. Vgl. Frank Decker/Marcel Lewandowsky: Landtagswahlen als bundespolitische Zwischenwahlen. Der vermeintliche Sonderfall Hessen, in: Schroeder (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen, S. 259–283.
- 57 Vgl. Kleinert: Die Grünen in Hessen, S. 163, S. 166, S. 169.
- 58 Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 236.
- 59 Da die Alternative für Deutschland (AfD) sich in Hessen erst im Mai 2013 gegründet hat, erfährt sie in diesem Kapitel über die Entwicklung des Parteiensystems bis 2013 keine nähere Betrachtung. Auch die Piratenpartei wird nicht eingehend beleuchtet, da ihr landespolitischer Einfluss nur von kurzer Dauer war und nicht als prägend für das Parteiensystem Hessens angesehen werden kann.
- 60 Vgl. Schroeder: Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition, S. 79.
- 61 Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 232.
- 62 Vgl. Schissler: Politische Kultur in Hessen im Wandel, S. 57.
- 63 Schroeder: Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition, S. 91.
- 64 Vgl. Wolfgang Schroeder/Sebastian Geiger: Organisierte Interessen in Hessen, in: Schroeder/Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, S. 185, S. 187.
- 65 Vgl. Theo Schiller: Die FDP Hessen im bürgerlichen Koalitionslager, in: Schroeder (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen, S. 143, S. 147, S. 157. Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 243.
- 66 Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 240.
- 67 Vgl. Wolfgang Schroeder/Samuel Greef/Michael Reschke: Die Linkspartei in Hessen, in: Schroeder (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen, S. 184–208. Vgl. Neumann: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, S. 240.



3

Der Weg zur Bildung einer schwarz-grünen Koalition in Hessen

3.1 Der Wahlkampf 2013: Personen und Positionen

In Hessen zeichnete sich zu Beginn des Superwahljahres 2013 bereits ab, dass dem Land ein spannender Wahlkampf bevorstand: In den Umfragen des Jahres 2012 hatte lange Zeit ein Wahlsieg von Rot-Grün als wahrscheinlich gegolten.¹ Die Sozialdemokraten witterten Morgenluft, da es ihnen 2012 und 2013 auf kommunalpolitischer Ebene gelungen war, die Rathäuser in Frankfurt am Main mit Peter Feldmann und in der Landeshauptstadt Wiesbaden mit Sven Gerich zu besetzen.² Insbesondere die Tatsache, dass nach der langjährigen, auch bundespolitisch präsenten Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth nicht der CDU-Kandidat Boris Rhein, immerhin bis dato hessischer Innenminister, zu reüssieren vermochte, stimmte die Genossen mit ihrem Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel optimistisch.³ Zudem deutete das allgemeine Stimmungsbild an, dass mit der FDP, der Linken und der AfD gleich drei Parteien um den Einzug in den Landtag würden bangen müssen, wohingegen die Grünen mit einem soliden Ergebnis rechnen konnten.

Diese parteipolitische Gemengelage spielte sich vor dem Hintergrund einer Überlagerung des hessischen Landtagswahlkampfes durch bundespolitische Entwicklungen ab. Den Bestimmungen der hessischen Landesverfassung entsprechend mussten die Wahlen vor dem 18. Januar 2014 stattfinden. Bei der genauen Terminierung verfügte die Landesregierung jedoch über einen großen Spielraum. Zunächst sprachen sich SPD und Grüne noch recht unbestimmt für einen möglichst frühen Wahltermin aus.⁴ Bei der CDU-geführten Landesregierung dürfte es schließlich der kalkulierte „Huckepackeffekt“⁵ – mithin der einkalkulierte Rückenwind der Bundes-CDU im Wahlkampf zwischen den Kanzlerkandidaten Angela Merkel (CDU) und Peer Steinbrück (SPD) – gewesen sein, der sie zur Festsetzung des Wahltermins auf den Tag der Bundestagswahl veranlasste.⁶ Insofern verwundert es nicht, „dass ein Blick auf den hessischen Wahlkampf eine weitgehende Konkordanz zum Wahlkampf auf Bundesebene zutage fördert.“⁷

Drei Faktoren sorgten dafür, dass das Wahlergebnis mit Spannung erwartet wurde: (1) die bundespolitische Überlagerung des Landtagswahl-

kampfes, (2) der Wettkampf der drei kleineren Parteien um das Überspringen der Sperrklausel sowie (3) die optimistische Erwartungshaltung der SPD. Hinzu kam noch die mit Blick auf die Historie traditionelle Unberechenbarkeit des hessischen Elektorats. Wie positionierten sich vor dem Hintergrund dieser parteipolitischen Großwetterlage die hessischen Parteien, dabei insbesondere die CDU und die Grünen, personalpolitisch und programmatisch im Wahlkampf 2013?

Der Wahlkampf der hessischen CDU: Personal

Die Spitzenkandidatenfrage stellte sich für die hessische CDU im Wahlkampf nicht ernsthaft, da von vornherein feststand, dass der amtierende Ministerpräsident Bouffier antreten würde. Bouffier hatte seine Ambitionen gleich nach seiner Wahl als Nachfolger von Koch bereits im September 2010 kundgetan⁸ und galt seitdem parteiintern unangefochten als der gleichsam selbstverständliche Kandidat. Formal wurde er auf dem Landesparteitag in Alsfeld am 20. Mai 2013 mit 96,4 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten gekürt. Bouffier hatte schon in der Zeit, bevor eine schwarz-grüne Koalitionsoption überhaupt zur Debatte stand, sein Profil wesentlich verändert. In der Literatur und in der medialen Berichterstattung wird gerne die Wandlung Bouffiers beschrieben. Zu Zeiten seines Vorgängers Koch in seiner Rolle als Innenminister galt er noch als Hardliner und entschiedener Verfechter eines *Law-and-order*-Kurses. Mit seiner Wahl zum hessischen Ministerpräsidenten in der exekutiven und parlamentarischen Arbeit habe er einen neuen Stil des konstruktiven Miteinanders entwickelt, mit dem er sich von seinem Amtsvorgänger bewusst abgrenzte.⁹ Spätestens im Wahlkampf 2013 sei der zuvor bereits vorbereitete Rollenwandel hin zum jovialen Landesvater erkennbar vollzogen worden.¹⁰ Dieser vermeintliche Wandel dürfte jedoch auch der schlichten Tatsache des Ämterwechsels geschuldet sein. Ein Innenminister wird in der Regel über den Bereich der Sicherheitspolitik wahrgenommen und auch darüber definiert. Das Anforderungsprofil an das Amt als auch die Wahrnehmung der Rolle eines Ministerpräsidenten sind gänzlich anders gela-

gert. Im Gegensatz zu Koch versuchte Bouffier als Ministerpräsident, die machtpolitischen Optionen der CDU nüchtern abzuwägen. Stephan Klecha und Bettina Munimus sehen seine Regierungserklärung von 2010 und den Rest seiner ersten Amtszeit als Ministerpräsident durch den Versuch geprägt, die CDU behutsam neu zu positionieren: „Was einst an Reformen von Koch mit Tempo und Härte administriert worden war, wird mit einem Mal kritisch überprüft und neu justiert.“¹¹ Unter anderem schaffte die Landesregierung unter Bouffier im November 2012 die Residenzpflicht für Asylbewerber ab, was einen markanten Bruch zur restriktiven Asylpolitik Kochs darstellte und von manchem Beobachter bereits damals als Signal für eine künftige schwarz-grüne Koalition gedeutet wurde.¹²

Der Wahlkampf der hessischen CDU: Programmatik

Dieser Kurs spiegelte sich bei der Erarbeitung des Wahlprogramms wider. Stärker als in den vorangegangenen Wahlkämpfen setzte die hessische CDU auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der eigenen Parteibasis unter Nutzung der Neuen Medien.

In der programmatischen Arbeit wurden fünf thematische Schwerpunkte identifiziert: (1) Forschungs- und Technologieförderung, (2) Mittelstand und Handwerk, (3) Ehrenamt, vor allem in Sport und Kirche, (4) Senioren, Demografie und Jugend sowie (5) gute Nachbarschaft und ländlicher Raum. Es handelte sich um eine Mischung aus klassischer Wirtschaftsförderung und im weitesten Sinne um gesellschaftspolitische Akzentsetzungen.¹³ Das Regierungsprogramm mit dem Titel *Gemeinsam auf dem Weg - Ideen für die Zukunft Hessens. Zukunftsprogramm 2014–2019*¹⁴ wurde am 6. Juli 2013 in Offenbach auf dem 106. Landesparteitag der CDU-Hessen beschlossen und umfasste auf 56 Seiten zehn Kapitel. Die Zwischenüberschriften begannen stets mit „Ideen und Ziele für...“ Neben knappen, prosaisch verfassten Einleitungspassagen zu den einzelnen Kapiteln bestand das Programm aus stichpunktartig aufgelisteten Ideen, die sich aus dem Diskussionsprozess mit der Bürgerschaft ergeben hat-

ten. Etwa 160 von über 900 eingereichten Ideen fanden Eingang in das finale Wahlprogramm.

Wie es für Wahlprogramme von amtierenden Regierungsparteien typisch ist, kombinierte das Wahlprogramm der hessischen CDU die Erinnerung an die in den eigenen Augen gelungene bisherige Regierungszeit mit den für die Zukunft angekündigten Vorhaben. Anfangs wurden 21 mehr oder weniger konkret formulierte Aspekte in Bezug auf Erwerbsquote, Ausbildungsplätze, Kinderbetreuungsplätze etc. aufgezählt, die die erfolgreiche Regierungsarbeit der vergangenen Jahre dokumentieren sollten.¹⁵ Für die Zukunft wurden weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt, darunter vor allem die Umsetzung der Schuldenbremse, eine Klage gegen die momentane Regelung des Länderfinanzausgleichs, die Bekämpfung der Wohnungsnot sowie der Ausbau von Straßen, Schienen und Flughäfen. Außerdem sollte ein neues Zukunftsministerium für Forschung und Technologie eingerichtet werden. Zum Thema Fluglärm wurde die Einsetzung einer Expertenkommission abgekündigt, die Behörden und Luftverkehrsunternehmen zu leiserer Technik und sinnvolleren Flugrouten anleiten sollte. Weitere Betriebsbeschränkungen des Frankfurter Flughafens sollte es nicht geben. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Bildungspolitik: Die hessische CDU setzte sich für die Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung durch Kitausbau und Betreuungsgeld ebenso ein wie für den bedarfsgerechten Ausbau freiwilliger Ganztagsangebots. Zur Energiepolitik wurde festgehalten: „Wir setzen die Energiewende klug um, weil wir der Überzeugung sind, dass die intelligenteste und nicht die schnellste Lösung bei den Bürgerinnen und Bürgern gefragt ist.“ In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik trat man für eine leistungsgerechte Steuer- und Abgabenpolitik sowie für von Tarifpartnern ausgehandelte branchen- und leistungsbezogene Lohnuntergrenzen ein. Auch die Bekämpfung von jeder Form des politischen Extremismus, gleich ob er nun rechts, links oder religiös motiviert sei, schrieb sich die hessische CDU auf die Fahnen und bekannte sich zum Finanzplatz Frankfurt am Main als Zentrum der europäischen Finanzpolitik.¹⁶ Gegenüber dem

politischen Gegner wurden insbesondere die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung und bei den Schulformen, das verantwortungsvolle Haushalten, die Verfassungsklage gegen den Finanzausgleich sowie die Energiewende mit Augenmaß profiliert.¹⁷ Das Versprechen einer kostenlosen Kitabetreuung für Drei- bis Sechsjährige wurde an eine erfolgreiche Klage gegen den Länderfinanzausgleich gekoppelt.

Das Wahlprogramm war insofern auf der einen Seite durch ein traditionell konservatives Profil gekennzeichnet, das klassische CDU-Markenkerne wie das Bekenntnis zum christlich-humanistischen Menschenbild, die Forderung nach einem Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie die Absage an einen einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn enthielt. Auf der anderen Seite erwies es sich durch bewusst offen gehaltene Formulierungen als durchaus anschlussfähig für progressivere und eher im linksliberalen Spektrum favorisierte Positionen. Dies lässt sich etwa am Beispiel der Kinderbetreuung illustrieren: Während die Möglichkeit des Betreuungsgeldes die eher konservative Klientel ansprach, adressierte das Wahlversprechen von kostenfreien Kitaplätzen weitere Wählermilieus. Die Öffnung der Familienpolitik unterstrich Bouffier auch in seiner einstündigen Rede auf dem Landesparteitag Anfang Juli 2013: „Beruf oder Kinder? In einer Gesellschaft wie der unseren darf es so eine Alternative nicht geben.“¹⁸ Insofern lassen sich im Rückblick aus der programmatischen Positionierung im Wahlkampf durchaus Elemente herausdestillieren, die den Weg hin zum später geschlossenen schwarz-grünen Bündnis mindestens erleichterten.

Der Wahlkampf der hessischen Grünen: Personal

Die hessischen Grünen wiederum setzten personalpolitisch auf eine Mischung aus einem Urgestein und einer jungen Newcomerin. Die Landesliste wurde am 20. April 2013 auf der Landesmitgliederversammlung in Gießen beschlossen.¹⁹ Auf Platz Eins wurde die Liste von der erst 31-jährigen Angela Dorn angeführt. Obwohl sie bei der Landtagswahl 2009 als jüngste Abgeord-

nete in den hessischen Landtag eingezogen war und als umweltpolitische Sprecherin ihrer Partei fungierte, galt sie weitestgehend noch als unbeschriebenes Blatt und ihr Name dürfte den meisten Hessen unbekannt gewesen sein. Ihr zur Seite gestellt wurde auf Listenplatz Zwei mit Al-Wazir *das* Aushängeschild der hessischen Grünen, der bereits seit 18 Jahren im Landtag saß und auch über bundespolitische Strahlkraft verfügte.

Der Wahlkampf der hessischen Grünen: Programmatik

Trug das CDU-Regierungsprogramm die typischen Züge des Programms einer regierenden Partei, so kann das am 25. Mai 2013 auf der Landesmitgliederversammlung in Stadtallendorf beschlossene Wahlprogramm der Grünen als klassisches Oppositionsprogramm charakterisiert werden. Dies drückte bereits dessen programmatischer Titel aus: „Hessen will den Wechsel“. Die Präambel stellt unmissverständlich klar:

„Unsere Bilanz fällt in jedem Fall eindeutig aus: Diese Landesregierung ist nach 15 Jahren im Amt erschöpft und verbraucht. CDU und FDP in Hessen sind weder willens noch in der Lage, unser Land zu führen. Es ist Zeit für eine andere Politik.“²⁰

Schwerpunktt Themen des in elf Unterkapitel unterteilten, 107 Seiten umfassenden Wahlprogramms der Grünen waren die Politikfelder Energie/Umwelt, Bildung und Verkehr. Gleich zu Beginn des Wahlprogramms wurde das Thema Energie/Umwelt seitensmäßig im größten Umfang ausführlich behandelt. Die mit der Energiewende verbundenen Chancen sollten in Bezug auf neu entstehende „grüne Jobs“ genutzt werden. Das Programm nannte als festen Zeitpunkt das Jahr 2030, bis zu dem Hessens Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen sollte.²¹ In der Bildungspolitik traten die Grünen für einen konsequenten Ausbau der Kitaplätze ein. Darüber hinaus forderten sie einen auf zehn Jahre angelegten Schulfrieden sowie einen Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen für die Zeit von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr. Zum Streitthema G8 versus G9 an den Schulen sprachen sich die Grünen für eine Wahlfreiheit aus.²² Beim Thema Frankfurter Flughafen setzten

sich die Grünen für eine Ausweitung des Nachtflugverbots von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr ein und stellten sich einem weiteren Ausbau entgegen.²³ In der Sozialpolitik wolle man sich für faire Löhne sowie insbesondere für einen flächendeckenden Mindestlohn stark machen.²⁴

Trotz klassischer grüner Forderungen ist augenfällig, dass das Programm im Vergleich mit anderen grünen Wahlprogrammen durchaus als wirtschaftsfreundlich charakterisiert werden kann. Al-Wazir kündigte an, „[s]chwarze Zahlen mit grünen Ideen“²⁵ schreiben zu wollen und überraschte nicht Wenige mit der für einen Grünen durchaus ungewöhnlichen Ankündigung, er stehe im Falle eines Wahlsieges für das Wirtschaftsministerium zur Verfügung:

„Eine Regierungsbeteiligung der Grünen ohne die Verantwortung für das Umweltressort und den Energiebereich ist nicht denkbar. Wir sind aber konzeptionell auch bestens darauf vorbereitet, Verantwortung für die Wirtschafts- und Verkehrspolitik zu übernehmen. Diese Herausforderungen würde ich auch persönlich gern annehmen und gemeinsam mit Arbeitnehmern, Arbeitgebern und den Bürgerinnen und Bürgern endlich wieder zukunftsfähige Wirtschafts- und Verkehrspolitik für Hessen gestalten.“²⁶

Mit dieser programmatischen Akzentuierung setzten die hessischen Grünen auch auf eine erkennbar von den Bundesgrünen abweichende Strategie, die zur gleichen Zeit im Bundestagswahlkampf eher auf „klassisch-linke“ steuerpolitische Ideen setzten.

Koalitionssignale

In Bezug auf die Koalitionsfrage, die von den Medien im Lichte der jüngeren Erfahrungen in Hessen besonders gerne gestellt wurde, positionierten sich die beiden späteren Koalitionspartner wie folgt: Im Sommerinterview mit dem Hessischen Rundfunk vom 24. August 2013 schloss Bouffier eine schwarz-grüne Koalition relativ deutlich, wenn auch nicht prinzipiell, aus. Wörtlich führte er aus: „Wenn man völlig konträr ist, kann man nicht zusammengehen. Die Grünen sind eigentlich überall gegen jede Verkehrsmaß-

nahme. Das halte ich für falsch.“²⁷ Seine Wunschkoalition bleibe Schwarz-Gelb, auch wenn jede Partei für sich kämpfe und die FDP nicht mit einer Leihstimmenkampagne vonseiten der CDU rechnen könne.

Das Wahlprogramm und der Wahlkampf der Grünen waren gänzlich auf die Ablösung von Schwarz-Gelb durch Rot-Grün ausgelegt. Dennoch zeigte sich Al-Wazir wiederum im Sommerinterview mit dem Hessischen Rundfunk durchaus offen und sagte wörtlich, dass er eine schwarz-grüne Koalition „gar nicht kategorisch“ ausschließen wolle.²⁸ Al-Wazir zog insofern sehr deutliche Schlüsse aus den Erfahrungen von 2009²⁹ – schließlich war er es gewesen, der seinerzeit die Ausschließertis – also der zu engen und exklusiven Bindung an nur einen potenziellen Koalitionspartner – in die politische Debatte der Bundesrepublik eingeführt hatte.³⁰

Wie nahmen sich demgegenüber die Präferenzen der hessischen Wähler aus? Befragt nach ihrer Wunschkoalition am Wahltag erwies sich eine rot-grüne Koalition (45 Prozent) als das in den Augen der Wählerschaft beliebteste Bündnis, eine Große Koalition bevorzugten 40 Prozent, eine Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition präferierten 38 Prozent. Nur ein Viertel der Wähler sprach sich für Schwarz-Grün aus – lediglich Rot-Rot-Grün war mit 22 Prozent noch unbeliebter beim hessischen Wähler.³¹

3.2 Das Wahlergebnis: Erneut „hessische Verhältnisse“

Insgesamt 3,2 Millionen Hessen gaben am 22. September 2013 ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung betrug somit 73,2 Prozent, was einen Zugewinn von 12,2 Prozent gegenüber dem historischen Tiefstwert von 2009 bedeutete. Dieses niedrige Vergleichsniveau und der gemeinsame Wahltermin mit der Bundestagswahl könnten eine Erklärung der vergleichsweise beträchtlichen Wählermobilisierung in Hessen darstellen. Die CDU konnte die Wahl mit 38,3 Prozent gegenüber 30,7 Prozent für die SPD deutlich gewinnen. Die Grünen erzielten ein Ergebnis von 11,1 Prozent, Linkspartei und FDP gelang es denkbar knapp, mit 5,2 Prozent und 5,0 Prozent, die Sperrklausel zu überspringen. Mit 4,1 Prozent verfehlte die AfD den Einzug in den Wiesbadener Landtag. Bei Gewinnen und Verlusten gelang es der CDU, ihr bereits 2009 sehr ordentliches Ergebnis um weitere 1,1 Prozentpunkte zu steigern. Der SPD gelang es, mit 7,0 Prozentpunkte die, auf alle Par-

teien bezogen, relativ betrachtet größte Steigerung zu erzielen, allerdings muss hierbei das historisch schwache Ausgangsniveau von 23,7 Prozent aus dem Jahr 2009 in Rechnung gestellt werden. Die FDP verlor ähnlich dramatisch wie auf Bundesebene und büßte 11,2 Prozentpunkte im Vergleich zum ungewöhnlich guten Ergebnis von 2009 ein. Die Grünen verloren 2,6 Prozentpunkte, was vermutlich auf den mangelnden bundespolitischen Rückenwind zurückgeführt werden kann. Die Linkspartei verlor nur 0,2 Prozentpunkte, konnte also ihr Ergebnis von 2009 in etwa halten.³² Wie Faas in einer vergleichenden Auswertung der statistischen Daten gezeigt hat, kam es zu einem „harmonisierenden Effekt“ zwischen der hessischen Landtagswahl und der Bundestagswahl 2013: Mit Ausnahme des (Nicht-)Scheiterns der FDP entspricht das hessische Wahlergebnis 2013 weitestgehend jenem der zeitgleich abgehaltenen Bundestagswahl.³³

Tabelle 2: Sitze, Gewinne und Verluste der hessischen Landtagswahl 2013.

	2009		2013	
	%	Sitze	%	Sitze
Wahlbeteiligung	61,0	118	73,2	110
CDU	37,2	46	38,3	47
SPD	23,7	29	30,7	37
FDP	16,2	20	5,0	6
Grüne	13,7	17	11,1	14
Die Linke	5,4	6	5,2	6
Piraten	0,5	–	1,9	–
AfD	–	–	4,1	–
REP	0,6	–	0,3	–
KPD/DKP	–	–	–	–
NPD	0,9	–	1,1	–
GB/BHE	–	–	–	–
Sonstige	1,8	–	2,3	–

Quelle: Ergebnis der hessischen Landtagswahl 2013, eigene Darstellung.

3. Der Weg zur Bildung einer schwarz-grünen Koalition in Hessen

Tabelle 3: Das Wahlergebnis der hessischen Landtagswahl 2013.

Partei	Wahlkreis- stimmen	%	Landes- stimmen	%	Sitze	Wahl- kreise
Wahlberechtigte	4.392.213					
Wähler	3.216.206	73,2				
Ungültige Stimmen	103.610	3,2	85.425	2,7		
Gültige Stimmen	3.112.596	100,0	3.130.781	100,0	110	55
CDU	1.329.746	42,7	1.199.633	38,3	47	41
SPD	1.092.125	35,1	961.896	30,7	37	14
Grüne	289.830	9,3	348.661	11,1	14	0
Die Linke	160.531	5,2	161.488	5,2	6	0
FDP	93.098	3,0	157.451	5,0	6	0
AfD	42.721	1,4	126.906	4,1	0	0
Piraten	62.986	2,0	60.159	1,9	0	0
Freie Wähler	35.136	1,1	38.433	1,2	0	0
NPD	-	-	33.433	1,1	0	-
Die Partei	1.786	0,1	15.109	0,5	0	0
REP	1.930	0,1	9.360	0,3	0	0
Add	-	-	4.498	0,1	0	-
ÖDP	-	-	4.024	0,1	0	-
AGP	606	0,0	2.546	0,1	0	0
AVIP	-	-	2.453	0,1	0	-
LUPe	751	0,0	1.998	0,1	0	0
BüSo	261	0,0	1.422	0,0	0	0
PSG	62	0,0	1.311	0,0	0	0
Demokratie Erneuern	387	0,0	-	-	0	0
APPD	306	0,0	-	-	0	0
Die Rechte	300	0,0	-	-	0	0
ÖkoLinX Hessen	34	0,0	-	-	0	0

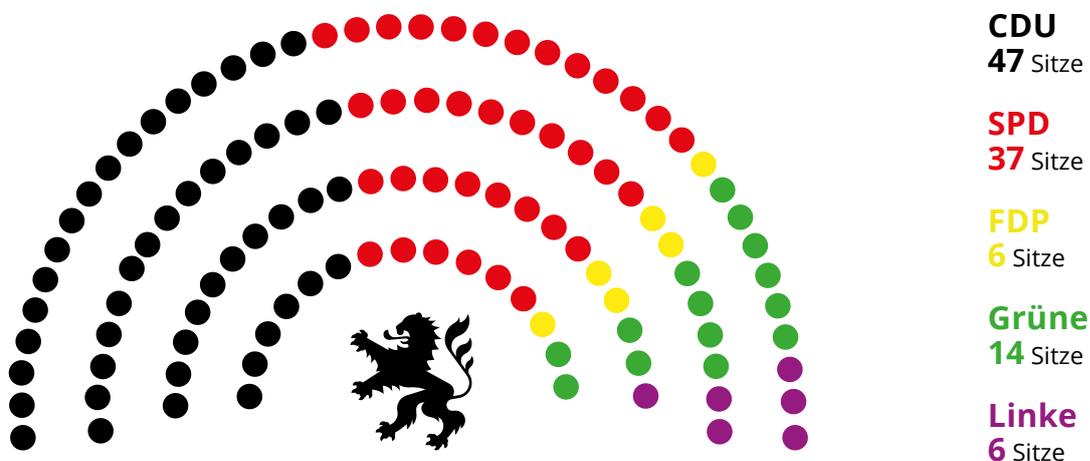
Quelle: election.de: Hessen – Wahl zum 19. Landtag am 22. September 2013, Website, o.J., http://www.election.de/cgi-bin/tabres.pl?datafile=ltw_he13.txt (12.04.2018). Eigene Darstellung.

Es lohnt ein etwas genauerer Blick auf die Wahlergebnisse³⁴ der beiden aus der Wahl hervorgegangenen Koalitionspartner: Den größten Zuwachs an Wählerstimmen konnte die CDU mit 169.000 Personen aus dem Lager der Nichtwähler rekrutieren. Außerdem kamen 75.000 Stimmen von vormaligen FDP-Wählern und 5.000 Stimmen von früheren Grünen-Wählern. 29.000 Stimmen verlor die CDU im Vergleich zur Vorwahl an die SPD und 15.000 an die neue Konkurrenz der AfD. Vor allem der deutliche Zuwachs bei den 2009 nicht zur Wahl gegangenen Bürgerinnen und Bürgern war die Basis des Wahlsiegs. Die vergleichsweise moderaten Verluste an die SPD und die AfD fielen nicht sonderlich ins Gewicht. Der Blick auf die Altersstruktur der Wählerinnen und Wähler enthüllt, dass die CDU bei den Jüngeren am schwächsten abschnitt (28,4 Prozent), jedoch selbst in dieser Altersgruppe die stärkste Partei war. Bei den über 70-Jährigen schnitt die CDU mit 51,3 Prozent überdurchschnittlich ab. Ebenso erwartbar wie in Bezug auf die Altersstruktur konnte die CDU insbesondere bei den ihr traditionell näher stehenden Gruppen der Kirchgänger, der Selbstständigen, der Landwirte und bei Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss besonders punkten. 41 von 55 Wahlkreisen konnten von CDU-Kandidaten direkt gewonnen werden. Bouffier konnte dabei seinen

Wahlkreis, in dem auch sein landespolitischer Herausforderer Schäfer-Gümbel antrat, mit 46,9 Prozent zu 39,9 Prozent für sich entscheiden. Mit insgesamt 47 Landtagsmandaten konnte die CDU im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode ein Mandat hinzugewinnen.

Wie alle Parteien konnten auch die Grünen aus dem Lager der Nichtwähler Stimmen hinzugewinnen, wenn auch mit 32.000 Stimmen im Vergleich zu CDU und SPD auf einem niedrigeren Niveau. Weitere 17.000 Stimmen kamen von ehemaligen FDP-Wählern. Die Grünen verloren 47.000 Stimmen an die SPD, 10.000 Stimmen an die Linkspartei und 5.000 an die CDU. Die signifikante Wählerwanderung hin zur SPD lässt sich mit der vorangegangenen Wahl erklären, bei der viele enttäuschte SPD-Wähler ihr Kreuz bei den Grünen gemacht haben dürften, die nun wieder ihrer Erstpräferenz Ausdruck verliehen. Überdurchschnittlich gut schnitten die Grünen bei Menschen mit höherem und hohem Bildungsabschluss ab. Auch in der Gruppe der Beamten waren sie sehr erfolgreich. Die Grünen stellen 14 Abgeordnete im neuen Landtag, was einen Verlust von drei Mandaten im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode bedeutete.

Abbildung 3: Die Sitzverteilung im hessischen Landtag 2013.



Quelle: Infratest dimap: Wahlanalyse zur 19. Wahl des Hessischen Landtags, Sitzverteilung im hessischen Landtag, o.J., <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hessen/wahlreport/2013/> (12.04.2018), eigene Darstellung.

3.3 Die Regierungsbildung: Wie Schwarz und Grün zueinander fanden

Nicht wenige fühlten sich am Wahlabend an die Situation von 2008 erinnert. Das Wahlergebnis ließ die beiden Wunschkoalitionen Schwarz-Gelb und Rot-Grün nicht zu. Systematisch betrachtet eröffnete das Wahlergebnis arithmetisch zwei Zweierkoalitionen unter der Führung der CDU und zwei Dreierkoalitionen unter Führung der SPD. Schwarz-Rot und Schwarz-Grün auf der einen Seite, Rot-Rot-Grün und Rot-Rot-Gelb auf der anderen Seite. Da die FDP aber bereits signalisiert hatte, für eine Kooperation mit den Sozialdemokraten nicht zur Verfügung zu stehen, blieben von den arithmetisch denkbaren Varianten nur drei politisch realistische Optionen übrig, die auch sämtlich im Rahmen von Sondierungsgesprächen ausgelotet wurden: die Große Koalition, Rot-Rot-Grün oder Schwarz-Grün. Die Möglichkeit eines linken Dreierbündnisses stand im Lichte der Erfahrungen von 2008/2009 allerdings von Anfang an unter keinem guten Stern. Schroeder und Neumann führen in einer historisch informierten, grundlegenden Betrachtung des politischen Systems in Hessen aus: „Große Koalitionen passten bislang nicht zum politischen System Hessens. Im Hinblick auf das Verhältnis der großen Volksparteien gab es seit 1949 meist kein Sowohl-als-auch, sondern eher ein Entweder-Oder.“³⁵ Diese Einschätzung zur politischen Kultur des hessischen Parteiensystems galt unter neuen Vorzeichen auch für die Koalitionsfindung 2013.

Die Phase der Sondierungsgespräche

Die Erfahrungen rund um die gescheiterte Regierungsbildung unter Ypsilanti und die daraufhin anberaumten Neuwahlen dürften ein nicht zu unterschätzender Faktor dafür gewesen sein, dass die etablierten Parteien es dieses Mal mit der Regierungsbildung besonders gemächlich und überlegt angehen ließen. Am Wahlabend selbst versuchten die beiden Kontrahenten Bouffier und Schäfer-Gümbel, sich möglichst optimistisch im Hinblick auf eine mögliche Regierungsbildung unter ihrer jeweiligen Führung zu zeigen. Keiner der beiden sandte Signale aus, auf den jeweils anderen zugehen zu wollen.³⁶ Allen Beteiligten war klar, dass es einen langwierigen Prozess der Koalitionsfindung geben würde und die beliebte Formel, dass alle demo-

kratischen Parteien untereinander gesprächsfähig sein müssten, wurde am Wahlabend besonders häufig wiederholt.³⁷ Das gemächliche Angehen der Regierungsbildung wurde dadurch enorm erleichtert, dass sich die politische Aufmerksamkeit vor allem auf die Bundesebene konzentrierte, da auch hier – strukturparallel zu Hessen – erneut eine Pattsituation eingetreten war, die die Bildung einer der favorisierten Wunschkoalitionen nicht zuließ.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen stand Hessen nun vor „rekordverdächtig langen Sondierungen“.³⁸ Unmittelbar nach dem Wahlabend ließen sich die beteiligten Parteien zunächst einmal Zeit und es vergingen zwei Wochen, bevor mit den ersten Gesprächen begonnen wurde, die sich bis Ende November hinziehen sollten. Den Anfang machten zum Beginn des Oktobers CDU und SPD mit ihren Delegationen in Gießen. Im Vorfeld legten beide Wert darauf, dass es sich nur um ein erstes Gespräch und noch nicht um offizielle Sondierungen handele.³⁹ Dementsprechend ging man auch ohne konkretes Ergebnis auseinander – mit Ausnahme der Aussage, dass noch ein sehr weiter Weg bis zu einer gemeinsamen Regierungsarbeit zurückzulegen sei.⁴⁰

Parallel zu diesen ersten Runden setzten, ebenfalls Anfang Oktober, auch die rot-grünen Sondierungsgespräche ein.⁴¹ Da Tarek-Al-Wazir jedoch relativ deutlich machte, dass er sich nicht auf das Wagnis einer Minderheitsregierung oder eines Tolerierungs- bzw. Stützungsmodells einlassen wolle, zeichnete sich die rot-grüne Option schon relativ früh als politisch nicht gangbar ab.⁴² Am 8., 16. und 25. Oktober loteten SPD, Grüne und Linke die Möglichkeiten eines linken Dreierbündnisses aus. Schäfer-Gümbel und Al-Wazir gaben sich zwar vordergründig noch relativ optimistisch, allerdings zeigten sich insbesondere in der Finanzpolitik sehr große Differenzen zwischen SPD und Grünen auf der einen und der Linkspartei auf der anderen Seite. Die Linkspartei konnte sich weder zu einem Bekenntnis zur Schuldenbremse noch zu einem Kurs der Haushaltskonsolidierung durchringen.⁴³ Ende Oktober kam es zu

unschönen Scharmützeln in den Sozialen Medien zwischen Schäfer-Gümbel und der Linken-Chefin Janine Wissler.⁴⁴ Mitte November stand schließlich definitiv fest, dass dieses Bündnis nicht zustande kommen würde.⁴⁵

Auch die Sondierungen zwischen CDU und Grünen begannen in der ersten Oktoberhälfte. Ende September beurteilte Al-Wazir in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* die Chancen für ein schwarz-grünes Bündnis wie folgt:

„Es wundert mich ein wenig, mit welcher Selbstverständlichkeit die CDU den Regierungsauftrag für sich reklamiert. Die stärkste Fraktion in allen Ehren: Es wird derjenige Ministerpräsident, der die Mehrheit im Parlament hat. Der Weg ist weit zwischen den Grünen und der CDU. Die gleichen Leute, die noch vor einer Woche erklärt haben, dass die Grünen quasi die Vorstufe zur Diktatur sind, sind jetzt im Landtagsflur ganz freundlich. Wir werden trotzdem ernsthaft sondieren.“⁴⁶

Allerdings schätze er die Chancen für Schwarz-Grün in Hessen besser ein als mit Blick auf den Bund. Gleichzeitig stellte Al-Wazir klar, dass es ein solches Bündnis auf keinen Fall um jeden Preis geben werde.⁴⁷ Das erste Treffen fand am 7. Oktober statt. Im Zuge einer ersten Annäherung einigte man sich auf die Formel, dass man zwar grundsätzlich zu einer Regierung bereit sei, aber noch sehr weite Wege bis dahin zurückgelegt werden müssten.⁴⁸

Bouffier berichtete Mitte Oktober nach der zweiten Sondierungsrunde, diese sei atmosphärisch angenehm und inhaltlich sehr gut verlaufen. Man habe einen „Boden der Gemeinsamkeiten“ gefunden.⁴⁹ Auch Al-Wazir gab sich nicht mehr so zugeknöpft wie nach der ersten Sondierungsrunde. Die CDU habe verstanden, dass ein wirklicher Wechsel für Hessen vonnöten sei und es hätten sich insbesondere auf den Gebieten der Kinderbetreuung und der Bildungspolitik neue Lösungswege abgezeichnet. In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gebe es zwar noch Unterschiede, aber „keine unüberwindlichen Hürden“, befand Al-Wazir.⁵⁰ Während der gemeinsamen

Pressekonferenz rutschte Bouffier auf eine Journalistenfrage bereits ein kumpelhaftes „Sag du mal...“ gegenüber Al-Wazir heraus. Auf Nachfrage teilte er mit, er habe Al-Wazir nur „versehentlich geduzt [...] Da dürfen Sie jetzt nichts hineingehimmeln.“⁵¹

Zu diesem Zeitpunkt hatte man die in beiden Parteien umstrittenen Themen, also die künftige Haushaltspolitik und die Zukunft des Frankfurter Flughafens, noch ausgeklammert. Als diese zwei Wochen später Ende Oktober zum Gegenstand der nächsten Runde gemacht wurden, kam es erwartungsgemäß wieder zu größeren Differenzen.⁵² Insbesondere angesichts des Streits um den Flughafen überwog in der medialen Betrachtung insgesamt eher die Skepsis, ob ein schwarz-grünes Bündnis tatsächlich zustande kommen würde.⁵³

Die Flughafenthematik war so umstritten, da sich in ihr tradierte programmatische und normative Markkerne beider Parteien verdichteten. Die Protestbewegung gegen die Startbahn West gehörte zu den Gründungswurzeln der Grünen, und es gab seit jeher enge Verbindungen zu den Bürgerinitiativen, die den Ausbau des Frankfurter Flughafens kritisch begleiteten. Für die CDU hingegen war die Förderung des Fraport ein wesentliches Element, um sich als wirtschaftsnahe und fortschrittsorientierte Partei der Zukunft zu profilieren.⁵⁴ Bei der vierten Verhandlungsrunde am 12. November gelang es schließlich, diese Gräben zu überwinden. Al-Wazir sprach im Anschluss an diese Gespräche, die im Nachgang wohl als die entscheidende Runde charakterisiert werden können, von einem „Korridor der Einigung“.⁵⁵

Dass die Zeichen nun immer mehr auf Schwarz-Grün standen, registrierte man auch bei der Sozialdemokratie. Daher unternahm Schäfer-Gümbel Mitte November noch letzte Versuche, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten und selbst an einem neuen Regierungsbündnis mit zu schmieden. Am 17. November verkündete SPD-Generalsekretär Michael Roth, eine rot-grüne Minderheitsregierung sei denkbar.⁵⁶ Gleichzeitig wurden die Gespräche mit der CDU

am 18. November noch ein letztes Mal mit inhaltlichen Impulsen forciert.⁵⁷ Diese Initiativen fruchteten aber nicht. Es stand nun mehr oder weniger fest, dass es zu keinem Regierungsbündnis unter Beteiligung der SPD würde kommen können.⁵⁸ Kleinert zufolge hatte die hessische SPD-Führung die Entscheidung der CDU zugunsten der Grünen durch ihr langes Abwarten und Taktieren erleichtert. Den Verantwortlichen waren auch durch die Hängepartie, die mit der Ur-Abstimmung der SPD-Mitglieder über die Große Koalition im Bund verbunden war, die Hände gebunden.⁵⁹

Die schwarz-grüne Annäherung war nicht mehr aufzuhalten. Am 21. November 2013 um 18.30 Uhr gab Bouffier nach Gesprächen mit der Landtagsfraktion und dem erweiterten Parteivorstand grünes Licht für Schwarz-Grün. Man wolle den Grünen ein Verhandlungsangebot machen und ihnen auch beim Streitthema Fluglärm entgegenkommen. Konkret wolle man prüfen, ob über das bereits geltende Nachtflugverbot zwischen 23.00 und 5.00 Uhr hinaus noch weitere Ruhezeiten möglich seien. Zudem sei vorstellbar, die Baupläne für ein drittes Terminal am Flughafen auf den Prüfstand zu stellen.⁶⁰ Einen Tag später beschlossen die Grünen auf einem Kleinen Parteitag in Frankfurt am Main nach Angaben von Al-Wazir mit 51 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen, das Gesprächsangebot der CDU anzunehmen. Al-Wazir war es zwar wichtig, zu betonen, dass es nach wie vor große Unterschiede zwischen beiden Parteien gebe, dass man aber nun versuchen wolle, gemeinsam gute Regierungspolitik zu gestalten. Sollte es zu einem Koalitionsvertrag kommen, so sei deutlich mehr Lärmschutz am größten deutschen Flughafen in jedem Fall ein wichtiger Bestandteil.⁶¹ Die Betonung dieses Themas war wichtig, um die eigenen Anhänger mitzunehmen. Schließlich hatten am Rande des Kleinen Parteitags der Grünen ca. 50 Demonstranten gegen Fluglärm protestiert. Diese Proteste sollten auch die Koalitionsverhandlungen begleiten.

Die Phase der Koalitionsverhandlungen

Am darauffolgenden Montag, dem 25. November, begannen die Koalitionsverhandlungen zwischen „Joschkas Kindern und Alfreds Enkeln“⁶², wie es eine Deutschlandfunk-Korrespondentin in Anspie-

lung auf historisch prägende Figuren der hessischen Landespolitik prägnant formulierte. Da bereits ausführliche Sondierungen stattgefunden hatten, einigte man sich gleich beim ersten Treffen in einem Wiesbadener Hotel auf einen sehr knapp gefassten Zeitplan: Mitte Dezember sollten die Verhandlungen abgeschlossen sein.⁶³ Bouffier sprach von einem „in mancher Hinsicht schwierigen Annäherungsprozess“ und einem „anspruchsvollen Zeitplan“, strahlte allerdings ebenso wie Al-Wazir Zuversicht aus, dass man „mit Spannung und Schwung“ an die Arbeit gehen und das Bündnis auf den Weg bringen werde. Auf die Frage, ob Schwarz-Grün in Hessen ein historisches Bündnis mit Bedeutung für den Bund sei, antwortete Al-Wazir: „Historisch ist ein großes Wort. Es hat auch schon historisches Scheitern gegeben. Das haben wir nicht vor.“⁶⁴

Die Koalitionsverhandlungen wurden von jeweils ca. 30 Personen aus beiden Parteien neben den Hauptverhandlungsgruppen in acht Arbeitsgruppen geführt, die dem Zuschnitt der hessischen Ministerien entsprachen. Atmosphärisch mühten sich beide Seiten trotz öffentlicher Betonung von Unterschieden erkennbar darum, wechselseitig gute Stimmung und persönliche Sympathien zu erzeugen. Der alte und designierte neue Ministerpräsident war erkennbar bestrebt, dem projektierten Bündnis eine normative Grundlage zu geben. So führte er in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* Ende November aus:

*„Ich freue mich darauf, dass wir die Chance haben zu zeigen, wie man zwei Dinge zusammenbringen kann. Zum einen eine konservative, liberale und auch soziale Partei, die sich ihrer Wurzeln bewusst ist. Zum anderen eine Partei, die erst einmal weit von uns weg ist, sich aber der Nachhaltigkeit und der Schöpfung verpflichtet fühlt. Im besten Sinne bürgerlich eben.“*⁶⁵

Die Betonung der Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie ist ein typisches Kennzeichen schwarz-grüner Koalitionen, wie man sie auch bereits bei den Vorläufermodellen hatte beobachten können.⁶⁶

Relativ bald schon konnte man sich auf wesentliche Aspekte der Bildungspolitik einigen, die ein zentrales Thema des Wahlkampfes gewesen war. Man kam überein, bis zum Ende der Legislaturperiode an allen Grundschulen ein verlässliches Unterrichts- und Versorgungsangebot von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr zu gewährleisten.⁶⁷ Zudem einigte man sich auf einen Schulfrieden, mit dem die ideologischen Schlachten der Vergangenheit für beendet erklärt wurden, sowie für eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9.⁶⁸ Für Frauenhäuser, Erziehungsberatungsstellen und Schuldnerberatungen sollten neue Budgets eingeführt werden.⁶⁹ Dies waren wesentliche Wahlkampforderungen der Grünen. In Bezug auf das noch von der Vorgängerregierung beschlossene Kinderförderungsgesetz (KiföG) sollten möglichst bald nach dessen Inkrafttreten am 1. Januar 2014 Pauschalbeträge für die Betreuung behinderter Kinder angehoben werden.⁷⁰ Hier war die grüne Handschrift ebenfalls deutlich erkennbar.

Auch in der Finanzpolitik zeichneten sich schon bald gangbare Kompromisse ab. Die Senkung der Neuverschuldung war auch für die Bündnisse in Hamburg und im Saarland ein wesentliches Thema gewesen. Die künftigen Koalitionspartner waren auf das Sparen verpflichtet, da Hessen nach den Regelungen der „Schuldenbremse“ 2020 ohne neue Schulden auskommen muss. Bis zu einer halben Milliarde Euro wolle man pro Jahr durch Einsparungen bei den Beamten aufbringen, was durch geringere Besoldungserhöhungen und eine Kappung der Beihilfeleistungen erreicht werden sollte.⁷¹ Immerhin kam man den Beamten bei der Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 42 auf 41 Stunden ab 2017 entgegen.⁷² Einnahmeerhöhungen wurden nur bei der Grunderwerbsteuer vorgesehen, die nach einer Erhöhung von 3,5 Prozent auf 5 Prozent zu Beginn des Jahres 2013 künftig auf 6 Prozent angehoben werden sollte.⁷³ An dieser Stelle ging die CDU nicht auf die noch weitergehenden Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen nach zusätzlichen Einnahmen durch die Einführung eines „Wassercent“ und einer „Kiessteuer“ ein.⁷⁴

In der Außenkommunikation als deutlich schwierigeres Thema wurde das Feld Fluglärm/Frankfurter Flughafen behandelt, das sich bereits in der Sondierungsphase als „härteste Nuss“ in den Verhandlungen zwischen Schwarzen und Grünen erwiesen hatte. Der später vereinbarte Kompromiss hatte sich bereits bei den Sondierungen abgezeichnet: Durch eine flexible Nutzung der Start- und Landebahnen sollte die Nachruhe von derzeit sechs auf sieben Stunden erweitert werden, der bereits beschlossene Bau eines dritten Terminals sei noch einmal einer Bedarfsprüfung zu unterziehen und es werde eine Lärmobergrenze für den Flughafenbetrieb geben.⁷⁵ Diese Pläne wurden von einem Bündnis verschiedener Bürgerinitiativen (BBI) sehr kritisch aufgenommen und als „wirtschaftlich risikoreich und verkehrspolitisch unnötig“ gebrandmarkt. Moniert wurde, dass die Fraport AG weiterhin über den Bau des dritten Terminals entscheiden könne. Die Bürgerinitiativen sahen darin den Beleg dafür, dass allein wirtschaftliche Interessen den Ausschlag gäben und die Politik sich aus der Verantwortung stehle.⁷⁶ Dennoch einigten sich die Verhandlungspartner kurz vor Ende der Verhandlungen Mitte Dezember auf den oben beschriebenen Kompromiss,⁷⁷ der allerdings einen „Gesichtsverlust für beide Seiten“⁷⁸ zur Folge hatte. Beide Partner mussten von zentralen Wahlkampfversprechen abrücken. Die Grünen mussten sich von ihrem Ziel einer Lärmreduzierung ebenso verabschieden wie die CDU ihre Position räumen musste, die Weiterentwicklung des Flughafens sei nicht verhandelbar.⁷⁹ Sowohl die Flughafenbetreiber als auch die Bürgerinitiativen zeigten sich mit dem Ergebnis unzufrieden. Dies war der Preis, den beide Parteien für das Zustandekommen der Koalition zahlten, da aufgrund verhärteter Fronten ein alle Beteiligten zufriedenstellender Kompromiss nicht möglich war.

Am 18. Dezember stellten die beiden Parteivorsitzenden den Koalitionsvertrag mit dem Titel *Verlässlich gestalten. Perspektiven eröffnen* der Öffentlichkeit vor,⁸⁰ in dem „der Anspruch eines konsensorientierten Regierens deutlich zum Ausdruck“⁸¹ kam. Dem Reigen der Bündnisdefinitionen in den Koalitionsvereinbarungen - „Ergän-

zungscoalition“ (Hamburg), „Projekt“ (Saarland), – wurde nun die Formel vom Erreichen „gute[r] Kompromisse“ hinzugefügt, was durchaus Verhalten optimistischer Klang als in den anderen vergleichbaren Vereinbarungen. In der Präambel wurden vier Leitgedanken genannt, an denen sich die schwarz-grüne Politik der kommenden Jahre ausrichten sollte: „Schöpfung bewahren – Natur schützen“, „Wohlstand erhalten – Ressourcen schützen“, „Wahlfreiheit sichern – Vielfalt fördern“, „Bürgergesellschaft stärken – Freiheit sichern“.⁸² Die CDU billigte den Koalitionsvertrag einstimmig per Handzeichen auf einem Kleinen Parteitag.⁸³ Die Grünen segneten den Vertrag im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung ab, bei der 1.000 von 5.300 hessischen Parteimitgliedern anwesend waren, von denen 74,2 Prozent mit Ja stimmten. Es war Al-Wazir insofern das politische Kunststück gelungen, seine Parteimitglieder auf den zunächst ungeliebten Weg einer schwarz-grünen Regierungszusammenarbeit mitzunehmen. Kleinert urteilt dazu: „Gemessen an der Heftigkeit der Gegensätze zur Union, wie sie noch wenige Monate zuvor zumindest rhetorisch aufeinandergeprallt waren, blieb die Zahl der Kritiker, die diesen Weg nicht gehen mochten, erstaunlich gering.“⁸⁴ Somit war der ursprünglich vereinbarte enge Zeitplan eingehalten worden und die Koalition stand noch vor der Weihnachtspause.

Die Ressortaufteilung

Zur künftigen Ressortaufteilung wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die CDU sechs Ministerien (Finanzen, Inneres, Kultus, Wissenschaft, Justiz, Soziales/Integration) und die Grünen zwei Ministerien (Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) bekommen sollten.⁸⁵ Das von der CDU im Wahlkampf angekündigte neue Zukunftsministerium für Forschung und Technologie kam nicht zustande. In der Ressortzuteilung hatten sich Schwarze und Grüne auf einen gelungenen Kompromiss einigen können, der beiden Seiten zugutekam. Während die CDU gegenüber ihren Anhängern darauf verweisen konnte, die deutliche Mehrheit an Ministerien zu besetzen, konnte die Grünen-Spitze geltend machen, dem

künftigen Partner wichtige Schlüsselpositionen abgerungen zu haben. Al-Wazir hatte ja bereits während des Wahlkampfs verlauten lassen, künftig hessischer Wirtschaftsminister werden zu wollen. Obwohl es ursprünglich in der Koalitionsvereinbarung nicht vorgesehen war, wurde sein Ministerium um den Bereich der Energie erweitert. Er bekam nicht nur ein Ministerium, für dessen Bereiche in anderen Bundesländern zwei oder drei Ministerien vorgesehen sind, sondern konnte auch spezifisch grüne Landesthemen in seinen Zuständigkeitsbereich integrieren.⁸⁶ Das zweite grüne Ministerium wurde mit der Bundestagsabgeordneten Hinz besetzt, die zwischen 1998 und 1999 schon einmal hessische Umweltministerin gewesen war. Neue Landesvorsitzende der Grünen wurden Daniela Wagner und Kai Klose, den Fraktionsvorsitz übernahm Mathias Wagner.

Während die beiden grünen Minister bereits vor Weihnachten feststanden, ließ sich Bouffier noch drei weitere Wochen bis zum 14. Januar 2014 Zeit, bis er die Namen der CDU-Minister seiner Regierungsmannschaft bekannt gab. Die größte Überraschung war dabei der Wechsel des vormaligen Innenministers Rhein ins Ressort für Wissenschaft und Kunst. Als eines der profiliertesten Gesichter der Hessen-CDU, der sich durch seinen harten Kurs gegenüber den *Blockupy*-Demonstranten sowie durch seine Kandidatur als Frankfurter Oberbürgermeister einen Namen gemacht hatte, überraschte es viele mediale Beobachter, dass Rhein nun ein weniger wichtiges Ressort zugesprochen wurde, zumal er bis dato nicht gerade als Hochschulexperte aufgefallen war.⁸⁷ Das Innenministerium übernahm der vormalige CDU-Generalsekretär Peter Beuth. Die Riege der Ministerneulinge wurde komplettiert durch die Besetzung des Kultusministers mit dem früheren Düsseldorfer Völker- und Europarechtler Ralph Alexander Lorz, der zuvor bereits Staatssekretär im Kultusministerium gewesen war. Das in der Vorgängerregierung von der FDP geleitete Justizministerium wurde nun von der früheren Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann geführt. Die frühere Umweltministerin Lucia Puttrich, deren Ministerium nun den Grünen

zugesprochen worden war, wurde neue Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten. Auf drei Posten kam es zu keinen Personalwechseln: Bouffier setzte weiterhin auf Thomas Schäfer (CDU) als Finanzminister, auf Stefan Grüttner (CDU) als Sozialminister und auf den in der Regierungskoordination bewährten Axel

Wintermeyer als Chef der Staatskanzlei. Die hessische CDU-Fraktion wurde nach dem Ausscheiden von Christean Wagner nun von Michael Boddenberg angeführt, der zuvor das Amt des Ministers für Bundesangelegenheiten bekleidet hatte.

Tabelle 4: Das hessische Kabinett nach der hessischen Landtagswahl 2013.

Ministerpräsident	Volker Bouffier (CDU)
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	Tarek Al-Wazir (Grüne)
Minister und Chef der Staatskanzlei	Axel Wintermeyer (CDU)
Minister des Inneren und für Sport	Peter Beuth (CDU)
Minister der Finanzen	Thomas Schäfer (CDU)
Ministerin der Justiz	Eva Kühne-Hörmann (CDU)
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Priska Hinz (Grüne)
Minister für Soziales und Integration	Stefan Grüttner (CDU)
Kultusminister	Ralph Alexander Lorz (CDU)
Minister für Wissenschaft und Kunst	Boris Rhein (CDU)
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten	Lucia Puttrich (CDU)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Am 18. Januar 2014 wurde Bouffier mit 62 Stimmen als Ministerpräsident des Landes Hessen bestätigt und lag damit sogar eine Stimme über der schwarz-grünen Mehrheit im neu konstituierten Landtag. Mit 61 (CDU: 47, Grüne: 13) von 110 Sitzen verfügt Schwarz-Grün dort nun über eine stabile Mehrheit.

3.4 Zwischenfazit

Das hessische Parteiensystem gilt in der Forschung seit langem als ein Parteiensystem mit „Signal- und Schrittmacherfunktion“⁸⁸ für die koalitionspolitische Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt. 1983 wurde hier erstmals eine SPD-Minderheitsregierung von den Grünen toleriert, 1985 die erste rot-grüne Landesregierung gebildet. 2008 kam es zum ersten, gleichwohl gescheiterten Versuch, ein von der Linkspartei gestütztes rot-grünes Bündnis zu schmieden. 2013 wurde in Hessen die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland gebildet, was auch für viele Experten „zweifellos eine politische Überraschung“⁸⁹ war.

Der zügige Abschluss der Koalitionsverhandlungen hing mit den bereits zuvor ausgesprochen ausführlichen und detaillierten Sondierungsgesprächen zusammen. Auch wenn die beiden künftigen Partner zu Beginn der Gespräche noch einmal auf ihre markanten Unterschiede hingewiesen hatten, kann man im Rückblick konstatieren, dass die Vorentscheidung für eine schwarz-grüne Koalition im Prinzip mit dem Ende der Sondierungsphase und der Absage an die Große Koalition in der letzten Novemberwoche gefallen war. In den Bereichen der Bildungs- und Familienpolitik konnten sich die Grünen mit ihren Vorstellungen durchsetzen, bei der Finanzpolitik dominierte die christdemokratische Programmatik. Beim Streitthema Frankfurter Flughafen einigte man sich auf einen klassischen Formelkompromiss, dessen Formulierung für die Interessen beider Seite offen war, mit dem zugleich aber auch beide Partner von markanten Wahlkampfversprechen abrücken mussten. Letztlich waren weder CDU noch Grüne bereit, das anvisierte Bündnis am Konfliktpunkt Fraport scheitern zu lassen.

In gesellschaftspolitischen Belangen kam die CDU den Grünen weit entgegen. Der SPIEGEL resümierte, dass es im Koalitionsvertrag nur so von grünen Lieblingsbegriffen wimmelte: von der „Genderkompetenz“ im Zusammenhang mit der Frauenförderung bis zum „Aktionsplan für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen“.⁹⁰ Unter dem

Strich, so urteilt auch Kleinert, trug die Koalitionsvereinbarung „an etlichen Stellen eine grüne Handschrift“⁹¹. Weckenbrock hat jedoch herausgearbeitet, dass die hessischen Grünen zwar den Koalitionsvertrag als Erfolg verbuchen konnten, ihre Positionen im Vergleich zu den von ihm ausführlich untersuchten Vorläufermodellen in Hamburg und an der Saar weniger stark zur Geltung hätten bringen können. Weckenbrock erklärt diesen Unterschied damit, dass sich die hessische CDU wegen der langen Zeit währenden Sondierungen noch für möglich, teilweise sogar für wahrscheinlicher gehaltenen Großen Koalition in einer strategisch besseren Ausgangslage befunden hätte als die Parteikollegen in der Hansestadt und im Saarland, wo das Zusammengehen mit der SPD von vorn herein ausgeschlossen worden war.⁹²

Bouffiers Offenheit gegenüber einer lagerübergreifenden Koalition wurde von Pitt von Bebenburg in einem Leitartikel der *Frankfurter Rundschau* als erfolgreiche Kopie der inhaltlichen und koalitionspolitischen Flexibilität von Bundeskanzlerin Merkel gedeutet.⁹³ Für Volker Zastrow lieferte Bouffier mit der souveränen und geschickten Führung der Koalitionsverhandlungen sein „Meisterstück“ ab. Die Bildung eines schwarz-grünen Bündnisses in Hessen lade ein, über die Angemessenheit überkommener Lagergrenzen nachzudenken:

„Rechts und Links ist alt. Die meisten, die diese Begrifflichkeit auf Politik anwenden, haben vergessen, dass es sich bloß um eine Metapher handelt. Sie eignet sich zur Polarisierung, aber kaum zur Analyse. Schon jenseits des Politischen vermögen die meisten Menschen eher schlecht als recht zu erklären, was rechts und links eigentlich bedeutet. Und in der Politik? Schwarz ist, wo der Daumen grün ist?“⁹⁴

Im Lichte klassischer Ansätze der Koalitionsbildungstheorie⁹⁵ lässt sich das Zustandekommen von Schwarz-Grün in Hessen sowohl mit *policy-seeking* als auch mit *office-seeking* erklären, wobei das *vote-seeking* eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben dürfte. Bei den beteiligten

Akteuren waren sowohl der Wille zur Durchsetzung politischer Inhalte und die Bereitschaft zum Finden politikinhaltlicher Schnittmengen als auch das Streben nach politischen Ämtern erkennbar. Die Beliebtheit beim Wähler war weniger entscheidend, denn Schwarz-Grün war, einer Umfrage am Wahltag zufolge, ein eher unbeliebtes Koalitionsmodell. Es spielte ebenfalls eine Rolle, dass sich der hessische Landtagswahlkampf weitestgehend im Windschatten des Bundestagswahlkampfes abgespielt hatte, wodurch die landesinterne Polarisierung im Vergleich zu früheren hessischen Wahlkämpfen geringer ausfiel – man erinnere sich an die von der CDU noch im Wahlkampf 2008 geklebten Plakate mit dem Slogan „Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen“, was die Grünen seinerzeit als Schüren ausländerfeindlicher Ressentiments kritisiert hatten.

Nicht außer Acht gelassen werden darf der Umstand, dass parallel zum hessischen Sondierungsmarathon auch Sondierungsgespräche auf Bundesebene stattfanden. Es dürfte für die hessischen Sondierungsgespräche nicht von Nachteil gewesen sein, dass sich die mediale Aufmerksamkeit seinerzeit in erster Linie auf die Koalitionsfindung im Bund richtete. Dass im politischen Berlin und im Rest der Republik zu dieser Zeit ausführlich über alternative Koalitionsformate diskutiert und spekuliert wurde, dürfte sich positiv auf die Experimentierfreude der Verhandlungspartner in Wiesbaden ausgewirkt haben, wenngleich das schwarz-grüne Bündnis auf Bundesebene ja bekanntermaßen nicht zustande kam. Möglicherweise kommt noch eine weitere strategische Überlegung hinzu: Es erschien für beide Parteien taktisch klug, in Bund und Land unterschiedliche Signale zu setzen. Wenn die Grünen wie im Bund

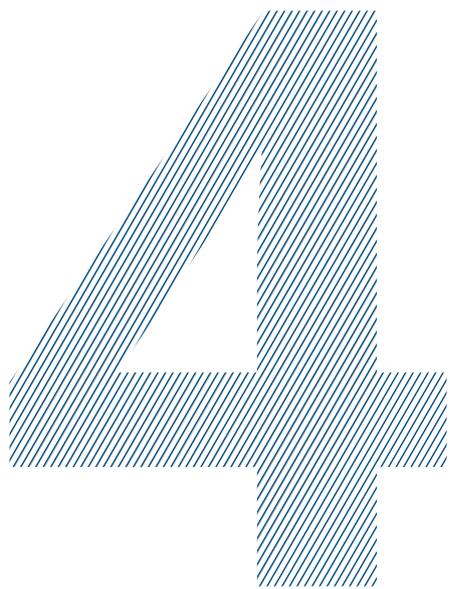
argumentiert hätten, mit der CDU gebe es auch in Hessen nicht genügend Schnittmengen, hätte Schwarz-Grün für die nähere Zukunft generell als abgeschriebenes Bündnis erscheinen können. Wenn die Union sowohl im Bund als auch in Hessen eine Große Koalition eingegangen wäre, wäre dies womöglich in der öffentlichen Wahrnehmung als koalitionspolitischer Stillstand in Deutschland angekommen. Mit einer Großen Koalition in Berlin und einer schwarz-grünen Koalition in Wiesbaden präsentierten sich die Parteien allerdings als koalitionspolitisch flexibel, auch mit Blick auf die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems.

Neben diesen strategischen Erwägungen haben auch „weiche Faktoren“⁹⁶ wie die personelle Verträglichkeit der Vertreter in den Parteispitzen sowie die weitgehende parteiinterne Akzeptanz zu einem erfolgreichen Koalitionsabschluss beigetragen. Nicht zuletzt die Tatsache, dass beide künftigen Partner im Wahlkampf Schwarz-Grün nicht so kategorisch ausgeschlossen hatten wie beispielsweise Ypsilanti jegliche Form eines Linksbündnisses, dürfte es den beiden Parteien massiv erleichtert haben, dieses Bündnis zu schmieden, ohne sich dem Vorwurf des Wählerbetrugs auszusetzen. Auch wenn der Start der schwarz-grünen Koalition sich durchaus harmonisch gestaltete, war es zunächst dennoch ungewiss, wie stabil sich das neue Bündnis in den Mühen der Regierungsarbeit erweisen würde.

3. Der Weg zur Bildung einer schwarz-grünen Koalition in Hessen

- 1 Vgl. Sabine Pokorny: Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013. Wahlanalyse, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin/Berlin, 2013, S. 2.
- 2 Vgl. Anne Löffel/Ute Fiedler: Gerich übernimmt die Landeshauptstadt, in: Frankfurter Rundschau vom 10. März 2013.
- 3 Vgl. Werner D'Inka: Triumph in Frankfurt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. März 2012.
- 4 Vgl. O. V.: Parteienstreit um Wahltermin, in: HR-online vom 04. Juni 2012, http://www.hr-online.de/website/specials/landtagswahl-hessen/index.jsp?rubrik=83375&key=standard_document_44983158 (10.04.2018).
- 5 Jens Schneider: Bouffier setzt auf Prinzip Huckepack, in: Süddeutsche Zeitung vom 09. September 2013.
- 6 Vgl. Michael Schlieben: Hessische Hasenfüße, bayerische Extrawürste, in: DIE ZEIT online vom 24. Januar 2013, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-01/wahlermin-hessen-bayern> (10.04.2018).
- 7 Vgl. Faas: Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013, S. 353.
- 8 Vgl. Pitt von Bebenburg: Bouffier will 2013 antreten, in: Frankfurter Rundschau vom 10. September 2010.
- 9 Vgl. Pitt von Bebenburg: Schwarzes Hessen, in: Schroeder/Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, S. 271–285.
- 10 Vgl. zur Einordnung von Volker Bouffiers Profil in die Riege der hessischen Ministerpräsidenten Stephan Klecha/Bettina Munimus: Hessens Ministerpräsidenten. Verwurzelte Landesväter, machtpolitische Pragmatiker und behutsame Modernisierer, in: Schroeder/Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, S. 83–108, S. 100–102.
- 11 Ebd., S. 100–101.
- 12 Vgl. Arno Frank: Bahn frei für Schwarz-Grün, in: tageszeitung vom 21. November 2012.
- 13 Vgl. die Webpräsenz des Mitdenkforums Hessen: www.mitdenkforum-hessen.de/ (10.04.2018).
- 14 CDU Hessen: Gemeinsam auf dem Weg - Ideen für die Zukunft Hessens. Zukunftsprogramm 2014–2019 vom 6. Juli 2013, in: https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/abgeordnetenwatch.de/files/lw_hessen_cdu.pdf (10.04.2018).
- 15 Vgl. ebd., S. 8.
- 16 Vgl. ebd., S. 9–10.
- 17 Vgl. ebd., S. 7.
- 18 Zit. nach O. V.: Bouffier ruft kostenlosen Kindergarten als Ziel aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 2013.
- 19 Vgl. Informationsseite Landesmitgliederversammlung in Gießen vom 20. April 2013, in: <http://www.gruene-hessen.de/partei/gremien-organisation/lmv-giessen-2013/>.
- 20 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Hessen will den Wechsel. Das grüne Regierungsprogramm 2014–2019, Wiesbaden, 2013, in: <http://www.gruene-hessen.de/partei/files/2013/06/GR%C3%9CNES-Regierungsprogramm-Hessen-will-den-Wechsel.pdf>.
- 21 Vgl. ebd., S. 6–26.
- 22 Vgl. ebd., S. 27–44.
- 23 Vgl. ebd., S. 74–75.
- 24 Vgl. ebd., S. 78.
- 25 Vgl. Tarek Al-Wazir: Fremde Federn. Schwarze Zahlen mit grünen Ideen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni 2013.
- 26 Vgl. ebd.
- 27 Vgl. Sommerinterview des Hessischen Rundfunks mit Volker Bouffier vom 24. August 2013, http://www.hr-online.de/website/specials/landtagswahl-hessen/index.jsp?jmpage=1&rubrik=83375&mediakey=fs/hessen-schau/2013_08/130824194228_bouffier_11451&type=v&jm=2&key=standard_document_49436515 (10.04.2018).
- 28 Vgl. Sommerinterview des Hessischen Rundfunks mit Tarek Al-Wazir vom 05. August 2013, www.al-wazir.de/videos/hr-sommerinterview-2013 (01.11.2017).
- 29 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 865.
- 30 Vgl. Lothar Probst: Ein Ende der Koalitionsausschlusslogik? Zur Zukunft schwarz-grüner Koalitionen, in: Kronenberg (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, S. 99–117, S. 99.
- 31 Vgl. Pokorny: Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013, S. 7.
- 32 Vgl. zur Einordnung Eckhard Jesse: Wahlen 2013, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2014, Baden-Baden, 2014, S. 93–109, S. 107–108.
- 33 Vgl. Faas: Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013, S. 356–358.
- 34 Die im Folgenden ausgewählten Daten beruhen auf einer Auswertung der amtlichen Wahlstatistiken und der demografischen Daten aus: <https://wahlen.hessen.de/land-hessen/landtagswahl/ergebnisse> (01.11.2017). Forschungsgruppe Wahlen: Landtagswahl in Hessen 22. September 2013, Mannheim, 2013. Infratest dimap: Wahl-REPORT Landtagswahl 2013. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin, 2013. Pokorny: Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013. Faas: Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013, S. 349–365.
- 35 Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann: Politische Herausforderungen in Hessen, in: Schroeder/Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, S. 1–7, S. 5.
- 36 Vgl. Detlef Esslinger: Der menschliche Faktor, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. September 2013.
- 37 Vgl. Jens Schneider/Bernd Dörries: Das große Warten, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. September 2013.
- 38 Pitt von Bebenburg: Die Woche der Entscheidungen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. November 2013, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/sondierungen-in-hessen-die-woche-der-entscheidungen-a-641008> (09.04.2018).
- 39 Vgl. Jens Schneider: Vor-vor-vor-Gespräche, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. September 2013.
- 40 Vgl. Thomas Holl: „Ein weiter Weg zur schwarz-roten Koalition“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02. Oktober 2013.
- 41 Vgl. Pitt von Bebenburg: Start in die Koalitionsgespräche, in: Frankfurter Rundschau vom 30. September 2013.
- 42 Vgl. Helmut Schwan: Gut, dass sie darüber gesprochen haben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. November 2013.
- 43 Vgl. Pitt von Bebenburg/Timur Tinc: Grüne bevorzugen Links-bündnis, in: Frankfurter Rundschau vom 12. Oktober 2013.

- 44 Vgl. O. V.: Twitter-Eklat: Schäfer-Gümbel greift Wissler an, in: Frankfurter Rundschau vom 24. Oktober 2013.
- 45 Vgl. O. V.: Rot-Rot-Grün in Hessen wohl gescheitert, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. November 2013.
- 46 Interview Tarek Al-Wazir mit der Frankfurter Rundschau vom 27. September 2013.
- 47 Vgl. ebd.
- 48 Vgl. Jens Schneider: Man sieht sich zweimal, in: Süddeutsche Zeitung vom 08. Oktober 2013.
- 49 Vgl. Ralf Euler: CDU und Grüne finden „Boden der Gemeinsamkeiten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 2016.
- 50 Vgl. ebd.
- 51 Vgl. Pitt von Bebenburg: Bouffiers Freundlichkeiten, in: Frankfurter Rundschau vom 08. Oktober 2013.
- 52 Vgl. ebd.
- 53 Vgl. Thomas Holl: Zweifel an Schwarz-Grün wachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Oktober 2013.
- 54 Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 866–867.
- 55 Vgl. Helmut Schwan: Gut, dass sie darüber gesprochen haben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. November 2013.
- 56 Vgl. Jens Schneider: Hessen-SPD erwägt Minderheitenregierung, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. November 2013.
- 57 Vgl. Pitt von Bebenburg: Letztes Sondierungstreffen, in: Frankfurter Rundschau vom 17. November 2013.
- 58 Vgl. Matthias Meisner: Rot-Grün-Rot vom Tisch. Schäfer-Gümbel kann nicht Ministerpräsident von Hessen werden, in: Tagesspiegel vom 19. November 2013.
- 59 Vgl. Kleinert: Schwarz-Grün in Hessen, S. 59.
- 60 Vgl. Hannelore Crolly: Einstige „Stahlhelm“-Partei setzt in Hessen auf Grün, in: DIE WELT vom 22. November 2013.
- 61 Vgl. O. V.: Hessens Grüne wollen mit der CDU verhandeln, in: Frankfurter Rundschau vom 23. November 2013.
- 62 Vgl. Anke Petermann: Joschkas Kinder und Alfreds Enkel an einem Tisch, in: Deutschlandfunk vom 25. November 2013, http://www.deutschlandfunk.de/koalitionsverhandlungen-hessen-joschkas-kinder-und-alfreds.1773.de.html?dram:article_id=270002 (10.04.2018).
- 63 Jens Schneider: Die Unterschiede bleiben, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. November 2013.
- 64 Vgl. Thomas Holl: Ein ungewöhnlicher Neuanfang für CDU und Grüne, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. November 2013.
- 65 Interview mit Volker Bouffier, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 01. Dezember 2013.
- 66 Vgl. Sturm: Schwarz-grüne Koalitionspolitik in den Ländern, S. 47–48.
- 67 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Verlässlich gestalten, Perspektiven öffnen. Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode des hessischen Landtags 2014-2019, https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/koalitionsvertrag_2013-12-18.pdf (10.04.2018), S. 31–32.
- 68 Vgl. ebd., S. 29–30.
- 69 Vgl. ebd., S. 78.
- 70 Vgl. ebd., S. 53–54.
- 71 Vgl. ebd., S. 7.
- 72 Vgl. ebd., S. 10.
- 73 Vgl. ebd., S. 10.
- 74 Pitt von Bebenburg: Schwarz-Grün kann nicht auf Beifall hoffen, in: Frankfurter Rundschau vom 17. Dezember 2013.
- 75 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 66–69.
- 76 Vgl. Helmut Schwan: „Eine Mogelpackung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. November 2013.
- 77 Vgl. Jens Schneider: CDU und Grüne einigen sich bei Konflikt um Fluglärm, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Dezember 2013.
- 78 Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 866.
- 79 Vgl. Matthias Bartsch et al.: Revolution ohne Pathos, in: Der Spiegel vom 09. Dezember 2013.
- 80 Vgl. Jens Schneider: Schwarz-Grün in Hessen steht, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Dezember 2013.
- 81 Pitt von Bebenburg: Schwarzes Hessen, S. 282.
- 82 CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 4–6.
- 83 Vgl. Helmut Schwan: Die CDU beginnt die neue Ära einmütig, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 22. Dezember 2013.
- 84 Kleinert: Schwarz-Grün in Hessen, S. 59–60.
- 85 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 106.
- 86 Faas: Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013, S. 364.
- 87 Vgl. Pitt von Bebenburg/Georg Leppert: Erstaunen über Rheins Wechsel, in: Frankfurter Rundschau vom 14. Januar 2015.
- 88 Christoph Strünck: Starke Signalwirkung. Das hessische Parteiensystem, in: Uwe Jun (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, 2008, S. 247–264.
- 89 Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 865.
- 90 Vgl. Matthias Bartsch/Peter Müller: Das Gift des Widerspruchs, in: Der Spiegel vom 21. April 2014.
- 91 Kleinert: Kulturrevolution in Wiesbaden?, S. 86.
- 92 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 869.
- 93 Vgl. Pitt von Bebenburg: System Merkel erfolgreich kopiert, in: Frankfurter Rundschau vom 17. Dezember 2013.
- 94 Vgl. Volker Zastrow: Hessischer Solarplexus, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24. November 2013.
- 95 Vgl. dazu Wolfgang C. Müller/Kaare Strom (Hrsg.), *Policy, Office or Votes? How Political Parties Make Hard Choices*, New York, 1998.
- 96 Diese werden in der neueren Koalitionsbildungstheorie immer stärker betont. Vgl. Frank Decker, *Koalitionsausagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2 (2009), S. 431–453. Vgl. ferner von Best: *Koalitionssignale bei Landtagswahlen*.



4

Schwarz-grünes Regieren in Hessen anhand ausgewählter Politikfelder

4.1 Die Infrastruktur- und Umweltpolitik

Die Bilanz der schwarz-grünen Landesregierung wird im Folgenden entlang einzelner Politikfelder strukturiert. Erkenntnisleitend stehen dabei die Fragen danach im Mittelpunkt, was gemeinsam erreicht wurde und was warum nicht. Neben den im Koalitionsvertrag vereinbarten Elementen spielen auch situative unvorhergesehene Herausforderungen wie beispielsweise der seit Sommer 2015 so nicht vorhersehbare starke Zuzug von Flüchtlingen eine Rolle. Gleich zu Beginn soll auf das kontroverseste Projekt der Koalition eingegangen werden, das sich bereits in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen als Knackpunkt herauskristallisiert hatte: der Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Konfliktpunkt Flughafenbau

Wie bereits ausgeführt, war das Thema Frankfurter Flughafen schon bei den Koalitionsverhandlungen außerordentlich konfliktreich diskutiert worden. Der CDU Hessen ging es dabei insbesondere um den wirtschaftlichen Erfolg des Bundeslandes durch den Wirtschaftsmotor Flughafen, während die Grünen weitestgehend auf der Seite der Flughafengegner standen, die gegen die hohe Lärmbelastung und ökologische Beeinträchtigungen protestierten.¹ Wesentliche Ziele der Grünen waren die Erweiterung des Nachtflugverbots von 23.00 bis 5.00 Uhr auf 22.00 bis 6.00 Uhr sowie Einschränkung des Baus eines zusätzlichen Terminals gewesen.² Der im Koalitionsvertrag gefundene Kompromiss war auf die eher allgemein formulierten Ziele einer längeren nächtlichen Lärmpause sowie einer Prüfung des damals geplanten Terminals 3 hinausgelaufen.

Die Fluglärmkommission Frankfurt machte aber bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass eine Umsetzbarkeit der Pläne äußerst fraglich sei, da eine Freigabe verschiedener Landebahnen nötig wäre, um alle Maschinen rechtzeitig bis 23.00 Uhr von Frankfurt aus starten zu lassen und schwere Maschinen am Morgen zwischen 5.00 und 6.00 Uhr zur Landung zu bringen. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt argumentierte in eine ähnliche Richtung. Eine erschwerte Erreichbarkeit von Frankfurt habe negative Folgen für die tragende Rolle des Standorts. Eine Ausweitung der sechs- auf eine sieben- oder achtstündige Lärmpause wäre, dieser Einschätzung zufolge, operativ nicht umsetzbar gewesen. Auch eine abwechselnde Nutzung der Landebahnen hätte den Fluglärm nicht verringern können, sondern allenfalls anders verteilt. Dennoch wurden und werden bei schwachen Verkehrszeiten die Starts bereits auf eine einzelne Landebahn verlegt, um Anrainer der anderen Pisten vom Lärm zu entlasten. Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport stand den Bemühungen um eine Lärmpause grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber, machte jedoch deutlich, dass Frankfurt im internationalen Vergleich bereits über sehr restriktive Nachtflugregelungen verfüge. Bei einer weiteren Verschärfung seien negative Konsequenzen für den Flug-

hafen als größten Arbeitgeber der Region, für den Export und für die deutsche Wirtschaft insgesamt zu befürchten. Es kam noch erschwerend hinzu, dass der Betreibergesellschaft Fraport bereits höchstrichterlich der Anspruch auf den Bau des Terminals 3 zugesprochen worden war.³

Im Lichte dieser Zusammenhänge war die ursprünglich von den Grünen favorisierte Position nicht mehr zu halten. Die Grünen mussten sich der Rechtsprechung fügen und den Bau von Terminal 3 zulassen. Al-Wazir betonte dazu vor dem Wirtschaftsausschuss des hessischen Landtags im März 2015: „Die Entscheidung, ob der Bau des T3 [Terminal 3, Anmerkung des Verfassers] jetzt begonnen wird oder nicht, bleibt eine unternehmerische Entscheidung der Fraport.“⁴ Das einzige vergleichsweise geringfügige Zugeständnis in diesem Bereich, das die Grünen der CDU hatten abringen können, waren sogenannte kleine Lärm-pausen zur Entlastung bestimmter Anwohner.⁵ Eine Erweiterung des Nachtflugverbotes oder eine Lärmobergrenze konnten im geplanten und versprochenen Umfang ebenfalls nicht umgesetzt werden.⁶ Dass sich die CDU beim zentralen Streitpunkt Terminal 3 durchsetzen konnte, hängt auch damit zusammen, dass – anders als es in der politischen Auseinandersetzung des Wahlkampfes kommuniziert worden war – die rechtlichen Weichen für dieses Projekt bereits vor Amtsantritt der schwarz-grünen Regierung gestellt wurden.

Da es sich bei der Entwicklung des Flughafens, mit dem 175.000 Arbeitsplätze verbunden sind, um das mit Abstand wichtigste und prestigeträchtigste politische Thema in Hessen handelt, sind die Gefahren eines Wählerstimmenverlustes enorm. Besonders in den Anliegergemeinden um den Frankfurter Flughafen waren die Wahlergebnisse der Grünen traditionell sehr hoch. Die Enttäuschung der Anwohner in diesen Gemeinden war groß – zumal die operative Genehmigung in den Händen des Frankfurter Bürgermeisters Olaf Cunitz lag, der als Leiter des Frankfurter Baudezernats seines Zeichens selbst ein Grüner war. Der Sprecher des Bündnisses der Bürgerinitiativen führte dazu aus: „Von diesem Ausbau profitiert nur die Flugwirtschaft – auf Kosten von

Mensch und Natur.“ Dabei richtete sich die Kritik auch explizit an die Adresse der Grünen: „Die Partei bricht ihr letztes Versprechen [...]. Für ihre Machtbeteiligung haben die Grünen den Widerstand gegen den Flughafenausbau geopfert.“⁷ Auch verschiedene empörte Leserbriefe bei größeren regionalen Zeitungen belegen die große Unzufriedenheit der grünen Wählerklientel in Bezug auf Umweltschutz und Natur.⁸ Beobachter gehen davon aus, dass die in Hessen gut organisierten Flughafengegner sich wohl auf lange Sicht nicht mit den Grünen versöhnen werden.⁹

Es bleibt abzuwarten, inwiefern ihr „Umfallen“ beim Thema Flughafen die Grünen bei künftigen Wahlen in Hessen Wählerstimmen kosten wird. Die hessischen Kommunalwahlen vom 6. März 2016¹⁰ sind nur ein bedingter Fingerzeig. Immerhin ist aus den Wahlergebnissen deutlich abzulesen, dass die Grünen vor allem in Frankfurt am Main massiv abgestraft wurden. Sie verzeichneten hier ein Minus von 10,2 Prozentpunkten, was den größten Verlust unter den hessischen Großstädten darstellte (-4,7 Prozentpunkte Wiesbaden, -7,9 Prozentpunkte Kassel, -1,9 Prozentpunkte Darmstadt, -7,7 Prozent Offenbach).¹¹ Während die Grünen bei den Kommunalwahlen in Frankfurt 2011 noch bei 25,8 Prozent lagen, konnten sie 2016 nur 15,3 Prozent der Stimmen gewinnen. Ihre Fraktionsstärke reduzierte sich von 24 auf 14 Mitglieder. Damit kam es nach zehn Jahren zum Ende der schwarz-grünen Koalition im Römer. Dem neuen Bündnis aus CDU, SPD und Grünen in Frankfurt stimmte die Basis der Grünen unter großem Murren, dann aber letztendlich mit 76 Prozent zu. So wurde argumentiert, dass man weiterhin an der Regierung beteiligt sein werde, um für Frankfurt weiterhin grüne Integrationspolitik und weitere grüne Ideen umsetzen zu können.¹² Es muss allerdings dem Umstand Rechnung getragen werden, dass diese Wahlen massiv unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise standen und die Grünen als diejenige Partei, die offensiv für die Willkommenskultur warb, entsprechend stark unter dem Frustrationspotenzial vieler Wähler zu leiden hatte. Welche Anteile der Stimmenverluste konkret auf das Konto der Flughafenthematik gehen, lässt sich nicht seriös feststellen. Mit Blick

auf die Zukunft scheint das Thema insgesamt an Bedeutung verloren zu haben – zumal es den Grünen auf anderen Politikfeldern ohne Zweifel gelang, ihren Stempel aufzudrücken.

Neben dem nicht durchgesetzten Nachtflugverbot und den unveränderten Lärmschutzregelungen gab es für die Grünen zusätzlich das Konfliktpotenzial der Öffnung des Frankfurter Flughafens für den Billigflieger Ryanair. Während die CDU der Kooperation positiv gegenüberstand, gab es von den Grünen zunächst eine klar ablehnende Haltung. Von vielen Seiten wurde kritisiert, dass das neue Terminal 3 zwar einerseits aufgrund der steigenden Nachfrage nach Flugbewegungen notwendig geworden sei, dass andererseits die Auslastung dann aber mit Billig-Angeboten erreicht werden musste. Befürworter der Öffnung für Ryanair sahen darin die grundsätzliche Entwicklung hin zu einem vermehrten Billigflieger-Angebot.¹³ Den Grünen wird auf diesem Politikfeld in den Mühlen der Regierungsarbeit eine Menge abverlangt, sodass sie sich mittlerweile durch ihre Basis fragen lassen müssen, wie weit man die Grenzen im Zusammenhang mit dem Flughafen Frankfurt noch ziehen möchte, um den Koalitionsvertrag und die Koalitionsdisziplin zu erfüllen.¹⁴ Nicht von ungefähr blieb Al-Wazir dem feierlichen ersten Spatenstich zum Terminal 3 aus symbolpolitischen Gründen fern, den Bouffier im Oktober 2015 ausführte.¹⁵

Dennoch hielt der Protest aus der Bürgerschaft um die Eindämmung des Fluglärms weiterhin unvermindert an. Um die Belastung für Anwohner der umliegenden Kommunen hinsichtlich des Fluglärms zu kompensieren, wurde jüngst beschlossen, Mittel zur finanziellen Entschädigung in Höhe von jährlich 4,5 Millionen Euro mindestens bis 2021 bereit zu stellen. Diese stammen aus den Dividendeneinnahmen des Landes für dessen Aktienanteile an der Fraport AG. Wenngleich die hessische Opposition kritisierte, dass die Zusage längerfristig gelten müsse, so wurden diese Maßnahmen doch von einem allgemeinen Konsens getragen.¹⁶

Eine Obergrenze für den Fluglärm

Der Streit drehte sich immer wieder um die verbindliche Einführung einer Lärmobergrenze, wie sie Al-Wazir Ende 2016 zum ersten Mal vorgestellt hatte.¹⁷ Hierzu konnte im November 2017 ein vorläufiger Etappenerfolg erzielt werden. In Wiesbaden wurde ein Papier vorgestellt, das von einem Bündnis aus Luftverkehrsgesellschaften und Vertretern der Region unter Beteiligung von Al-Wazir ausgearbeitet wurde. Dieses soll in den Entwurf zur geplanten Änderung des Landesentwicklungsplans einfließen. Das Papier enthielt sowohl das Zugeständnis an die Flughafenbetreiber, dass sich der Frankfurter Flughafen weiter wie geplant entwickeln dürfe, gleichzeitig soll allerdings auch Fluglärmschutz als Grundsatz festgelegt werden.¹⁸ Ein klarer Verhandlungserfolg für Al-Wazir.

Während der Offenbacher Landrat Oliver Quilling (CDU) die treibende Rolle des grünen Wirtschaftsministers, der das Thema Fluglärm zur Chefsache gemacht habe und für die Einigung verantwortlich sei, ostentativ positiv hervorhob, warnte der Vorsitzende der Fluglärmkommission, der Raunheimer Bürgermeister Thomas Jühe (SPD), hingegen davor, den gefundenen Kompromiss zur politischen Profilierung zu missbrauchen; er betonte aber gleichzeitig, wie wichtig der eingeschlagene pragmatische Weg nun angesichts der festgefahrenen Situation sei.¹⁹ Oppositionsführer Schäfer-Gümbel (SPD) sprach von einem reinen „Placebo“ und Wissler bezeichnete die Lärmobergrenze als „frei schwebende[n] Deckel, bei dem der Topf wachsen kann, um den Deckel zu erreichen.“ Auch die Bürgerinitiativen der Fluglärmgegner kritisierten das gesamte Verfahren als „Irrweg“, da eine freiwillige Lärmobergrenze niemandem weh tue und nicht zum erhofften Ziel führe.²⁰

Festzuhalten bleibt, dass der nun erzielte Kompromiss in der Tat nicht rechtsverbindlich ist und erhebliche Mehrbelastungen in der Zukunft für die Anwohner weiterhin nicht ausgeschlossen sind. Dennoch ist es der schwarz-grünen Landesregierung gelungen, nach zwanzig Jahren permanentem Ausbau des Flughafens erstmals rote Linien zu definieren, wenngleich zunächst

auf freiwilliger Basis. Damit ist zumindest eine Grundlage für die Zukunft gelegt. Dennoch wird dieses Thema, bei dem sich der Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen, ökologischen Zielen und einer Belastung für die Bürgerschaft konkret und praktisch wie bei kaum einem anderen Thema zeigt, Hessen auch weiterhin intensiv beschäftigen.

Konflikte um die Stromtrasse „SuedLink“

Ein weiteres infrastrukturelles Thema, bei dem die programmatische Versöhnung von Ökonomie und Ökologie auf eine Belastungsprobe gestellt wurde, war die Stromtrasse SuedLink, die unmittelbar mit dem Großthema Energiewende verknüpft ist. Bis zum Jahr 2050 sollen in Deutschland mindestens 80 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien generiert werden.²¹ Um dieses ambitionierte auf Bundesebene ausgegebene Ziel zu erreichen, müssen die Stromnetze dafür entsprechend angepasst werden, da andernfalls keine sichere Stromversorgung gewährleistet werden kann. Um Strom von Nord- nach Süddeutschland zu transportieren, müssen entsprechende Stromtrassen gebaut werden. Zusammen mit renommierten Umweltplanungsbüros und im Auftrag von TENNET und TransnetBW hat die Arbeitsgemeinschaft SuedLink unterschiedliche Vorschläge für mögliche Trassenkorridore bei diesem Vorhaben erarbeitet. Bürger, Kommunen, Behörden und Verbände hatten während einer ersten informellen Beteiligungsphase die Möglichkeit, sich an der Planung der Korridorvorschläge zu beteiligen. Auf Grundlage der mehr als 7.000 Hinweise wurden die Vorschläge im Hinblick auf Mensch und Umwelt angepasst.²² 2022 sollen die Leitungen in Betrieb genommen werden, da der Ausstieg aus der Atomkraft – eines der Kernziele der Energiewende – sonst nicht eingehalten werden kann. Ein Baubeginn bis 2018 wäre deshalb notwendig.

Für Hessen ist diese Stromtrasse deshalb von besonderer Relevanz, weil ursprünglich 250 der 600 geplanten Kilometer durch Nord- und Ostthessen führen sollten. Der Verlauf war aufgrund der Nähe zu den Städten Kassel, Homberg und Fulda äußerst umstritten. Besonders die ursprüngliche Planung von oberirdischen Energietrassen gene-

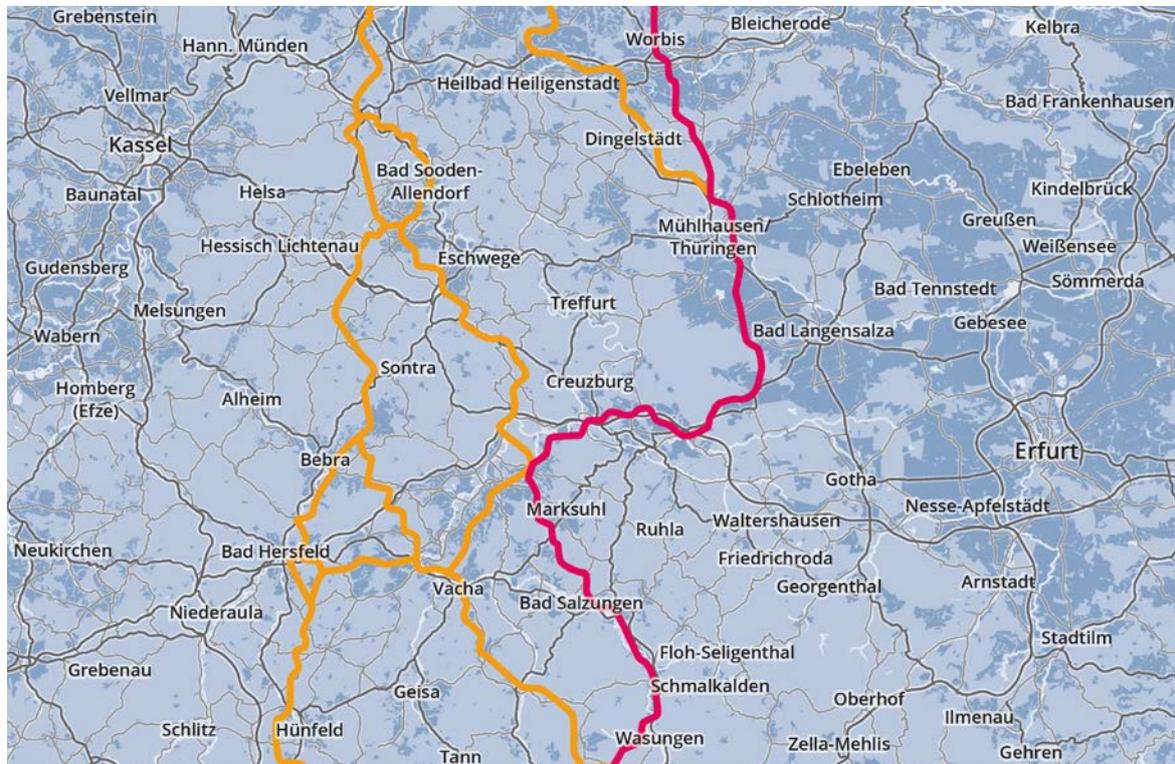
rierte einen großen Widerstand, da Landschaftsbilder beeinträchtigt und Wälder geschädigt worden wären – und nicht zuletzt Immobilien Wertverlust erlitten hätten.²³ Eine Bürgerinitiative in Ostthessen wies darüber hinaus auf nicht abschätzbare Gesundheitsrisiken hin. Neben dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) hatte auch Hessens Regierungschef Bouffier nach anfänglicher Zustimmung immer wieder grundsätzliche Bedenken geäußert, ob die Windstrom-Trasse überhaupt benötigt werde. Beobachter vermuteten als Grund für dieses Umdenken weniger energiepolitische Erkenntnisse als vielmehr den spürbaren Widerstand aus den Reihen der eigenen Parteibasis in den betroffenen Regionen.²⁴ In vielen Gemeinden Hessens gab es Proteste, Sprechstunden und Bürgerversammlungen gegen SuedLink.²⁵ Die Kritik Bouffiers an der Stromtrasse SuedLink blieb vom grünen Koalitionspartner weitestgehend unwidersprochen. Damit machten sich die Grünen in den Augen mancher Beobachter aus Gründen der Koalitionsraison vor der eigenen Basis unglaubwürdig, da die Energiewende eines ihrer Kernthemen ist und die Grünen den bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) wegen ähnlicher Einlassungen immer wieder massiv kritisiert hatten.²⁶

Im Jahr 2015 schließlich beschloss der Bundestag, neue Stromtrassen vorrangig unterirdisch zu verlegen.²⁷ Durch diesen Beschluss erhielt die Debatte um den Trassenverlauf eine neue Dynamik, da nun ein neuer Verlauf notwendig wurde, der sich grundlegend von dem ursprünglich geplanten Verlauf der Freileitungen unterschied. Aufgrund von geologischen Bedingungen, konkret der felsigen Bodenbeschaffenheiten in der Region um Kassel, gab TENNET im September 2016 seine Pläne bekannt, nun einen Trassenverlauf durch das westliche Thüringen zu präferieren.²⁸ Zudem wurde nun mit einem Anstieg der Kosten von zuvor drei auf ca. zehn Milliarden Euro gerechnet.²⁹ Damit war die Problematik für die hessische Landesregierung ein Stück weit entschärft. Dennoch hält sich der Protest gegen das Vorhaben weiterhin hartnäckig und so wird beispielsweise in Sinntal nach wie vor gegen die Erdverkabelung vorgegangen. Die Begründung liegt hier besonders in Beeinträchtigungen der Natur durch den

40 Meter breiten Arbeitskorridor, welcher zur Verlegung notwendig wäre. Vor Ort wird argumentiert, dass insbesondere die intakte Natur das Kapital der Gemeinde darstelle und eine Beschädigung zu großen Nachteilen für die Region führen werde. Es wurde deshalb, gemeinsam mit dem Main-Kinzig-Kreis, eine amtliche Stellungnahme gegen die geplante Stromtrasse beim

Netzbetreiber TENNET eingereicht. Hauptpunkt dabei sind sogenannte Raumwiderstände. Dazu gehören z.B. Trinkwasserquellen und generelle Schutzgüter für Mensch und Natur. Insgesamt 36 dieser Raumwiderstände wurden vorgebracht.³⁰ Einen Überblick über mögliche Trassenkorridore vermittelt die folgende Grafik:

Abbildung 4: Mögliche Trassenkorridore.



Quelle: Eigene Darstellung nach MDR Thüringen: Tausende protestieren gegen Südlink in Fambach, <https://www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/schmalkalden-meiningen/protest-suedlink-fambach-104.html> (10.04.2018). Karte: © OpenStreetMap-Mitwirkende.

Insofern steht zu erwarten, dass die Konflikte um den konkreten Trassenverlauf die hessische Landespolitik bis zum ersten Spatenstich und auch noch darüber hinaus verfolgen werden, wenngleich die Herausforderung aus hessischer Perspektive infolge der geänderten Pläne seit 2016 zu sehr weiten Teilen abgedeckt werden konnte.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Sanierungsinitiative

Die schwarz-grüne Regierung in Hessen hatte als Motto für die Infrastruktur „Mobiles Hessen 2020“ ausgegeben. Damit sollten originär grüne Themen in den Fokus gerückt werden, mit denen sich aber auch die CDU recht problemlos identifizieren konnte. Der Schwerpunkt wurde auf den

Bus- und Bahnverkehr gelegt. Zusätzlich sollte das Fahrradfahren gefördert werden. Es wurde zudem versucht, ein flächendeckendes Netz von Stromtankstellen zu schaffen und auf E-Mobilität in den Großstädten zu setzen. Dazu sollten E-Bikes sowie Pkws, Busse und Lkws mit Elektroantrieb angeschafft werden. Einige dieser hoch gesteckten Ziele werden sich in der aktuellen Wahlperiode jedoch voraussichtlich (noch) nicht realisieren lassen. Die Finanzierung des öffentlichen Personenverkehrs (ÖPNV) sowie die Sanierung und der Neubau von Straßen waren und sind stark von Finanzhilfen des Bundes abhängig. Al-Wazir betonte immer wieder, dass die Länder zwar an einem Strang zögen und eine Erhöhung und Dynamisierung der jährlichen Zuwendungen aus der Bundeskasse forderten, der Bund seine Verpflichtungen aber kontinuierlich ignoriere und die „Axt an den ÖPNV“ lege.³¹

Neben Sanierungsmaßnahmen im ÖPNV startete das schwarz-grüne Bündnis auch eine Sanierungsoffensive entlang des Credo „Erhalt vor Neubau“.³² Im Zusammenhang mit der Sanierungsoffensive sollen bis zum Jahr 2022 insgesamt 385 Millionen Euro in ca. 540 Einzelbaumaßnahmen fließen. Die 540 Projekte wurden nach festgelegten Kriterien ausgewertet, um die finanziellen Mittel zunächst in Straßen mit erhöhtem Bedarf zu investieren. Dabei war nicht nur der Zustand, sondern auch die Frequentierung ein entscheidender Faktor.

Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf die hessischen Landstraßen gelegt, bei denen mit 22 Prozent im Verhältnis zu Bundesstraßen und Autobahnen ein relativ gesehen hoher Anteil von Straßen in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand festgestellt worden war. Die Sanierungsprojekte gliedern sich in 289 Fahrbahnsanierungen (ca. 165 Millionen Euro), 123 Um- und Ausbaumaßnahmen (ca. 150 Millionen Euro) sowie 108 Brückeninstandsetzungen und Brückenerneuerungen (ca. 55 Millionen Euro). Zusätzlich zu diesen Projekten sollen bis 2022 insgesamt 60 neue Radwege an Landesstraßen entstehen. Dafür wurde ein jährliches Volumen von vier Millionen Euro vorgesehen. In dem Sanierungspro-

gramm wurde zusätzlich ein gewisser Spielraum einkalkuliert, um auch kurzfristig notwendige Maßnahmen im Zusammenhang mit Verkehrssicherheit (zwei bis drei Millionen jährlich) oder weitere Sanierungsmaßnahmen infolge maroder Straßen (fünf bis zehn Millionen Euro) vornehmen zu können.³³

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände kritisierten die Sanierungsoffensive 2016–2022 der Hessischen Landesregierung als Fortschreibung einer seit Jahren andauernden Mängelverwaltung. Durch die Offensive, so die Kritik, würde lediglich ein Viertel der insgesamt 2000 als sanierungsbedürftig eingestuften Landstraßen abgedeckt. Auch die Aussage „Erhalt vor Neubau“ dürfe nicht dazu führen, dass der Neu- und Ausbau von Straßen ganz gestoppt würde. Statt die Unterfinanzierung mit PR-Arbeit zu beschönigen, solle die Landesregierung den Etat für Infrastrukturprojekte erhöhen. Die mangelnde Verkehrsinfrastruktur und die daraus resultierenden täglichen Staus, Zugausfälle, Verspätungen und Sperrungen führten zu negativen Folgen für Unternehmen, insbesondere in der Industrie sowie für den Logistik- und Dienstleistungssektor. Dies wiederum wirke sich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Eine zentrale Forderung des DGB und der hessischen Unternehmerverbände war deshalb die Aufstockung des Landesstraßenbauetats von 90 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro. Zusätzlich solle der Etat für die Planung der Infrastrukturentwicklung von 54 Millionen auf 94 Millionen Euro angehoben werden, um die im Bundesverkehrswegeplan 2030 für Hessen am dringlichsten eingestuften Vorhaben auch nur annähernd realisieren zu können.³⁴

Umweltpolitik und Landwirtschaft

Auf den Feldern der Umweltpolitik und der Landwirtschaft gelang es dem kleinen Koalitionspartner sehr gut, die spezifisch „grüne“ Handschrift der Landesregierung deutlich zu machen. So brachte die grüne Umweltministerin Hinz relativ zügig nach Amtsantritt bereits im Sommer 2014 einen Aktionsplan zur Ausweitung des Ökolandbaus auf den Weg. Das erklärte Ziel dieses

„Ökoaktionsplans“ besteht darin, den Anteil der Betriebe mit ökologischem Landbau zu steigern und das Wachstum der ökologischen Landwirtschaft in Hessen anzukurbeln. Dazu sind verschiedene Maßnahmen zur Stärkung des biologischen und nachhaltigen Landbaus ebenso vorgesehen wie Fördermittel für Projekte, die biologische und regionale Produkte in Hessen voranbringen. Der Anteil an Betrieben, die nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus arbeiteten, belief sich im Juni 2017 in Hessen auf zwölf Prozent.³⁵ Im Juli 2014 wurde darüber hinaus das hessische Waldgesetz mit verbesserten Maßnahmen zum Schutz von Bannwald gegen Rodung und Inanspruchnahme geändert.³⁶ Mit der Erklärung des Landes Hessen zu einer gentechnik- und frackingfreien Zone konnte ein symbolpolitisch ebenfalls nicht unwichtiges grünes Kernthema als Erfolg grüner Regierungspolitik bilanziert werden, das auch im Mittelpunkt des politischen Engagements von grünennahen Bürgerinitiativen stand und steht.³⁷

Ein weiterer großer Erfolg war die Erweiterung des „Zukunftspakts hessische Landwirtschaft“. Bereits im November 2012 hatten die hessische Landesregierung und der hessische Bauernverband diesen Pakt unterzeichnet, in dem wesentliche Positionen zu zentralen agrarpolitischen Themen wie Flächenschutz, Energiewende, Tierhaltung etc. festgehalten wurden. Dieser Pakt wurde 2015 auf eine breitere Basis gestellt und von einem breit gefächerten Akteurkreis von Institutionen und Organisationen aus dem landwirtschaftlichen Bereich unterzeichnet. Der Zukunftspakt wird damit nicht nur allein vom Bauernverband, sondern ebenfalls vom Verband der Ökobauern sowie verschiedenen weiteren Berufsverbänden aus der hessischen Landwirtschaft getragen und stellt damit ein bundesweit einmaliges Konsensbündnis für den Agrarsektor dar.³⁸ Für ein solch breites Bündnis bot die Konstellation einer schwarz-grünen Koalition sicherlich ideale Rahmenbedingungen.

Aufgrund dieser und anderer Erfolge – wie der neuen Jagdverordnung oder der Lagerung von Brennelementen im Atomkraftwerk Biblis – gilt Umweltministerin Hinz (Grüne) in der medialen

Bewertung als einer der wesentlichen Aktivposten der schwarz-grünen Landesregierung, die im Interesse der Grünen keine Auseinandersetzung scheute und mit ihrer Energie, Überzeugungskraft und Durchsetzungsfähigkeit selbst eingefleischte CDU-Landwirte mit dem Ideal des Bio-Bauern anfreundete.³⁹ Einen weiteren Erfolg konnte Hinz im März 2017 verbuchen: Hessen gab sich als erstes Bundesland einen 140 Einzelmaßnahmen umfassenden Klimaschutzplan, der den Weg in die klimaneutrale Zukunft Hessens bis zur Jahrhundertmitte weisen sollte. Dazu wurden auf die Dauer von zwei Jahren zusätzliche 140 Millionen Euro an finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt.⁴⁰

Die Reform der hessischen Landesverfassung

Anlässlich des 70. Geburtstags der hessischen Landesverfassung im Januar 2016 wurde vom hessischen Landtag mit Beschluss vom 17. Dezember 2015 eine Enquetekommission eingesetzt, die Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung der Landesverfassung erarbeiten sollte.⁴¹ Die Kommission bestand aus 15 Mitgliedern aller im Landtag vertretenen Parteien: sechs von der CDU, fünf von der SPD, zwei von den Grünen und je ein Mitglied entsandten Linkspartei und FDP.⁴²

Bei diesem Reformvorhaben sollte ganz bewusst auch die Zivilgesellschaft mit einbezogen werden, um die Akzeptanz bei den Bürgern zu erhöhen. So wurde ein „Beratungsgremium Zivilgesellschaft“ gegründet, das eigene Vorschläge erarbeitete und die Kommission beriet. In diesem bewusst sehr breit gefächerten Bündnis waren neben verschiedenen Verbänden, den Kirchen, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den Beamtenverbänden auch Vertreter der jüdischen Gemeinden und von DITIB sowie NGOs wie der Naturschutzbund und Transparency International als ständige Mitglieder vertreten.⁴³ Weitere Mitglieder wurden von den Fraktionen zu den einzelnen Sitzungen benannt und hinzugezogen. Schließlich wurden auch die hessischen Universitäten mit ihrer Expertise an diesem Prozess beteiligt.⁴⁴

Vom Frühjahr 2016 bis zum Oktober 2017 tagte die Enquetekommission in insgesamt 18 Sit-

zungen, deren Protokolle vollständig öffentlich zugänglich sind.⁴⁵ Die Gesamtübersicht über die von den Mitgliedern der Kommission eingereichten Änderungsvorschläge umfasst insgesamt 247 Vorschläge⁴⁶, vonseiten der externen Experten kamen noch einmal 411 weitere Vorschläge⁴⁷ hinzu. Von diesen vielfältigen Ideen konnte sich die Kommission am Ende auf 15 Reformvorschläge einigen, die im November 2017 präsentiert wurden.

Von veralteten Elementen soll die Verfassung befreit und gewissermaßen „entrümpelt“ werden. Bislang noch erwähnt ist in der hessischen Landesverfassung z.B. die Todesstrafe – ein Artikel, der schon lange unwirksam ist, nicht zuletzt durch die Tatsache, dass Bundesrecht Landesrecht bricht. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau soll ebenso neu aufgenommen werden wie Kinderrechte. Ein wesentlicher Bestandteil der Beratungen der Enquetekommission bestand in der Neudefinition der Staatszielbestimmungen. So sollen künftig verschiedene neue Staatsziele wie die Förderung des Ehrenamts, der Kultur, der Nachhaltigkeit und der Infrastruktur sowie ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung aufgenommen werden. Für das Zustandekommen eines Volksentscheids soll die Hürde der Zustimmung von Wahlberechtigten von vormals 20 Prozent auf nun 5 Prozent gesenkt werden. Um Beschlusskraft zu erlangen, sind allerdings weiterhin 25 Prozent Zustimmung erforderlich.

In Bezug auf das Wahlrecht hatten sich manche Interessensgruppen noch weitergehende, mutigere Vorschläge erhofft. Die zwischenzeitlich diskutierte Herabsenkung des Wahlalters von 18 auf 16 fand sich in den finalen Vorschlägen nicht wieder. Dafür wurde dafür plädiert, das aktive Wahlrecht für öffentliche Ämter von 21 auf 18 Jahre zu senken.⁴⁸ Aus Sicht der CDU war es bedauerlich, dass sie den von ihr gewünschten Gottesbezug nicht durchsetzen konnte. Die von der Partei mit dem „C“ favorisierte Wendung „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung vor der Freiheit des Gewissens ...“ wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.⁴⁹

Dennoch ist auffallend, dass die 15 Vorschläge am Ende im weitestgehenden Konsens aller im Landtag vertretenen Fraktionen beschlossen wurden, was die Akzeptanz bei den Bürgern deutlich erhöhen dürfte. Sicher waren die Rahmenbedingungen eines parallel amtierenden lagerübergreifenden Bündnisses zwischen CDU und Grünen ideal, um ein solch grundlegendes Vorhaben auf den Weg zu bringen. Die Vorschläge wurden in Form von Gesetzesentwürfen im Dezember 2017 in den Landtag eingebracht. Über die neue Verfassung soll ein Volksentscheid bestimmen, der vermutlich parallel zur Landtagswahl 2018 durchgeführt wird.

4.2 Die Haushalts- und Finanzpolitik

Einsparungen

Das schwarz-grüne Bündnis hatte sich darauf verständigt, die größten Einsparungen durch Stellenstreichungen und durch eine Begrenzung der Gehälter im Öffentlichen Dienst herbeizuführen. Die vorgesehenen Einsparungen sollten sich innerhalb der Legislaturperiode auf ca. eine Milliarde Euro belaufen.⁵⁰ Ausdrücklich von Einsparungen ausgenommen wurden Stellen für Lehrer sowie Posten wie das Sozialbudget, der Sport und die Freiwilligen Feuerwehren. Konkret sah das auf eigenen Kalkulationen beruhende Sparprogramm der neuen Landesregierung wie folgt aus: Die Begrenzung der Besoldung von Beamten und Landtagsabgeordneten sowie die Reduzierung von Beihilfeleistungen sollte die Staatskasse ab 2016 bis 2019 um insgesamt 440 Millionen Euro entlasten. Darüber hinaus sollten zusätzlich zu den von der vorangegangenen Regierung beschlossenen Reduzierungen der Stellen im Landesdienst von 1.100 im Jahr 2013 und weiteren 800 Arbeitsplätzen im Jahr 2014 ab 2015 zusätzlich jährlich weitere 350 Stellen entfallen, wodurch eine Ersparnis von weiteren 70 Millionen Euro pro Jahr erwartet wurde.

Der finanzpolitische Rotstift wurde ebenfalls bei der Hochschulpolitik angesetzt. Die für die beiden Programme „Heureka“ und „Loewe“ bereits zugesagten Mittel sollten auf einen weiteren Zeitraum so gestreckt werden, dass unter dem Strich eine Einsparung von ca. 80 Millionen erzielt werden sollte. Bei Heureka handelt es sich um ein bereits 2007 initiiertes Programm für Bau und Sanierung im Hochschulbereich,⁵¹ bei Loewe um ein seit 2008 aufgelegtes Forschungsförderprogramm für die hessischen Hochschulen⁵². Neben diesen Kürzungsmaßnahmen war als weiterer Schritt zur Verbesserung der Einnahmenseite die Erhöhung der Grunderwerbsteuer von fünf auf sechs Prozent ab 2015 vorgesehen, wovon man sich einen jährlichen Gewinn von 130 Millionen Euro versprach.

Die schwarz-grünen Pläne zur Haushalts- und Finanzpolitik trafen auf Widerspruch bei Wirtschaftsvertretern und Unternehmen, von deren Seite man sich eine mutigere Haushaltspolitik

gewünscht hätte. Volker Fasbender, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, beurteilte die schwarz-grünen Einschnitte bei Gehältern und Stellen im öffentlichen Sektor als zu moderat: „Von den öffentlich Bediensteten ist ein größerer Beitrag zur Sanierung der Landesfinanzen zu verlangen, sonst droht das Scheitern der Schuldenbremse“⁵³. Die Streichung von 1.800 Stellen bei den Landesbediensteten außerhalb des Schuldienstes bezeichnete Fasbender als Schritt in die richtige Richtung, dennoch sei dies im Hinblick auf die demographische Entwicklung zu wenig: „Auch ein Teil der durch sinkende Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen sollte zum Defizitabbau genutzt werden“, argumentierte Fasbender.⁵⁴ Die schwarz-grüne Koalition konnte dergleichen Forderungen aus der Wirtschaft allerdings nicht folgen, da andernfalls andere wesentliche Koalitionsprojekte im schulpolitischen Bereich zur Disposition gestanden hätten. Die im Lichte des erwarteten Rückgangs bei den Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen sollten für den Ausbau der Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen zur Verfügung gestellt werden. Der ebenfalls als zentrales Koalitionsprojekt in Angriff genommene Ausbau der Ganztagsbetreuung sowie die Umsetzung der Inklusionskonzepte in den Schulen vor Ort ließen keinerlei weiteren Spielraum für Kostensenkungen übrig.

Vom landesweiten schwarz-grünen Sparprogramm waren und sind nicht nur Beamte, deren Gehälter seit 2016 wieder um (jährlich) ein Prozent stiegen, sondern auch Investitionen betroffen. Wie nicht anders zu erwarten, formierte sich gegen die Nullrunde bei den Beamtengehältern ab 2015 und die beschlossenen Einschnitte bei der Beihilfe lautstarker Protest vonseiten der Opposition und der Beamten. Hatte der DGB bereits beim Abschluss der Koalition die vorgebliche Schröpfung der Beamten stark kritisiert,⁵⁵ so kam es ab Dezember 2014 in Kassel und Wiesbaden zu Demonstrationen von Polizisten und Feuerwehrleuten aus ganz Hessen gegen die Sparpolitik von Schwarz-Grün. Die Einschnitte kämen zu einem falschen Zeitpunkt, weil „die gesundheitlichen Belastungen [...] in letzter

Zeit durch die Decke geschossen“ seien, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Andreas Grün. Innenminister Beuth (CDU) verwies hingegen auf das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis zum Jahr 2019 und auf die Höhe der hessischen Beamtengehälter, die im Bundesvergleich bereits zur Spitzengruppe zählen.⁵⁶ In der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der Opposition appellierte Holger Bellin, der Geschäftsführer der CDU-Fraktion, an die Abgeordneten, sich an die eigene Nase zu fassen: „Wir sollten als Parlamentarier mit gutem Beispiel vorangehen, wenn wir auch von den Bürgerinnen und Bürgern Einsparungen fordern“.⁵⁷ Ein Faktor, der zu Beginn der Legislaturperiode noch nicht absehbar gewesen war, aber für die Haushaltspolitik während der Legislaturperiode hinzukam, waren die durch die Flüchtlingskrise entstehenden finanziellen Zusatzbelastungen. 2016 erreichten die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe mit 1,3 Milliarden einen neuen Höchststand, für 2017 wurden gar 1,6 Milliarden Euro vorgesehen.⁵⁸

Grunderwerbsteuer

Eine Maßnahme zum Erwerb höherer Einnahmen stellt die Erhöhung der Grunderwerbsteuer dar. Wie jede Steuererhöhung gab es auch an dieser viel Kritik und Protest von unterschiedlicher Seite. Grundsätzlich beträgt der Steuersatz für die Grunderwerbsteuer 3,5 Prozent der Bemessungsgrundlage, kann aber seit einer Änderung des Grundgesetzes in 2006 von den Bundesländern abweichend festgelegt werden. Auch Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen und Niedersachsen hoben die Grunderwerbsteuer im Jahr 2014 an. Die Anhebung der Grunderwerbsteuer von fünf auf sechs Prozent erfolgte am 1. August 2014. Hessen hatte die Grunderwerbsteuer zuvor bereits zum 1. Januar 2013 von 3,5 auf fünf Prozent angehoben.⁵⁹

Auf die Initiative Hessens ging ebenfalls ein Vorstoß der Finanzministerkonferenz der Länder zur Reform der Grunderwerbsteuer zurück. Im September 2016 führte der hessische Finanzminister Schäfer dazu aus:

„Wir haben hier ein echtes Gerechtigkeitsproblem. In der Praxis wird jeder kleine Häuslebauer besteuert, während millionenschwere Grundstücksgeschäfte von Immobiliengesellschaften trickreich am Fiskus vorbeigeschummelt werden. Es ist ungerecht und nicht vermittelbar, dass nur Otto Normalbürger zahlt.“⁶⁰

Die Finanzministerkonferenz beschloss darauf hin, eine Expertenkommission einzusetzen, deren Abschlussbericht im Frühjahr 2018 erwartet wird.⁶¹

Entschuldung klammer Kommunen durch die „Hessenkasse“

Die hessischen Kommunen verfügen bereits seit einigen Jahren im gesamtdeutschen Vergleich über die zweitgrößte Pro-Kopf-Schuldenlast.⁶² An dieser haushaltspolitischen Front Fortschritte zu erzielen, war eines der wichtigen Projekte für die schwarz-grüne Landesregierung. Im Jahr 2017 brachte Schwarz-Grün schließlich ein groß angelegtes Projekt zur Entschuldung klammer hessischer Kommunen auf den Weg:⁶³ Mehr als 260 Kreisen, Städten und Gemeinden wird angeboten, ihre Schulden im Gesamtvolumen von ca. sechs Milliarden Euro an Kassenkrediten zum 1. Juli 2018 durch eine sogenannte Hessenkasse übernehmen zu lassen. Den Kommunen steht es frei, dieses Angebot anzunehmen; es ist allerdings davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit davon Gebrauch machen wird. Das Angebot ist an die Bedingung geknüpft, dass die verschuldeten Kommunen in Zukunft besser wirtschaften. Kassenkredite wie zuvor soll es künftig nicht mehr geben, sondern diese sollen an striktere Genehmigungsregeln und stärkere Kontrollen gekoppelt werden. Gleichzeitig sollen auch diejenigen Kommunen, die finanziell besser aufgestellt sind, durch ein Investitionsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro entlastet werden. Politisch wurde dies mit dem Argument gerechtfertigt, dass man die solide wirtschaftenden Kommunen durch die Besserstellung der verschuldeten Kommunen nicht benachteiligen wolle.⁶⁴

Die Opposition im hessischen Landtag kritisierte das Vorhaben als unseriös. Insbesondere der Haushaltspolitiker Jörg-Uwe Hahn (FDP) warf dem Finanzminister vor, er spiele pünktlich vor der Bundestagswahl „den großzügigen Onkel mit den Spendierhosen“, seine „Hessenkasse“ sei „völlig unausgewogen und unfair“. Es entstehe eine „gigantische ‚Bad-Bank‘, die über 30 Jahre neun Milliarden Euro an Zinsen und Tilgung abtragen soll“, was den Landeshaushalt strukturell mit 200 Millionen Euro pro Jahr belasten würde. Außerdem bestrafe man diejenigen Kommunen, die in den vergangenen Jahren trotz enger werdender Spielräume vernünftig gewirtschaftet hätten.⁶⁵ Auch Norbert Schmidt (SPD) sprach von einem unzulänglichen Wiedergutmachungsversuch, der kaschiere, dass die Schulden nur auf jahrelanges Kurzhalten der Zuweisungen an die Kommunen vonseiten des Landes zurückzuführen seien. Die Linkspartei schließlich wünschte sich eine dauerhafte Lösung anstelle immer neuer Sonderprogramme.⁶⁶ Dennoch dürfte die Einführung der „Hessenkasse“ für viele Kommunen zumindest vorübergehend eine spürbare Entlastung bringen.

Erreichen der Schuldenbremse

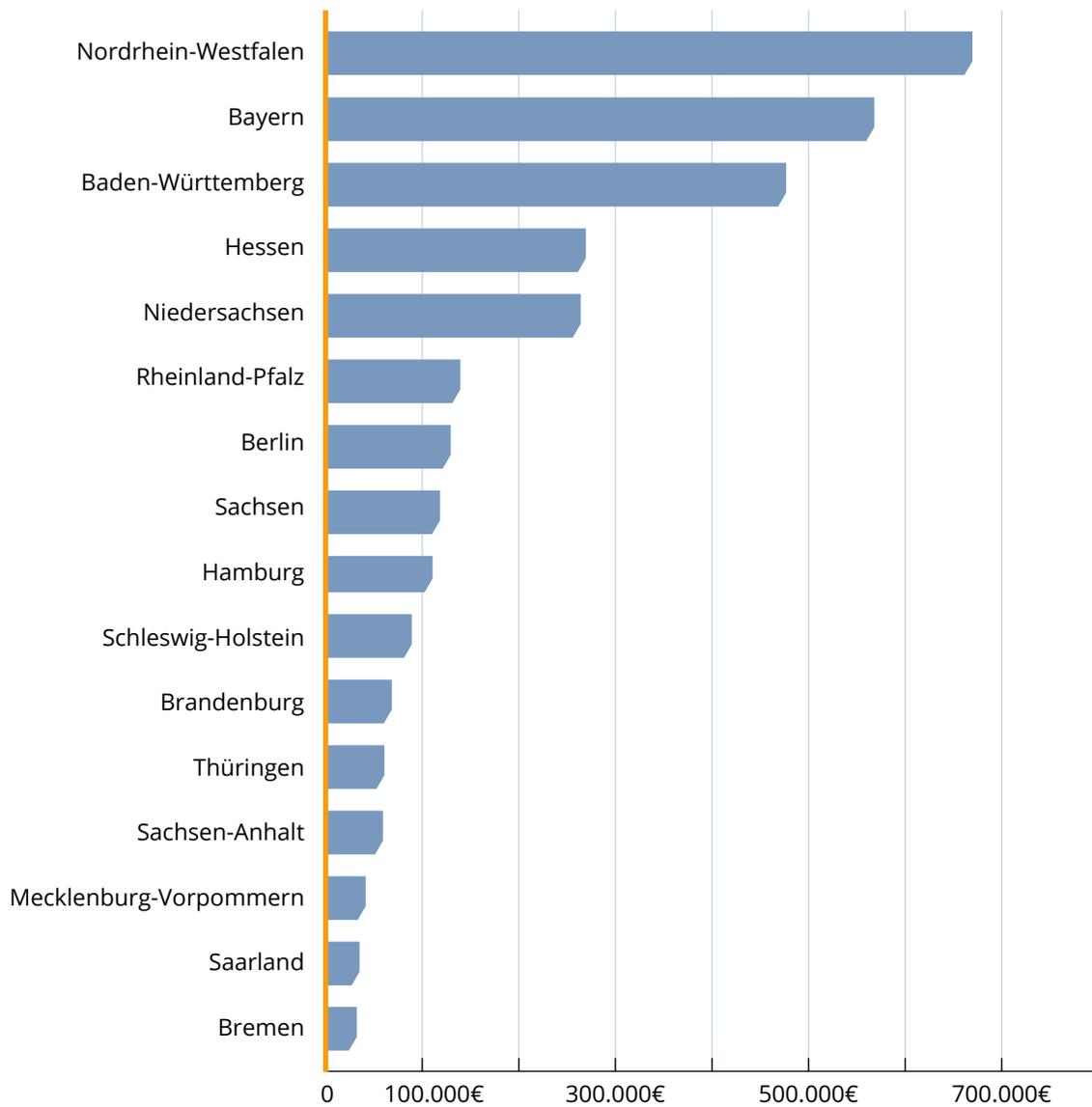
Mit den beschlossenen Einsparungen gelang es Schwarz-Grün nach den offiziellen Zahlen des Bundes der Steuerzahler Hessen, die Neuverschuldung des Jahres 2015 um 230 Millionen auf 699 Millionen Euro zu senken. Dies wurde von Joachim Papendick, dem Verbandspräsidenten des Bundes der Steuerzahler Hessen, gemischt beurteilt. Einerseits zeige es, dass Hessen auf dem richtigen Weg sei, dass die Schuldenbremse greife und das Land in absehbarer Zeit ohne Neuverschuldung auskommen könne; andererseits lebe Hessen aber noch immer über seine Verhältnisse und belege im Ländervergleich noch immer hintere Ränge.⁶⁷

2016 schließlich konnte Hessen erstmals seit 1969 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Nettokreditaufnahmen vorlegen. Zudem konnten – auch dies erstmals seit Jahrzehnten – 200 Millionen Euro auf die Tilgung von Altschulden verwendet werden.⁶⁸ Dieser fiskalpolitische Kurs wurde 2017 fortgesetzt. Wegen der 2018 anstehenden Landtagswahl entschloss sich die hessische Landesregierung dazu, für die Jahre 2018/19 einen Doppelhaushalt zu beschließen.⁶⁹ Bei der Vorstellung dieses Doppelhaushalts im September 2017 äußerte sich Finanzminister Schäfer optimistisch, nun sogar erstmals seit 1969 bereits im Entwurf den Abbau von Schulden einplanen zu können. So erwartet das Finanzministerium, im Jahr 2019 100 Millionen Euro an Schulden tilgen zu können, womit man erstmals die Basis für eine dauerhafte Tilgung von Schulden lege. Da man aufgrund der sprudelnden Steuereinnahmen bereits 2016 damit beginnen konnte, Schulden zu tilgen, ist der Finanzminister zu Recht stolz darauf, bereits vier Jahre vor der gesetzlich vorgesehenen Schuldenbremse die Hausaufgaben gemacht zu haben.⁷⁰

Die aktuelle hessische Wirtschaftskraft im Überblick

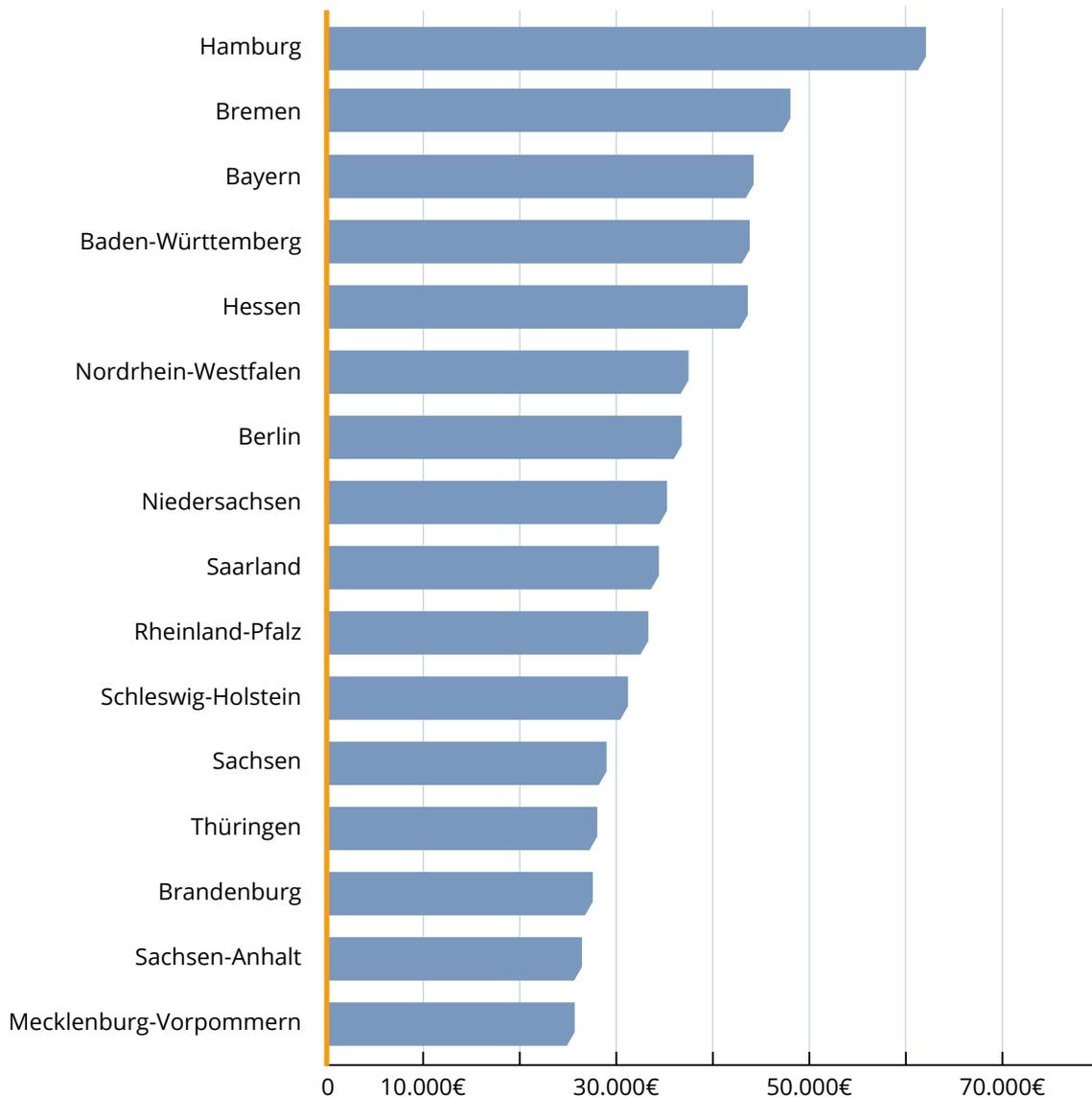
Wirtschaftlich gehört Hessen zum oberen Viertel bzw. oberen Drittel der Bundesländer. Gemessen an der absoluten Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) liegt das Bundesland auf Platz vier der 16 Bundesländer. Ein höheres absolutes BIP weisen nur Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen auf.

Abbildung 5: Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Bundesländern (2016, in Mio. Euro).



Quelle: © Statista 2018, nach [statista.de](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36889/umfrage/bruttoinlandsprodukt-nach-bundeslaendern/): Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2016 (in Millionen Euro), Datei auf Website, Mai 2017, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36889/umfrage/bruttoinlandsprodukt-nach-bundeslaendern/> (12.04.2018).

Abbildung 6: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland nach Bundesländern pro Kopf.



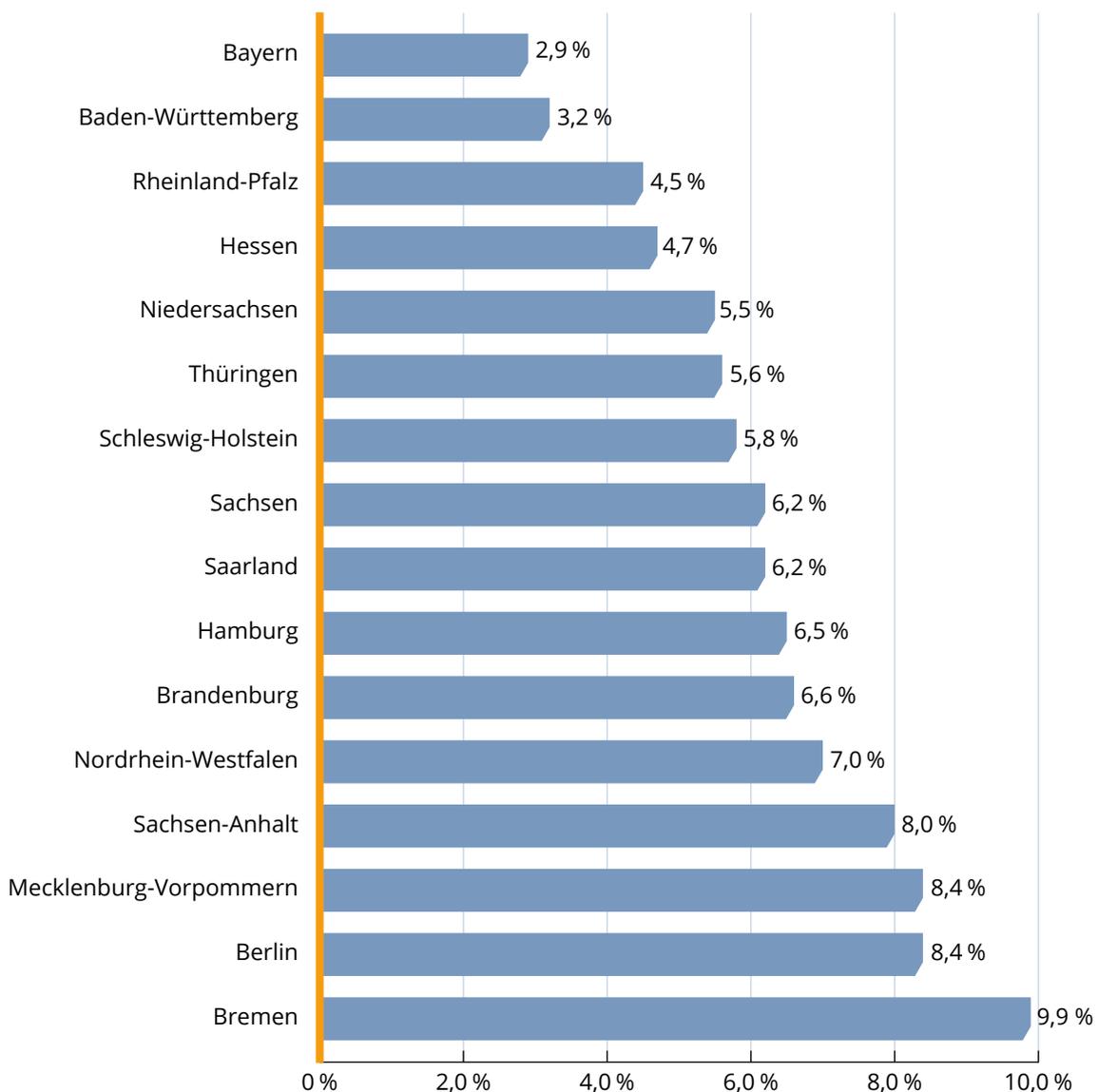
Quelle (Einwohnerzahlen): nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung, Website, 27. Februar 2018, https://www.statistik-bw.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp (12.04.2018).

Quelle (BIP): © Statista 2018, nach [statista.de: Bruttoinlandsprodukt \(BIP\) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2016](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36889/umfrage/bruttoinlandsprodukt-nach-bundeslaendern/), Datei auf Website, März 2018, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36889/umfrage/bruttoinlandsprodukt-nach-bundeslaendern/> (12.04.2018).

Doch die absoluten Zahlen können täuschen. Setzt man das BIP der Bundesländer in Relation zur Einwohnerzahl wird deutlich, dass beispielsweise Nordrhein-Westfalen nicht so reich ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Als bevölkerungsreichstes Bundesland entfallen relativ gesehen auf jeden Einwohner Nordrhein-Westfalens knapp unter 40.000 Euro. Auch Hessen liegt hier einen Platz weiter unten und rückt damit aus dem

oberen Viertel der Bundesländer ins obere Drittel nach Wirtschaftskraft. Neu hinzu kommen Hamburg, das absolut lediglich auf Platz neun liegt und beim Pro-Kopf-Einkommen auf Platz eins steht, sowie Bremen, bei dem die Diskrepanz in beiden Statistiken am größten ist: Die Hansestadt belegt Platz 16 in absoluten Zahlen, liegt aber in den relativen Zahlen auf Platz zwei. An dieser Grafik wird auch deutlich, warum sich Hessens

Abbildung 7: Arbeitslosenquote nach Bundesländern.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosenquote in Bund, Ländern und Kreisen, Daten für Dezember 2017, Website, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html> (10.01.2018).

Ministerpräsident Bouffier im Rahmen der Klage gegen den Länderfinanzausgleich 2013 dezidiert gegen die sogenannte Einwohnervedelung ausgesprochen hat: Die Stadtstaaten befinden sich wirtschaftlich in Relation zu ihrer Einwohnerzahl im oberen Bereich der Skala. Hessen schneidet im Vergleich der Bundesländer sehr gut ab. Dies gilt sowohl für die beiden Erhebungsmethoden des BIP sowie auch für die Arbeitslosenstatistik.

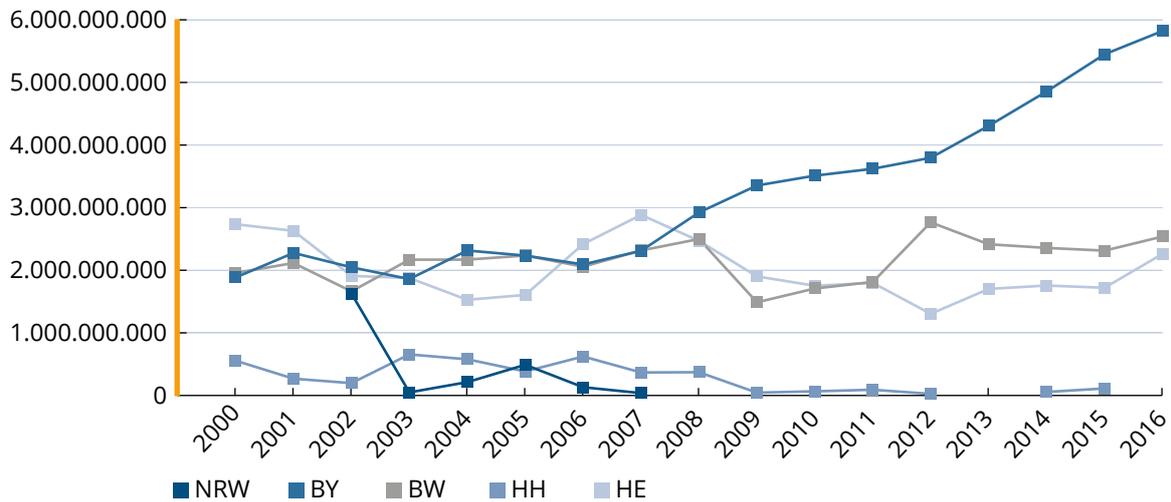
Hessen und die Reform des Länderfinanzausgleichs

Er ist ein Klassiker unter den Streitpunkten zwischen den 16 Bundesländern: der Länderfinanzausgleich – und die Konfliktlinien laufen quer zu partei- oder koalitionspolitischen Lagergrenzen. Eine jede amtierende Landesregierung hat, so auch im Falle Hessens, vor allem die Interessen des eigenen Landes im Kontext der bundesstaatlichen Ebene im Blick zu halten. Dabei ist das Ziel des Länderfinanzausgleichs laut Bundesfinanzministerium, den einzelnen Bundesländern die erforderlichen Mittel zur Erfüllung der ihnen zugewiesenen staatlichen Aufgaben wie Instandhaltung und Erweiterung der Infrastruktur, Zahlung von Sozialleistungen oder Bildungspolitik zu ermöglichen. Dies ist notwendig, da die Bundesrepublik sich fiskalpolitisch nicht als souveräne Entität darstellt, sondern Länder wie Kommunen Hoheitsrechte über eigene Aufgaben genießen

und von daher auch ein Anrecht auf Gelder zur Erfüllung dieser Aufgaben besitzen. Der Länderfinanzausgleich ist insbesondere für strukturschwächere Länder wichtig, die weder über eine leistungsfähige Wirtschaft noch über genügend Steuerzahler verfügen, um die ihnen vonseiten des Bundes zugewiesenen Aufgaben angemessen erfüllen zu können.⁷¹

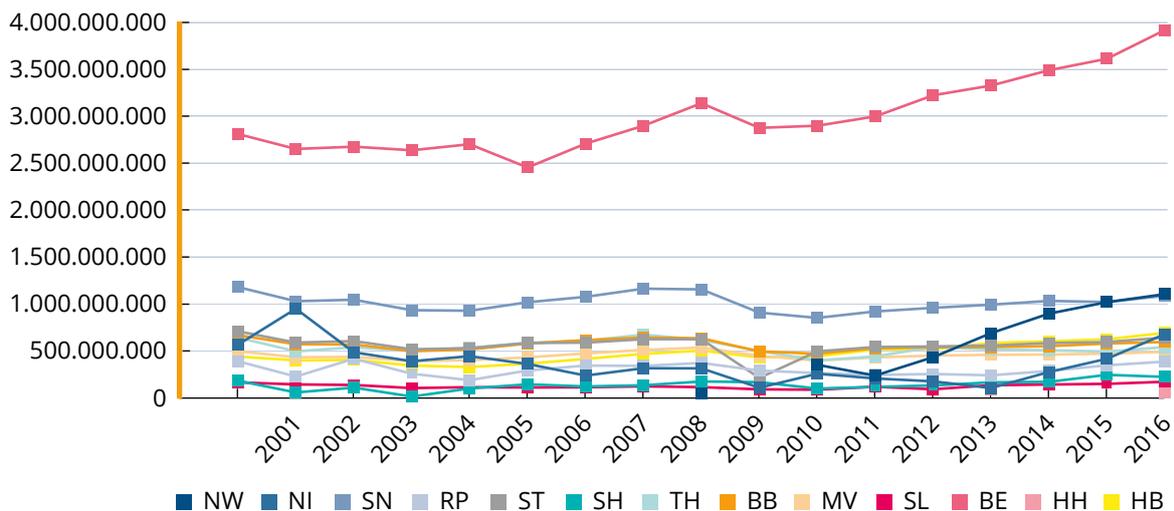
Die genaue Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs ist seit jeher umstritten.⁷² In der Vergangenheit haben sich insbesondere drei Bundesländer immer wieder öffentlich gegen ihn ausgesprochen, was zu verschiedenen Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht geführt hat: Bayern, Baden-Württemberg und eben auch Hessen. Diese drei Bundesländer sind seit einigen Jahren die drei maßgeblichen Geberländer und fühl(t)en sich daher mit der Zeit übermäßig belastet. Bis zum Beginn der 2000er Jahre gehörten auch Nordrhein-Westfalen und Hamburg zu den Geberländern. Während Nordrhein-Westfalen ab 2002 in seiner Rolle als Geberland drastisch an Bedeutung verlor und seit dem Beginn der internationalen Finanzkrise 2007 nicht mehr als Geberland hervortrat, ist die Finanzkraft Hamburgs schrittweise gesunken und bewegt sich den Daten zufolge derzeit auf der Schwelle zwischen Geber- und Nehmerland.

Abbildung 8: Abgaben im Länderfinanzausgleich, Entwicklung der Geber- und Nehmerländer.



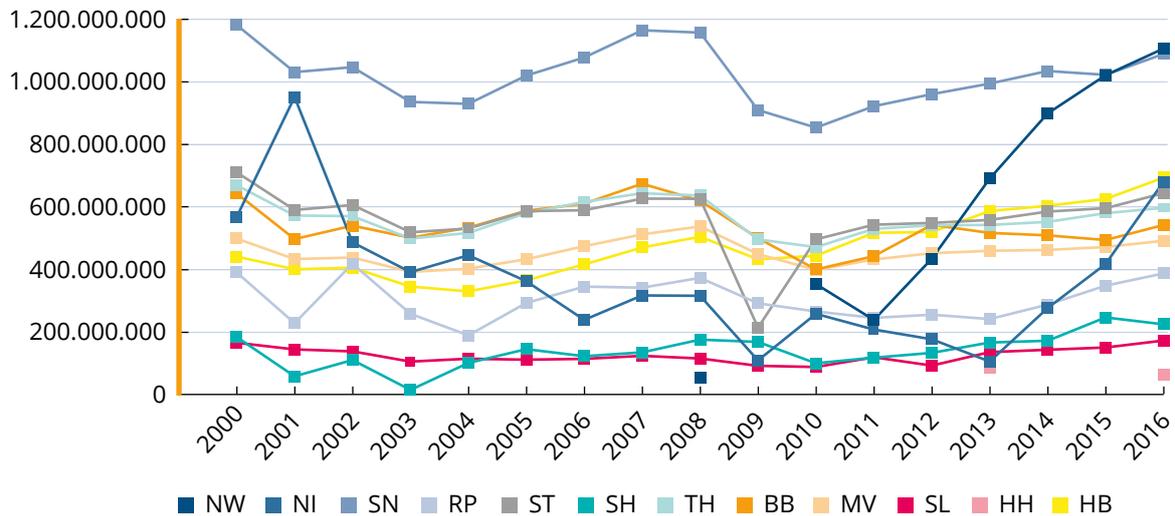
Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Länderfinanzausgleich, Endgültige Abrechnung des Länderfinanzausgleichs für die Ausgleichsjahre ab 2005, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Ausgleichsjahre-ab2005.html;jsessionid=175483B289FD243497DF85C90E8367E7 (12.04.2018), Zahlen für 2015 und 2016 nur vorläufig.

Abbildung 9: Zuweisungen im Länderfinanzausgleich, Entwicklung der Geber- und Nehmerländer.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Länderfinanzausgleich, Endgültige Abrechnung des Länderfinanzausgleichs für die Ausgleichsjahre ab 2005, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Ausgleichsjahre-ab2005.html;jsessionid=175483B289FD243497DF85C90E8367E7 (12.04.2018), Zahlen für 2015 und 2016 nur vorläufig: https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html (12.04.2018).

Abbildung 10: Zuweisungen im Länderfinanzausgleich (ohne Berlin), Entwicklung der Geber- und Nehmerländer.



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des BMF: Bundesministerium der Finanzen: Länderfinanzausgleich, Endgültige Abrechnung des Länderfinanzausgleichs für die Ausgleichsjahre ab 2005, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Ausgleichsjahre-ab2005.html;jsessionid=175483B289FD243497DF85C90E8367E7 (12.04.2018), Zahlen für 2015 und 2016 nur vorläufig: https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html (12.04.2018).

Die Grafiken zeigen, dass Hessen in etwa auf demselben Niveau verharrt wie Baden-Württemberg, während der Freistaat Bayern seit 2007 einen starken Anstieg in der von ihm zu leistenden Ausgleichszahlung verzeichnet und Stand 2016 fast sechs Milliarden Euro in den Ausgleichsmechanismus einzahlt.

Am 25. März 2013 reichten Hessen und Bayern daher eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht von Hessen und Bayern ein. Dieser Schritt war also noch zu Zeiten der schwarz-gelben Vorgängerregierung eingeleitet worden. Baden-Württemberg hatte sich seinerzeit dieser Klage nicht angeschlossen, da Ministerpräsident Kretschmann sich von politischen Verhandlungen mehr versprach als von juristischen Verfahren.⁷³ Die Ministerpräsidenten Hessens und Bayerns, Bouffier und Seehofer, hingegen bezeichneten die Klage als einen „Akt politischer Notwehr“.⁷⁴

Kritiker aus anderen Bundesländern werteten diesen Schritt als taktischen Schachzug und als Wahlkampfmanöver.⁷⁵ Tatsächlich standen in Hessen und Bayern im Herbst 2013 jeweils Landtagswahlen an. Bouffier fasste seine Kritik am Länderfinanzausgleich⁷⁶ seinerzeit in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) wie folgt zusammen:

„Erstens: Die Zahlungen gehen von Empfängerseite vor allem an die Bundeshauptstadt Berlin. [...] Zweitens: Bürger in Stadtstaaten werden mit 135 Prozent angesetzt und in Frankfurt nur mit 100 Prozent. [...] Die Probleme eines Ballungsraums wie in München und im Rhein-Main-Gebiet finden keine Berücksichtigung. [...] Drittens: Die Finanzkraft der Gemeinden wird zu stark angerechnet. Wir wollen statt 64 Prozent zurück zur alten Regelung mit 50 Prozent.“⁷⁷

Bouffier störte sich im Speziellen daran, dass die Bevölkerung der Stadtstaaten für die Berechnung um ein Drittel erhöht und gleichzeitig die Finanzkraft der Gemeinden der Flächenländer seines Erachtens zu hoch eingeschätzt werde. Das zugrunde liegende politische Problem zielt auf die Frage nach der Gewichtung von Stadtstaaten und Flächenstaaten. Es ist richtig, dass die Instandhaltung der Infrastruktur in Städten und besonders dünn besiedelten Gebieten kostspieliger ist als in Räumen mit durchschnittlicher Besiedelung. Die Frage ist daher, wie dem Rechnung getragen werden kann — die Berechnung der Messzahlen für die Bevölkerung der Länder basiert auf einer Hilfskonstruktion, wie auch aus dem Finanzausgleichsgesetz (§ 9 FAG, Abs. 2 und 3) hervorgeht. In der Tat können Hessen und Bayern auf Unterstützung gegen diese pejorativ mit „Einwohnerveredelung“ abgewertete und durchaus problematische Festsetzung hoffen: Norbert Walter-Borjans, zur damaligen Zeit Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, äußerte in einem Diskussionspapier der CESifo-Group⁷⁸ neben allem Unverständnis gegen die Klage auch Kritik an dieser 135-Prozent-Regel.⁷⁹ Der Unmut Hessens und Bayerns basiert also vor allem auf zwei Argumenten: Zum einen der von politischen Gegebenheiten abhängigen Berechnung des Länderfinanzausgleichs, die beständig angepasst werden muss. Der zweite Ansatzpunkt ist die Rolle Hessens und Bayerns als hauptsächliche Geberländer.

Im Juni 2017 wurde eine umfassende Reform des Länderfinanzausgleichs beschlossen, die 2020 in Kraft treten und das gesamte System stark vereinfachen soll.⁸⁰ Kritiker monieren, dass die horizontale Ebene des Länderfinanzausgleichs, also die Verteilung zwischen den Ländern, zugunsten der vertikalen Ebene, also der Verteilung der Steuereinnahmen vom Bund an die Länder aufgegeben wird.⁸¹ Dies geschieht in Übereinstimmung mit der in der Literatur vertretenen Prognose, dass sich Finanzausgleich und staatliche Rahmenbedingungen zeitlich in einer Bewegung von föderativen zu unitarischen Prinzipien bewegen, dass also dem Bund eine höhere Autonomie in der Verteilung der Finanzmittel eingeräumt wird.⁸² Laut einer Studie des Forschungsinstitutes

der Deutschen Wirtschaft in Köln lassen sich die Änderungen auf eine einfache Formel herunterbrechen: „Das beschlossene Reformpaket vergrößert voraussichtlich die Finanzkraftunterschiede zwischen den Bundesländern und drängt den Bund noch stärker in die Rolle als weißer Ritter. [...] [A]nstatt auf mehr Autonomie und Kompetenzabgrenzung zu drängen, haben die Bundesländer den Weg [...] in die finanzielle Abhängigkeit vom Bund gewählt.“⁸³

Abgeschafft wird im neuen Finanzausgleich die horizontale Ebene. Der Bund springt für die fehlenden Mittel mit 9,7 Milliarden Euro im Jahr 2020 und mit rund 13 Milliarden Euro im Jahr 2030 ein, er wird also insgesamt rund 140 Milliarden Euro in diesem Zeitraum an die Länder verteilen.⁸⁴ Die Transparenz im neuen System sinkt weiter und die Unterscheidung zwischen Geber- und Nehmerländern ist aufgrund der Trennung von Zahlungen an den Bund und den anschließenden Zahlungen zurück an die Länder nicht mehr ohne Weiteres möglich.⁸⁵ Wesentliche Elemente bleiben bestehen, so etwa die „Einwohnerveredelung“ von rund 102–105 Prozent für Flächenländer und 135 Prozent für Stadtstaaten sowie die Finanzkraft der Gemeinden, die dann nicht mehr nur mit 64 Prozent in die Berechnung einbezogen wird, sondern sogar zu 75 Prozent.⁸⁶

Bayern und Hessen haben ihre Klage in Anbetracht dieser neuen Regelungen dennoch im September 2017 zurückgezogen. Bouffier gab als Grund dafür an, dass Hessen mit der beschlossenen Neuregelung um 600 Millionen Euro jährlich entlastet werde, wodurch sich neue finanzielle Spielräume für den Landeshaushalt ergäben. Außerdem sieht er das Ziel eines gerechteren Länderfinanzausgleichs durch die Reform erreicht.⁸⁷ Insofern konnte der umstrittene Länderfinanzausgleich – zumindest vorläufig – auf dem Weg politischer Gespräche und nicht auf dem juristischen Klageweg einer befriedenden Lösung zugeführt werden. Es steht jedoch zu erwarten, dass die Regelungen auch in den kommenden Jahren immer wieder Anstoß zu neuen politischen Konflikten geben werden.

4.3 Bildungspolitik

Schwerpunkt Bildungspolitik

Der Bereich der Bildungspolitik war einer der erklärten Schwerpunkte des schwarz-grünen Bündnisses. Die Koalitionsvereinbarung widmete dementsprechend diesem Thema auch achteinhalb Seiten.⁸⁸ Die Aussage – „unser Land ist dann zukunftsfähig, wenn es uns gelingt, die vorhandenen Begabungen zu fördern und Fähigkeiten zu entwickeln. Deshalb ist Bildung ein Schwerpunkt unserer Politik“⁸⁹ – zeigte den Stellenwert auf, der der Bildungspolitik in Hessen zum Start der schwarz-grünen Koalition zugeschrieben wurde. Diese Schwerpunktsetzung war nicht nur der grundsätzlichen Zuständigkeit der Länder für die Bereiche Bildung und Kultus geschuldet, sondern erklärt sich auch aus der Tatsache, dass die Bildungspolitik von beinahe der Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger als das wahlentscheidende Thema angesehen wurde.⁹⁰ Den sogenannten Schulfrieden hatten die Grünen bereits in ihrem Wahlprogramm angeboten, womit die Zusammenarbeit auf diesem Feld nach der Wahl erheblich erleichtert wurde. Für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9, ein Herzensanliegen der hessischen Grünen, hatte die Regierung unter Bouffier bereits vor der Wahl zumindest prinzipiell die Weichen gestellt. Von großem Vorteil für das hessische Bündnis war im Vergleich zu Schwarz-Grün in Hamburg und der „Jamaika“-Koalition im Saarland, dass es bereits bei Amtsantritt der Regierung in der Schulpolitik keine grundlegenden Differenzen zwischen CDU und Grünen in Hessen mehr gab.⁹¹

Kita/Kleinkindbetreuung

Auch im vorschulischen Bereich hatten sich die politischen Vorstellungen von Schwarz und Grün weitestgehend angenähert. Zwar war es der CDU nach wie vor wichtig, die Wahlfreiheit der Eltern bei der Frage zu betonen, ob sie ihr Kind zu Hause oder in einer Kita betreut sehen möchten. Gleichzeitig bekannten sich aber beide Parteien zu den Anforderungen, die die heutige Gesellschaft an hochwertige Kinderbetreuung stellt und verschrieben sich einem Ausbau und einer Verbesserung der Betreuung in Hessen. Zentrale Punkte stellten der Ausbau der Kapazitäten, die Sicherstellung der Umsetzbarkeit des Rechtsanspruches

auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren sowie der Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten dar. Darüber hinaus verständigten sich CDU und Grüne darauf, die eingeleiteten Inklusionsbestrebungen weiter voranzutreiben, Kinder bereits im Kindergarten besser zu fördern, ohne dabei eine Verschulung der Kindertagesstätten zu betreiben, sowie dem Fachkräftemangel wirksam entgegenzuwirken. Instrument sollte unter anderem ein „Runder Tisch Kinderbetreuung“ sein, der insbesondere das Kinderförderungsgesetz evaluieren sollte.⁹²

Bisher haben auf Einladung von Sozialminister Grüttner zwei „Runde Tische Kinderbetreuung“ stattgefunden, die insbesondere das 2013 noch von der schwarz-gelben Vorgängerregierung eingeführte Kinderförderungsgesetz (KiföG) diskutierten.⁹³ Der Kern dieses Gesetzes bestand in einer Umstellung der Kita-Finanzierung, der zufolge das Land seither eine Grundpauschale nur noch pro Kind und nicht mehr pro Gruppe zahlt. Dies hatte zu großen Protesten seitens der Erzieherinnen und Erzieher geführt. Befürchtungen, es komme zu größeren Gruppen und zu einer Verschlechterung der Betreuungsrelation, erfüllten sich jedoch laut einer vom Ministerium in Auftrag gegebenen unabhängigen Evaluation des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik nicht.⁹⁴ In diesem Punkt lief die Kritik also ins Leere, allerdings musste Sozialminister Grüttner (CDU) die von vielen Beschäftigten in den Kitas kritisierte Belastung durch vermehrte Bürokratie einräumen. Auch zeigte die Evaluation, dass die Akzeptanz in der Elternschaft 2015 gerade einmal bei 31 Prozent lag.⁹⁵

Neben der Diskussion und Evaluation des KiföGs war die Verkündung der beitragsfreien Kitabetreuung für Kinder von drei bis sechs Jahren ein prominentestes Projekt der schwarz-grünen Landesregierung. Im August 2017 kündigten Bouffier und Al-Wazir die Abschaffung der Gebühren für eine sechsstündige Kinderbetreuung pro Tag ab August 2018 an. Zur Finanzierung dieser Entlastung für die Familien im Land stellte die Regierung 440 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung.⁹⁶ Der sozialpolitische

Sprecher der Grünen, Marcus Bocklet, sprach von einem „Meilenstein für ein familienfreundliches Hessen“⁹⁷. Kritik kam von der SPD, die den Vorstoß als „halbherzig“ bezeichnete. Die Realität im Alltag vieler berufstätiger Eltern sehe so aus, dass die durchschnittliche Betreuungszeit bei siebeneinhalb Stunden liege.⁹⁸ Außerdem würden Eltern mit unter dreijährigen Kindern überhaupt nicht entlastet. Auch Vertreter der oppositionellen Parteien in vielen Kommunen übten Kritik am Vorstoß der schwarz-grünen Landesregierung. So müsse nun über Erhöhungen der Gebühren außerhalb der sechs Stunden nachgedacht werden, kritisierte beispielsweise ein Ortsbürgermeister der SPD, da die 136-Euro-Pauschale pro Monat und Kind nicht ausreiche.⁹⁹ Die FDP kritisierte, die Entlastung gehe zulasten der Qualität. So hätte man das nun zur Verfügung gestellte Geld sicher sinnvoller zur Bekämpfung des Fachkräftemangels an Kindertagesstätten einsetzen können.¹⁰⁰ Ungeachtet dieser Kritik war es Schwarz-Grün aber kurz vor der anstehenden Bundestagswahl im Herbst 2017 gelungen, das mit Abstand öffentlichkeitswirksamste Projekt im Bereich der Kleinkinderbetreuung – wenn auch nicht im vollen Umfang – auf den Weg zu bringen.

Der „Schulfrieden“

Wie sah es demgegenüber im Bereich der Schulpolitik aus, der, wie die *Frankfurter Rundschau* 2015 durchaus wohlmeinend bekannte, „in Bewegung“ komme¹⁰¹? Ein ganz wesentliches Prestigeobjekt war zu Beginn der neuen Regierung das Ziel, den sogenannten Schulfrieden fraktionsübergreifend zu erreichen. Dieser sollte das jahrelange „Herumexperimentieren“ im hessischen Bildungssystem durch die jeweils regierenden Parteien beenden und eine schulpolitische Vereinbarung für die nächsten zehn Jahre treffen. Dazu sollten die anderen im Landtag vertretenen Fraktionen zu einem sogenannten Bildungsgipfel eingeladen werden. Die Notwendigkeit eines solchen Bildungsgipfels ergab sich aus Sicht von CDU und Grünen aus dem 2005 zunächst von Schwarz-Gelb für alle Schulen eingeführten achtjährigen Abitur, das Bouffier bereits 2012 durch die sogenannte Wahlfreiheit für die hessischen Schulen modifiziert hatte. Über die Frage G8/G9 hinaus

sollte das Schulsystem als Ganzes parteipolitisch erörtert werden. Der schwarz-grüne Vorschlag bestand dabei aus einem parallelen Angebot von G8 und G9 bei einem Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems. In diesem Punkt trug der Koalitionsvertrag eindeutig die Handschrift der CDU, hatte doch Al-Wazir vor der Wahl noch angekündigt, neben dem Gymnasium solle es zukünftig nur noch eine Schulform geben.¹⁰²

Von einem wirklichen „Schulfrieden“, wie er zu Beginn der Koalition projiziert war, kann allerdings bis heute nicht gesprochen werden. Zwar wurde der geplante Bildungsgipfel tatsächlich ins Leben gerufen und tagte im Schuljahr 2014/2015 insgesamt vier Mal, platzte jedoch im Juni 2015.¹⁰³ Das anvisierte Abschlussdokument konnte nicht verabschiedet werden. Vielmehr traten die unterschiedlichen Meinungen der beteiligten Parteien und Interessengruppen in den Diskussionen deutlich zutage. Streitpunkte stellten, wie so oft in schulpolitischen Debatten, die Schulstruktur sowie die Lehrerruweisung dar. SPD und Linkspartei, aber auch der Landeselternbeirat, der Elternbund Hessen, die Landesschülervertretung und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie der Verband Bildung und Erziehung Hessen erklärten den Bildungsgipfel für gescheitert. Der von der Landesregierung vorgeschlagene Plan sei nicht geeignet, die Bildungspolitik Hessens in den nächsten zehn Jahren sozial gerechter zu gestalten.¹⁰⁴ Auch warfen sich die beteiligten Gruppen und Parteien gegenseitig fehlenden Willen zum Kompromiss vor.¹⁰⁵

Der „Pakt für den Nachmittag“

Das zweite große schulpolitische Projekt der schwarz-grünen Landesregierung stellte der sogenannte Pakt für den Nachmittag dar. Dieser sollte eine „Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkindern“ sicherstellen. Das Ziel lautete, gemeinsam mit den Kommunen ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr anzubieten. Das Land nehme dabei alle Grundschulen in sein Ganztagschulprogramm auf und leiste an fünf Tagen der Woche bis 14.30 Uhr seinen Beitrag, während die Kommunen die weiteren Angebote von 14.30 bis 17.00 Uhr anböten. Darü-

ber hinaus wollte man Grundschulen im ländlichen Raum erhalten und mindestens 100 Grundschulen den flexiblen Schulanfang ermöglichen, bei dem die Klassenstufen Eins und Zwei zusammengelegt und in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden können.¹⁰⁶

Für den „Pakt für den Nachmittag“ konnte Kultusminister Lorz (CDU) im bisherigen Verlauf der Legislaturperiode immer wieder die Unterzeichnung von Kooperationsvereinbarungen zwischen Land und Kommunen verlautbaren lassen. So erklärte das Kultusministerium im März 2017, dass zwei Drittel aller Schulen im Land im Ganztagsbetrieb arbeiteten.¹⁰⁷ Fünf neue Schulträgerregionen und insgesamt 46 Schulen seien neu für das Schuljahr 2017/2018 in den „Pakt für den Nachmittag“ eingestiegen. Damit seien im dritten Jahr des Paktes von insgesamt 33 Schulträgern 21 der Vereinbarung beigetreten. Das Ministerium wertete das Projekt unter dem Strich als einen Erfolg:

„Die Bildungs- und Betreuungsangebote, die das Land und der jeweilige Schulträger gemeinsam an den Grundschulen, die am Pakt für den Nachmittag teilnehmen, organisieren, werden sowohl von den Eltern als auch von den Lehrkräften sehr positiv gesehen und als deutlicher Fortschritt wahrgenommen.“¹⁰⁸

Kaum verwunderlich, dass die Politik des von Lorz geführten Ministeriums auch auf einige Kritik stieß. So kritisierte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Pakt als „Billiglösung“, der keine „echten“ Ganztagschulen schaffe, da die Betreuungs- und Bildungsangebote am Nachmittag unzureichend seien.¹⁰⁹ Auch Politiker der Linken oder der SPD kritisierten wiederholt den „Pakt für den Nachmittag“. Insbesondere die häufig anzutreffenden Entgelte, die Eltern für die nachmittägliche Betreuung bezahlen müssten, wurden kritisiert. Der Pakt schaffe „keine einzige Ganztagschule, sondern eine entgeltspflichtige Betreuung in der Schule.“¹¹⁰

Ein Problem, dem sich die Landesregierung auch in diesem Kontext stellen musste, war der

insbesondere an Grund- und Förderschulen auftretende Lehrermangel infolge der massiv angestiegenen Schülerzahlen. Durch den Zuzug von Flüchtlingen und Zuwanderern habe Hessen rund 25.000 Schülerinnen und Schüler zusätzlich aufgenommen, schreibt das Kultusministerium auf seiner Website.¹¹¹ Politik und Verwaltung leisteten ihren Beitrag, so das Ministerium, indem sie 2016 etwa 800 und 2017 noch einmal rund 1.100 neue Stellen geschaffen hätten; zusammen mit einer weiteren Maßnahme mussten somit für 2.500 Stellen Lehrkräfte gesucht werden. Kurzfristig reagierte das Ministerium mit der Reaktivierung von Pensionären, mittel- und langfristig sollen Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Ausbildungskapazitäten geschaffen bzw. ausgeweitet werden.¹¹² Weiterhin besteht aber ein Bedarf an rund 300 qualifizierten Kräften.¹¹³

Die im Zuge der Anhebung der Besoldung der Landesbeamten auch für die hessischen Lehrer wirksam werdenden Gehaltserhöhungen im Juni 2017 um zwei Prozent und im Januar 2018 um weitere 2,2 Prozent bei einer gleichzeitigen Reduktion des Lehrdeputats von 25 auf 24,5 Stunden pro Woche für eine Vollzeitstelle dienten der Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs. Der Planstellenmangel bleibt jedoch wie in anderen Bundesländern auch weiterhin eine Herausforderung für die hessische Schulpolitik. Immerhin sieht der Doppelhaushalt für die Jahre 2018/19 u.a. 700 neue Stellen für Sozialpädagogen an Hessens Schulen vor. Mit diesen Stellen, für deren Besetzung eigentlich die Kommunen zuständig sind und bei deren Vergabe auch der Sozialindex der verschiedenen Regionen zugrunde gelegt werden soll, soll eine spürbare Entlastung für die Lehrer erzielt werden.¹¹⁴

Die Novellierung des Schulgesetzes

Die am 2. Mai 2017 verabschiedete Schulgesetzesnovelle markiert einen weiteren wichtigen Meilenstein in der Schulpolitik der schwarz-grünen Koalition. Minister Lorz benannte folgende konkrete Ziele der Novellierung: „die Sicherung und Entwicklung der Qualität von Schule und Unterricht, die bestmögliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und die Stärkung

der Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit im hessischen Bildungssystem.“¹¹⁵ Ein wesentlicher Bestandteil des novellierten Gesetzes besteht darin, dass in Zukunft keine neuen Hauptschulen mehr geschaffen werden und die bestehenden auslaufen bzw. überführt werden: Der Hauptschulabschluss wird in Zukunft an verbundenen Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen und Gesamtschulen erworben. Inklusion soll an den Elternwunsch gebunden werden, kein Antrag auf gemeinsames Lernen soll mehr abgelehnt werden müssen. Auch der „Pakt für den Nachmittag“ wurde mit in die Novellierung aufgenommen, die Entscheidung über G8 und G9 bleibt weiterhin den Schulen überlassen und ein längeres gemeinsames Lernen an Gesamtschulen in einer einzigen Klasse wird ermöglicht.¹¹⁶ Darüber hinaus erlaubt das neue Gesetz Sponsoring an Schulen, wenn die damit verbundene Werbewirkung für das entsprechende Unternehmen deutlich geringer ist, als der Nutzen für die Schule.¹¹⁷

Kritik kam von der Opposition sowie von Eltern und Lehrerverbänden. Das Werbeverbot an Schulen werde aufgeweicht, kritisierte beispielsweise die SPD.¹¹⁸ Im Hinblick auf Inklusion kritisierten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie der Landeselternbeirat, die juristischen und formalen Hürden würden erhöht, es könne unter Umständen vorkommen, dass aufgrund der „inkluisiven Schulbündnisse“ lange Schulwege und eine Konzentration von Menschen mit Behinderung an bestimmten Schulen entstünden.¹¹⁹ Auch aus der Wissenschaft gab es Kritik. So kritisierte beispielsweise der Bildungsforscher Horst Weisheit, Probleme wie die ungleiche Chancenverteilung würden nicht angegangen, Kinder mit Migrationshintergrund und aus schwachen wirtschaftlichen Milieus blieben weiterhin unzureichend adressiert.¹²⁰ Ungeachtet dieser erwartbaren Kritik brachte die Novellierung für Hessen eine gehaltvolle Anpassung an heutige schulpolitische Realitäten, die letztlich in der Bevölkerung auch mehrheitlich auf Akzeptanz denn auf Missbilligung stieß.

Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Beide Bündnispartner hatten sich im Zuge der Koalitionsverhandlungen auf eine aktive Hochschulpolitik verständigt, die durch kontinuierliche Investitionen die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität in Hessen sicherstellen sollte. Man bekannte sich zur Fortsetzung des Kurses der leistungsorientierten Mittelvergabe im Geiste des *New Public Managements*, das die Hochschulpolitik in der Bundesrepublik seit Ende der 1990er Jahre überall dominiert. Neben ausreichender Finanzierung und zusätzlichen Investitionen in die bauliche Infrastruktur der hessischen Hochschulen wurden auch „weichere“ Ziele wie die Erleichterung des Studienzugangs sowie die Gestaltung der Hochschulen als partizipativer, familienfreundlicher und innovationsfreudiger definiert. Die Wiedereinführung von Studiengebühren wurde explizit ausgeschlossen.¹²¹

Das zentrale hochschulpolitische Projekt war, entsprechend der genannten Eckpunkte, die Novellierung des hessischen Hochschulgesetzes. Diese wurde unter der Federführung von Wissenschaftsminister Rhein ausgearbeitet und im Mai 2015 vom Landtag verabschiedet.¹²² Das neue Hochschulgesetz sieht u.a. eine Erleichterung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, eine flächendeckende Einführung sogenannter Tenure Tracks für Juniorprofessuren im Sinne einer verlässlicheren Karriereplanung für Nachwuchswissenschaftler sowie eine Stärkung der Senate und Hochschulräte bei Budgetentscheidungen und bei der Entwicklungsplanung vor.¹²³

Manche Beobachter kritisierten am neuen Hochschulgesetz eine stärkere Einflussnahme der Landesregierung auf die Hochschulen.¹²⁴ Kritik gab es auch von Personalräten und Gewerkschaften, die sich eine Stärkung der Angestellten an den Universitäten gewünscht hätten. So kritisierten GEW und Verdi, das neue Gesetz ändere wenig an den prekären Beschäftigungsverhältnissen an den Universitäten.¹²⁵

Der meistumstrittene Aspekt des neuen Hochschulgesetzes bezog sich jedoch auf die Rolle der Fachhochschulen. Den Fachhochschulen wurde, gegen den Protest der Universitäten, ein an enge Kriterien geknüpft Promotionsrecht für besonders forschungsstarke Fachbereiche eingeräumt.¹²⁶ Gleichzeitig wurden die Fachhochschulen auch formal zu „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ aufgewertet.¹²⁷ Die Frage nach dem Promotionsrecht für Fachhochschulen ist seit Jahren eine der großen hochschulpolitischen Streitfragen der Bundesrepublik. Nachdem sich die schleswig-holsteinische Wissenschaftsministerin Wara Wende (parteilos) im September 2013 das Promotionsrecht für Fachhochschulen auf die Fahnen geschrieben hatte, bekundeten Hessen und Baden-Württemberg Sympathien für diesen im Nachhinein doch nicht umgesetzten Vorstoß. Im Oktober 2016 bekam die Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Fulda für ihr „Promotionszentrum Sozialwissenschaften“ mit den Schwerpunkten Globalisierung, Europäische Integration und Interkulturalität als erste Hoch-

schule bundesweit das Promotionsrecht verliehen.¹²⁸ Studierende können hier zur Doktorin oder zum Doktor der Sozialwissenschaften (Dr. rer. soc.) werden. Der hessische Wissenschaftsminister Rhein verteidigt diesen Schritt als zukunftsweisend für das Wissenschaftssystem.¹²⁹

Einen Erfolg für die hessische Landesregierung stellte – aus ihrer Sicht – auch die Vorstellung des neuen Hochschulpaktes für die Jahre 2016 bis 2020 dar. Sogar von der Opposition gab es Lob für die Pläne des Ministers, die 13 hessischen Hochschulen über fünf Jahre mit neun Milliarden Euro auszustatten. Hessen gab damit rund eine Milliarde mehr für seine Hochschulen aus als in den fünf Jahren zuvor. Unterstützung erhielten ebenfalls die mit dem Hochschulpakt formulierten Pläne, im Bereich der befristeten Arbeitsverhältnisse an den staatlichen Hochschulen aktiv gegenzusteuern.¹³⁰ Diesen Ankündigungen folgten bisher jedoch noch keine konkreten Schritte.

4.4 Innere Sicherheit

Aufstockungen bei der Polizei

Zu Beginn der Legislaturperiode war noch nicht absehbar, welche Bedeutung dem Thema Innere Sicherheit in ihrem weiteren Verlauf noch zukommen sollte. Während sich die schwarz-grüne Landesregierung zunächst schwerpunktmäßig der Flughafenthematik sowie der Bildungs- und Energiepolitik widmete, schoben sich Themen der Inneren Sicherheit im Laufe der Zeit immer weiter in den Vordergrund. Dies lag unter anderem an der sich zunehmend verschärfenden Sicherheitslage in Europa, an den Herausforderungen im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen nach Europa sowie an den durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) verübten Anschlägen in europäischen Metropolen, etwa in Paris, Brüssel und Berlin.¹³¹ Dass Frankfurt am Main als zentrale europäische Bankenmetropole im Visier des internationalen Terrorismus stehen musste – diese Einschätzung stand stets unausgesprochen im Raum.

Unter Innenminister Beuth (CDU) wurde angesichts dessen die bereits von der Vorgängerregierung 2011 initiierte Sicherheitsstrategie „300 in 3 Jahren“ fortgesetzt, welche vorsah, den Basisdienststellen der Polizei innerhalb von drei Jahren 300 neue Stellen zuzuweisen. Im September 2014 wurde dieses Programm mit der Zuweisung der letzten 49 Polizistinnen und Polizisten im Rahmen einer Veranstaltung im Frankfurter Polizeipräsidium abgeschlossen. Beuth betonte im Rahmen der abschließenden Zuweisung die „herausragende Stellung der Inneren Sicherheit in Hessen“ und unterstrich, dass die gewonnenen personellen Ressourcen „das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch ihre Präsenz verstärken und durch ihre tatkräftige Unterstützung die objektive Sicherheitslage verbessern“ würden.¹³²

Neben der personellen Verstärkung des Polizeiparates übergab der Innenminister im Dezember 2014 die ersten neuen Körperschutzausstattungen an die hessische Bereitschaftspolizei. Schutzwesten sowie zusätzliche Protektoren für Arme und Beine sollten vor mechanischer Gewalteinwirkung schützen. Angesichts der nach wie vor hohen Zahl von Angriffen auf Polizisten sah sich das Ministerium zu der Investition in Höhe von 1,4 Millio-

nen Euro gezwungen, um die Verbesserung des Schutzes der Polizeibeamten zu gewährleisten.¹³³ Außerdem wurde im Rahmen einer Pressekonferenz eine weitere Neuerung vorgestellt: Künftig sollten die hessischen Beamten bei „geschlossenen Einsätzen“ mit einer individuellen fünfstelligen Nummer gekennzeichnet werden, die ebenso dem Schutz der Beamten dienen sollte.¹³⁴

Ein einschneidendes Erlebnis für die hessische Polizei waren die Ausschreitungen rund um die Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt im März 2015.¹³⁵ Mehr als 150 Einsatzkräfte wurden im Rahmen der Blockupy-Krawalle verletzt. Innenminister Beuth erklärte, dass „ein Angriff auf diesen Personenkreis [...] ein Angriff auf unsere Gesellschaft [sei]“¹³⁶. Diese Erfahrungen nahm die Landesregierung zum Anlass, um den verbesserten Schutz für Polizisten neben Ausstattungsfragen auch juristisch zu untermauern.¹³⁷ Im April 2015 stellte die hessische Landesregierung einen Gesetzesantrag an den Bundesrat zur Änderung des Paragraphen 112 Strafgesetzbuch (StGB).¹³⁸ Der neue „Schutzparagraph 112“ sah vor, dass Angriffe gegen Polizisten künftig auch während allgemeiner Diensthandlungen und nicht mehr wie zuvor ausschließlich bei Vollstreckungshandlungen (z.B. bei der Festnahme des Angreifers) mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden können. Die Strafgesetzbuchänderung umfasste den Wegfall des bisherigen Schutzparagraphen 112 StGB und ersetzte bzw. erweiterte diesen um die Paragraphen 113 bis 115 StGB. Diese Paragraphen sollten nicht mehr ausschließlich die Einsatzkräfte der Polizei schützen, sondern richten sich auch gegen diejenigen, die „bei Unglücksfällen, gemeiner Gefahr oder Not Hilfeleistende der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder eines Rettungsdienstes durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt“¹³⁹ behindern. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) begrüßte diese Pläne. Es sei inakzeptabel, dass (vor allem) Polizisten alltäglich brutal attackiert würden.¹⁴⁰ Die Initiative der hessischen Landesregierung hatte Erfolg: Sie wurde durch den Beschluss des Bundeskabinetts vom 8. Februar 2017 angenommen und trat zum 30. Mai 2017 in Kraft.

Eine weitere Maßnahme zum Schutz von Polizeikräften im Einsatz stellte die Einführung der Bodycam dar. Im Zuge dieser Maßnahme wurde die hessische Polizei im November 2015 flächendeckend mit den technischen Hilfsmitteln ausgestattet, um deeskalierend bei Kontrollmaßnahmen zu wirken. Hessenweit waren zum Jahresende 2015 insgesamt 72 Kameras im Einsatz. Zur Kennzeichnung des Hilfsmittels trugen die Einsatzkräfte Erkennungswesten, die mit dem Schriftzug „Videoüberwachung“ bzw. „Videodokumentation“ gekennzeichnet sind, sodass schon im Vorhinein eine abschreckende Wirkung erzielt wurde. Die Bodycam ermöglichte somit den Verlauf reibungsloser Kontrollen in Brennpunktbereichen und wirkte der bundesweit zu verzeichnenden Zunahme von Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte entgegen.¹⁴¹

2016 setzte Schwarz-Grün diesen Kurs weiter fort. Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch terroristische Anschläge in Europa und den Ereignissen in Frankreich und Belgien stellte Innenminister Beuth die verbesserte Schutzausstattung auf dem Gelände der Polizeiakademie vor. Die Kosten für 850 neue Schutzpakete, bestehend aus ballistischen Schutzhelmen, Plattenträgersystemen gegen den Beschuss aus Langwaffen, Splitter-schutzbrillen und Erste-Hilfe-Sets für die Erstversorgung von Schussverletzungen, beliefen sich auf zwei Millionen Euro.¹⁴² Darüber hinaus kündigte der CDU-Politiker an, dass die Ausstattung der hessischen Polizei mit einer neuen Maschinenpistole vorbereitet würde. Die neue Schutzausstattung wurde den erhöhten Anforderungen durch eine „optimale Kombination von Beweglichkeit und Schutz“ gerecht, so der Innenminister.¹⁴³ Neben Spezialeinheiten müssen insbesondere diejenigen Polizeikräfte, die als erste an einem potenziellen Tatort eintreffen, mit besonderer Schutzausstattung wirksam, schnell und sicher agieren können.

Präventionsarbeit

Neben einer Aufstockung bei Personal und Ausstattung der Polizei investierte die schwarz-grüne Landesregierung auch in die Präventionsarbeit. Seit 2014 fördert Hessen gemeinsam mit dem Bund Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie sowie zur Extremismusprävention und -interven-

tion mit insgesamt rund 13,5 Millionen Euro. Dies verkündete Beuth im Rahmen der Vorstellung des hessischen Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie gegen Extremismus“. Als Ziel wurde definiert, „neben den repressiven Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden verstärkt Präventionsmaßnahmen durchzuführen“.¹⁴⁴ Neben der Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus wurde dabei ein verstärktes Augenmerk auf den Salafismus gelegt.¹⁴⁵

Der hessische Innenminister eröffnete im Oktober 2014 offiziell die Räumlichkeiten der Zentralen Beratungsstelle Hessen vom Violence Prevention Network (VPN) und übergab einen Zuwendungsbescheid des Landes in Höhe von 217.500 Euro zur Salafismusprävention in Hessen. Das VPN bietet ein breites Spektrum aus Beratungs- und Hilfsangeboten, das sich an alle Menschen richtet, die Beratung oder Unterstützung in der Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus benötigen. Das Netzwerk zielt darauf ab, dass sich Betroffene wieder dauerhaft von der extremistischen Szene distanzieren und lösen. Der Innenminister betitelte den Salafismus als „bundesweit dynamischste und am schnellsten wachsende islamistische Bewegung“ und forderte, „[sich] intensiv dafür stark [zu] machen, dass sich junge Menschen nicht durch diese extremistische Szene verführen lassen.“¹⁴⁶ Das VPN ist Träger der „Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“, wesentlicher Bestandteil des ersten landesweiten Präventionsnetzwerkes gegen Salafismus in Deutschland und eine zentrale Anlaufstelle für Hilfesuchende.

Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Ein die Bundesbürger in allen Ländern bewegendes Thema aus dem Bereich der Inneren Sicherheit ist die Einbruchskriminalität, die in den vergangenen Landtagswahlkämpfen stets eine zentrale Rolle gespielt hat. Die hessische Landesregierung setzt in diesem Zusammenhang auf die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die Innenminister der vier Bundesländer unterzeichneten im Juni 2016 eine länderübergreifende Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität.¹⁴⁷ Kernstück

der Vereinbarung ist ein Acht-Punkte-Programm, welches unter anderem „einen schnelleren und besseren Informationsaustausch, eine stärkere gemeinsame Täterfahndung sowie eine noch intensivere Zusammenarbeit bei konkreten Ermittlungsverfahren und in der Prävention vorsieht“.¹⁴⁸ Die bereits seit Sommer 2015 bestehende Kooperation zwischen Baden-Württemberg und Bayern hat sich laut Daten der Kriminalstatistik bewährt, diente der Ausweitung als Vorbild und weckte bei Beuth die Hoffnung, auch in Hessen „bedeutsame Erfolge bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls zu erzielen.“¹⁴⁹

Aus der Polizeilichen Kriminalstatistik Hessens geht hervor, dass im Deliktfeld Wohnungseinbruchdiebstahl für das Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Fallzahlen um 1.190 (-10,3 Prozent) auf insgesamt 10.405 Fälle zu verzeichnen ist. Im Phänomenbereich der Tageseinbrüche, der sich auf Einbrüche zwischen sechs Uhr morgens bis 21 Uhr abends bezieht, wurden 4.032 Delikte registriert. Gegenüber dem Jahr 2015 entspricht dies einer Abnahme um 570 Fälle (-12,4 Prozent). Die Aufklärungsquote sank für das Jahr 2016 jedoch bei 2.199 aufgeklärten Wohnungseinbruchdiebstählen auf 21,1 Prozent. Demgegenüber konnten im Vorjahreszeitraum noch 2.508 Fälle aufgeklärt werden.¹⁵⁰

Trotz der gesunkenen Aufklärungsquote wurde die Länderkooperation nach ihrem einjährigen Bestehen positiv bewertet. Der stattfindende zeitnahe Informationsaustausch über relevante Delikte im Bereich der Wohnungseinbruchdiebstähle sowie geteilte Informationen zu Täterermittlungen, Festnahmen und Hinweisen führte bereits zu Ermittlungserfolgen wie beispielsweise die Ergreifung einer rumänischen Tätergruppierung, die während einer Tatausführung im rheinland-pfälzischen Bendorf festgenommen werden konnte.¹⁵¹ Die Kriminalstatistik Hessens betont den Mehrwert der länderübergreifenden Kooperation und bezeichnet diese als „maßgebend für eine erfolgreiche Bekämpfung von Straftaten im Deliktsbereich des Wohnungseinbruchdiebstahls.“ Der hessische Innenminister Beuth bewertete die Kooperation folgendermaßen: „Wir haben im vergangenen Jahr ein Paket aus präventiven und repressiven Maß-

nahmen auf den Weg gebracht, das sich messbar auf die Statistik ausgewirkt hat.“¹⁵² Diese positive Bewertung spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass sich die Zahl der Wohnungseinbrüche mit 10.405 erfassten Taten auf dem niedrigsten Stand seit 2010 befindet.¹⁵³

Konflikte um die Reform des Verfassungsschutzes

Um veränderten Gefährdungslagen zu begegnen und die Erfahrungen im Zuge der Flüchtlingsherausforderung mit aufzunehmen, plant das hessische Innenministerium unter Beuth eine Reform des Verfassungsschutzgesetzes. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll in Zukunft zu Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und zum verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme (die sogenannte Online-Durchsuchung) ermächtigt werden.

Konkret bedeutet dies, Ermittler mit Programmen auf ihren Computern und Handys auszustatten, mithilfe derer sie die Kommunikation von Verdächtigen mitlesen und aufzeichnen können. Zudem ist ein Verfassungsschutzkontrollgesetz geplant, durch das die Parlamentarische Kontrollkommission mehr Befugnisse erhalten soll. Schließlich soll das hessische Landesamt für Verfassungsschutz nach dem bereits für 2017 beschlossenen Stellenzuwachs um 30 Prozent mit einem Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre bis 2019 weiter auf 370 Planstellen ausgebaut werden. Damit würde das Amt seine personellen Ressourcen im Vergleich zum Referenzjahr 2000 (182 Stellen) annähernd verdoppeln.¹⁵⁴

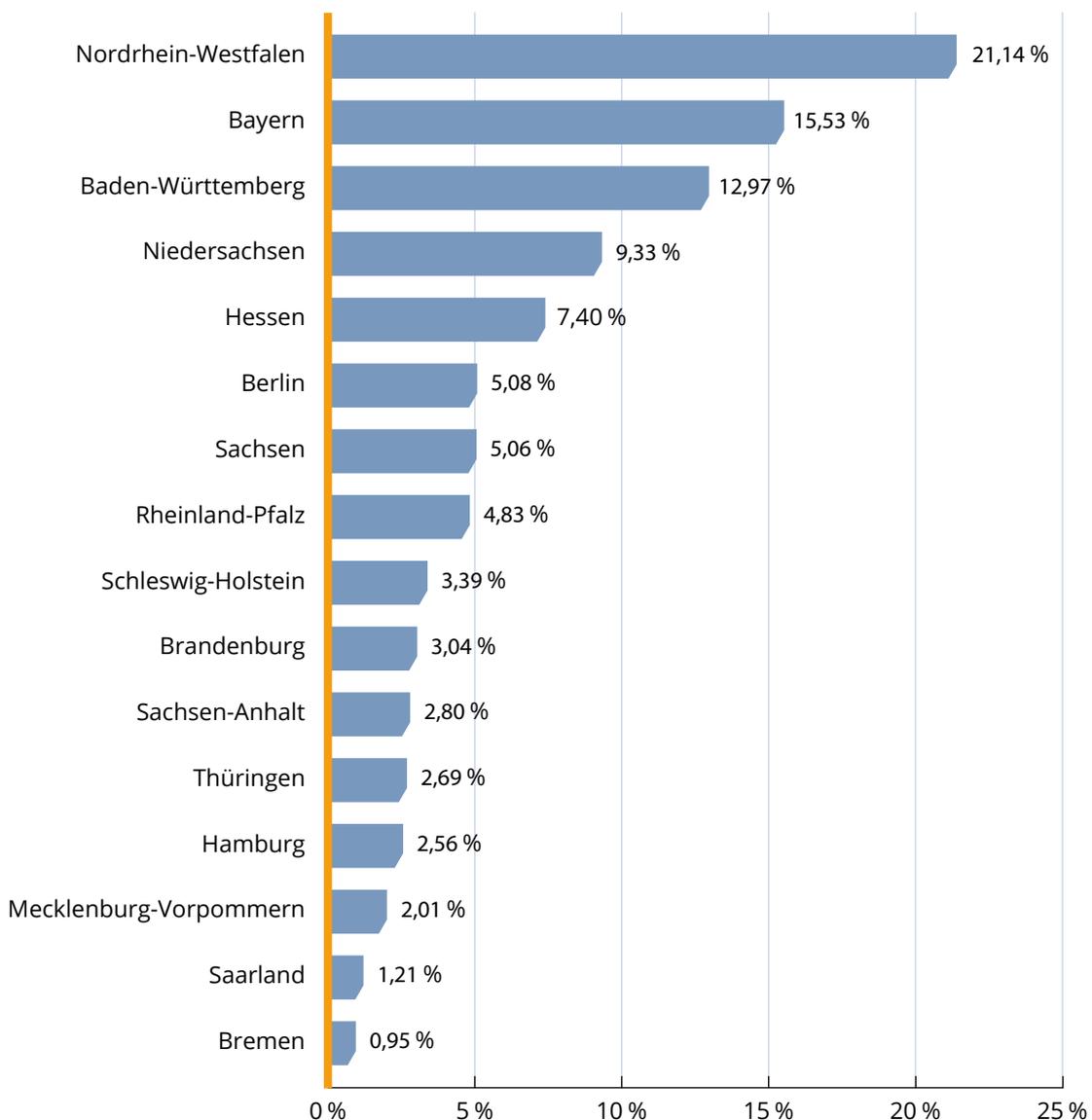
In der parlamentarischen Debatte zum ersten Gesetzesentwurf sprachen sich SPD und Linkspartei gegen das schwarz-grüne Gesetzesvorhaben aus, allerdings sehen sich auch die grünen Abgeordneten unter einem besonderen Druck. Auf dem Parteitag der hessischen Grünen von Hanau Mitte November 2017 hatte ein Antrag gegen das Verfassungsschutzkontrollgesetz eine knappe Mehrheit erhalten.¹⁵⁵ Es bleibt abzuwarten, wie die geplante Verfassungsschutzreform im Zeichen des nahenden Wahlkampfs weiter vorangetrieben wird.

4.5 Exkurs: Die Flüchtlingsherausforderung

Infolge der Entscheidung von Bundeskanzlerin Merkel (CDU), Anfang September 2015 die pauschale Einreise für in Ungarn unter elenden Umständen festgehaltene Flüchtlinge zu erlauben und zugleich die Dublin-Regelungen für syrische Flüchtlinge auszusetzen, wurde eine Kette von Ereignissen in Gang gesetzt: Von Tag zu Tag

schwoll ein Strom von Flüchtlingen an, auf den die Kommunen und Länder nicht vorbereitet waren. Nur dank der Unterstützung von freiwilligen Initiativgruppen, Helfern der Sozialverbände, der Kirchen und der Bundeswehr konnte die Versorgung und Unterbringung notdürftig sichergestellt werden.¹⁵⁶

Abbildung 11: Verteilungsquote nach dem Königsteiner Schlüssel 2017.



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Erstverteilung der Asylsuchenden (EASY), Verteilungsquoten 2017, <http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingschutz/AblaufAsylv/Erstverteilung/erstverteilung-node.html> (10.04.2018).

Die Bereitstellung von Unterbringungskapazitäten

Der immense Flüchtlingszuzug von 2015 stellte eine historisch einmalige und neue Situation für alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche dar, bei der insbesondere die Länder und die Kommunen bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben gefordert waren. Zur Gewährleistung einer fairen Verteilung der Hilfesuchenden auf die einzelnen Bundesländer dient traditionell der Königsteiner Schlüssel als Mechanismus. Dieser bezeichnet einen Berechnungsfaktor, der sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl des jeweiligen Landes zusammensetzt. Zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen greifen auf diesen Schlüssel zurück, um eine Antwort auf Kostenverteilungsfragen zwischen Bund und Ländern zu finden.¹⁵⁷ Der hessische Berechnungsfaktor beläuft sich für das Jahr 2016 auf 7,4 Prozent, dem die Zahlen zu Steueraufkommen und Bevölkerungszahlen von 2014 zugrunde liegen (2015: 7,3 Prozent; 2014: 7,3 Prozent). Zum Jahresende 2015, im Lichte einer immer größer werdenden administrativen Herausforderung, veröffentlichte die schwarz-grüne Landesregierung einen „Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“. Dessen Botschaft lautete: Wir handeln vorausschauend und packen an.

Schon im September 2014 war ein erstes Maßnahmenpaket Asyl vorgelegt worden, das unter anderem die Erhöhung der Pauschalen für die Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen um 15 Prozent umfasste und neue Standorte von Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge einrichtete. Hessen erhob zudem als erstes Bundesland die Forderung nach einer nationalen Asylkonferenz.¹⁵⁸ Eine weitere – durchaus weitreichende – Maßnahme der hessischen Landesregierung war die Einrichtung des ständigen Kabinettsausschusses „Koordination der Asyl- und Flüchtlingspolitik“. Der Ausschuss dient der politischen Koordination und Vernetzung der Arbeit der zuständigen Ressorts und Verwaltungsebenen, auch im Zusammenhang mit den Institutionen der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus identifiziert er Problemstellungen und entwickelt lösungsori-

entierete Zukunftsstrategien. Schließlich obliegen ihm auch die Koordinierung und die Bündelung der Kommunikation zu allen wesentlichen Fragestellungen in Bezug auf die Flüchtlingsthematik.¹⁵⁹ Insofern war die hessische Landesregierung im innerdeutschen Vergleich tatsächlich eine der ersten Regierungen, die sich der Flüchtlingsherausforderung zupackend annahm.

Ein wesentliches Präventionselement der hessischen Flüchtlingspolitik bestand darin, dass die hessische Polizei seit Dezember 2015 insgesamt 13 Erstaufnahmeeinrichtungen aufsuchte, um Flüchtlinge in afghanischer bzw. persischer und arabischer Sprache gegen mögliche Anwerbeversuche von Islamisten zu sensibilisieren. Laut Innenminister Beuth konnten seitdem mehr als 4.000 Flüchtlinge mit dem Beratungsangebot erreicht werden. Er unterstrich zudem, dass Polizisten das Konzept des „Freund und Helfers“ besonders glaubwürdig vermitteln konnten, da sie Flüchtlinge direkt in ihrer Muttersprache ansprechen und die teils bestehenden Vorurteile gegenüber Polizisten, die sie aus ihren Herkunftsländern zumeist nur als Teil eines autokratischen Systems kannten, entkräften konnten.¹⁶⁰

Im Jahr 2015 kamen 110.000 Schutzsuchende in Hessen an, wovon letzten Endes 75.000 in Hessen blieben.¹⁶¹ Wie andernorts bestand auch hier zunächst die größte Herausforderung darin, Unterbringungskapazitäten für diese große Zahl von Menschen zu schaffen. Anfang des Jahres 2015 hatten noch lediglich 4.000 Plätze für die Erstaufnahme bereitgestanden. Bis zum Januar 2016 gelang es, die Kapazität um das Zehnfache zu steigern und rund 40.000 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen einzurichten.¹⁶² Bereits vor Wintereinbruch konnte in Hessen auf die Zeltunterbringung verzichtet werden. Als Notunterkünfte genutzte Turnhallen konnten im Zuge des Ausbaus der Erstaufnahmeeinrichtungen im Frühjahr 2016 geräumt werden und somit wieder ihrem ursprünglichen Zweck dienen.¹⁶³ Auch in Zeiten höchster Zugänge von über 1.300 Menschen pro Tag im Oktober 2015 konnte erfolgreich Hilfe geleistet werden, sodass in Hessen kein Flüchtling obdachlos blieb.¹⁶⁴ Ähnlich wie in anderen Bundesländern kam es auch in Hessen

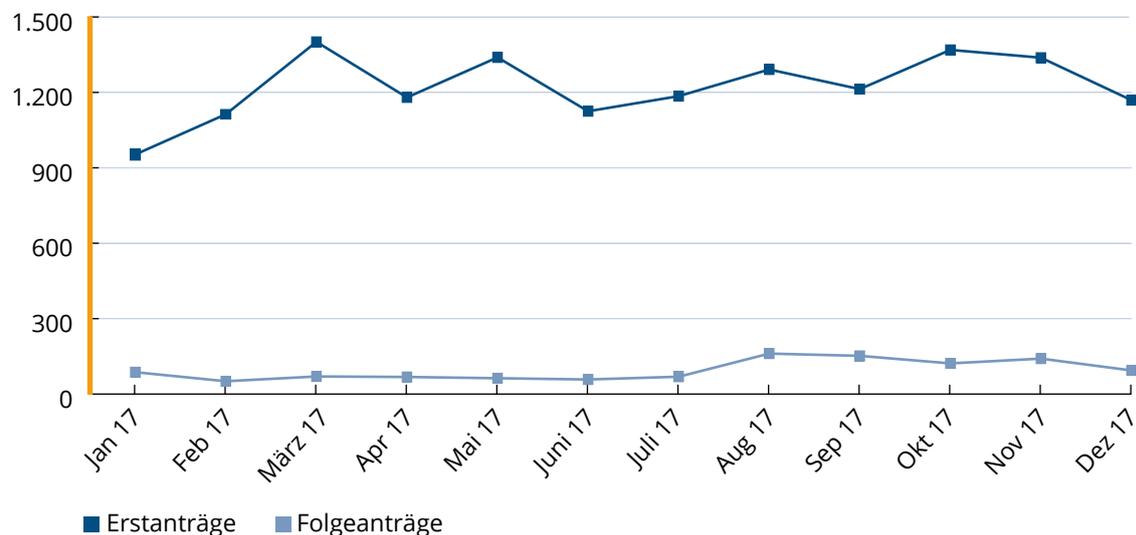
zu vereinzelt Fällen politisch motivierter Kriminalität gegen Flüchtlingsunterkünfte. Im Jahr 2015 wurden 28 Fälle, im Jahr 2016 insgesamt 25 Fälle gezählt, die zumeist den Straftatbestand der Sachbeschädigung und z.T. auch Propagandadelikte darstellten. 2017 waren die Zahlen deutlich rückläufig.¹⁶⁵

Sinkende Flüchtlingszahlen

Insbesondere die Schließung der sogenannten Westbalkan-Route im Frühjahr 2016 sorgte für einen Rückgang der Zugangszahlen, der auch in Hessen spürbar war. 2016 mussten insgesamt „nur“ noch rund 20.500 Flüchtlinge in Hessen aufgenommen werden, was weniger als ein Fünftel der Zahlen des Vorjahres darstellte.¹⁶⁶ Auf die geringeren Zugangszahlen reagierte die schwarz-grüne Landesregierung mit der Vorlage eines neuen Standortkonzeptes, das Hessens Minister

für Soziales und Integration, Grüttner, vorstellte. Dabei kündigte Grüttner die Reduzierung der aktiven Standorte auf insgesamt 19 mit ca. 20.000 Unterbringungsplätzen an.¹⁶⁷ Nach der Verringerung des Unterbringungsbedarfs ging es nun darum, das Angebot der kleiner werdenden Nachfrage anzupassen. Durch die Aufteilung in Aktiv- und Reservestandorte sowie durch die Schließung verschiedener Einrichtungen wurde ein neues System etabliert, das einerseits ressourcenschonend wirkte, andererseits aber auch flexibel in kurzer Zeit einem plötzlichen Anstieg hilfesuchender Menschen Sorge tragen könnte.¹⁶⁸ Im Falle eines erneuten Anstiegs der Flüchtlingszahlen, so Grüttner, könne Hessen in einem stufenweisen Verfahren die Reservestandorte innerhalb kurzer Vorlaufzeit aktivieren: Neben den 20.000 festen Unterbringungsplätzen existiert nun eine passive Reserve von ca. 15.000 Plätzen.¹⁶⁹

Abbildung 12: Asylanträge in Hessen 2017.

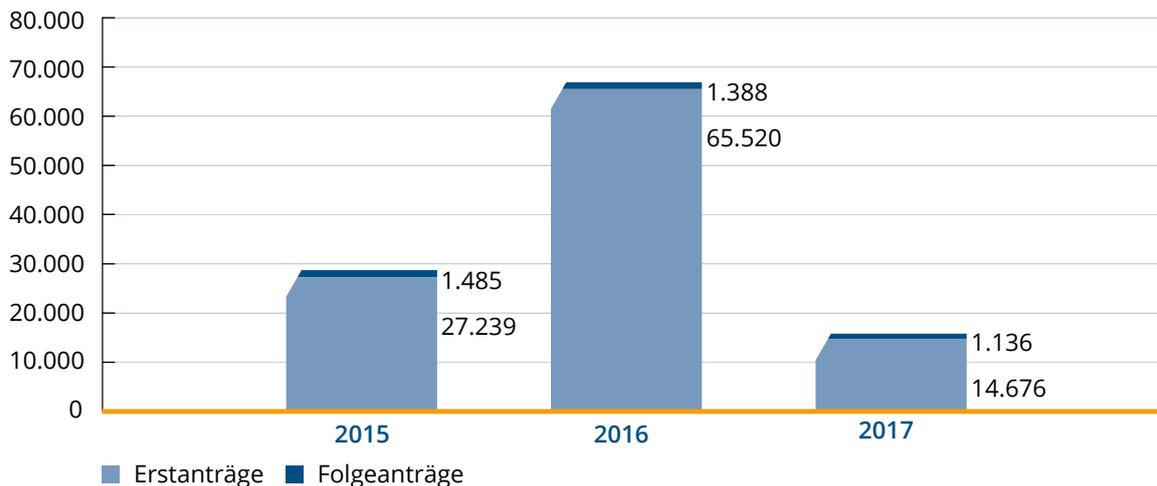


Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Asylgeschäftsberichte 2017, <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/Asylgesch%C3%A4ftsbericht/asylgeschaeftsbericht-node.html> (10.04.2018).

Auch in der zweiten Jahreshälfte 2016 setzte sich der Trend eines immer kleiner werdenden Zuzugs fort: Ab Juli 2016 reisten in Hessen monatlich durchschnittlich noch 1.400 Asylsuchende ein; im Januar und Februar 2017 waren es in beiden Monaten zusammen nur noch 2.000, seit der Jahresmitte 2017 sind die monatlichen Zahlen zum Teil nur noch dreistellig.¹⁷⁰ Dieser deutlichen Abnahme entsprach die schwarz-grüne Landesregierung mit weiteren sukzessiven Schließungen:

Das derzeitige Standortkonzept umfasst noch neun aktive Standorte mit ca. 10.300 verbleibenden Belegungsplätzen, wovon rund 2.700 Plätze so organisiert sind, dass diese als sogenannte Aktivreserve je nach Auslastung flexibel zu- oder abgeschaltet werden können.¹⁷¹ Außerdem werden vier Liegenschaften mit einer Kapazität von ca. 3.000 Plätzen als Passiv-Standorte vorgehalten, die gegebenenfalls zeitnah aktivierbar sind.¹⁷²

Abbildung 13: Erst- und Folgeasylanträge Hessen.



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Asylgeschäftsberichte 2017, <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/Asylgesch%C3%A4ftsbericht/asylgeschaeftsbericht-node.html> (10.04.2018).

Präventionsarbeit in der Flüchtlingsherausforderung

Wie bereits erwähnt, setzt(e) die hessische Innenpolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit. Dies zeigte sich auch im Zuge der Flüchtlingsherausforderung. Unter der Federführung des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus (HKE) wurden seit Beginn des Jahres 2016 in verschiedenen Flüchtlingsunterkünften sowohl Mitarbeiter als auch Bewohner in diversen Informationsveranstaltungen über Sicherheitsaspekte informiert. Insgesamt verzeichnet die Statistik 27 Informationsveranstaltungen, womit ca. 4.100 Geflüchtete erreicht wurden. Diese wurden zur Rolle der Polizei im Allgemeinen sowie im Hinblick auf wichtige

demokratische Grundwerte geschult. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden vom Landesamt für Verfassungsschutz seit Januar 2016 diverse Multiplikatoren-Schulungen in verschiedenen Erstaufnahmeeinrichtungen durchgeführt, bei denen mehr als 1.000 Mitarbeiter in den Erstaufnahmeeinrichtungen für die Sicherheitslage der Flüchtlinge und für die Gefahr durch Extremisten sensibilisiert wurden.¹⁷³

Koalitionsinterne Kontroversen

Wie hätte es bei diesem sensiblen Thema an der Schnittstelle von humanitärer Hilfe einerseits und Integrations- und Sicherheitserfordernissen andererseits zwischen Schwarz und Grün auch anders sein können?

Über die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Asylpakete gab es engagierte Kontroversen nicht nur in der hessischen Landesregierung, sondern auch in den Landtagsfraktionen und in den jeweiligen Parteigliederungen. Die beiden im Oktober 2015 und im Februar 2016 auf den Weg gebrachten Asylpakete sahen u.a. die Öffnung der Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auch für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive, die auf zwei Jahre terminierte Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte sowie die Eigenbeteiligung an Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit zehn Euro monatlich vor. Damit folgten diese Maßnahmen dem Prinzip des „Forderns und Förderns“. Am Ende trug die hessische Landesregierung beide Asylpakete im Bundesrat mit, allerdings unter großen innerparteilichen Protest bei den Grünen.¹⁷⁴ Der nach außen hin größte Imageschaden für die Grünen war ohne Zweifel der Rücktritt ihrer flüchtlingspolitischen Sprecherin im Landtag, Mürvet Öztürk, die aus Protest über die sich abzeichnende Zustimmung ihrer Partei zum Kurs der Bundesregierung ihre Fraktion verließ und bis heute als fraktionslose Abgeordnete im hessischen Landtag sitzt.¹⁷⁵ Bei der geplanten Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien legte ein Kleiner Parteitag der Grünen im Juni 2016 ein Veto ein. Letztlich konnte dieses Vorhaben dann im Bundesrat ohnehin nicht durchgesetzt werden.

Es erwies sich als koalitionsstabilisierend, dass die neuralgischen Fragen der Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik nicht auf Landes-, sondern auf Bundesebene zu entscheiden waren. Das, was im Land vor Ort zu entscheiden und zu administrieren war, wurde auffallend „geräuschlos“, pragmatisch, effizient von Schwarz und Grün getragen und vorangetrieben. „Den Ball flach halten und öffentliche Zuspitzungen vermeiden: Hessens schwarz-grüne Koalition zieht in der Flüchtlingspolitik an einem Strang und versucht, auch die Kommunen und die Wirtschaft ins Boot zu holen,“¹⁷⁶ so lautete das anerkennende Urteil der Heinrich-Böll-Stiftung, während selbst die *Frankfurter Rundschau* der Landesregierung

attestiert, die Flüchtlingsherausforderung „professionell angenommen“¹⁷⁷ zu haben.

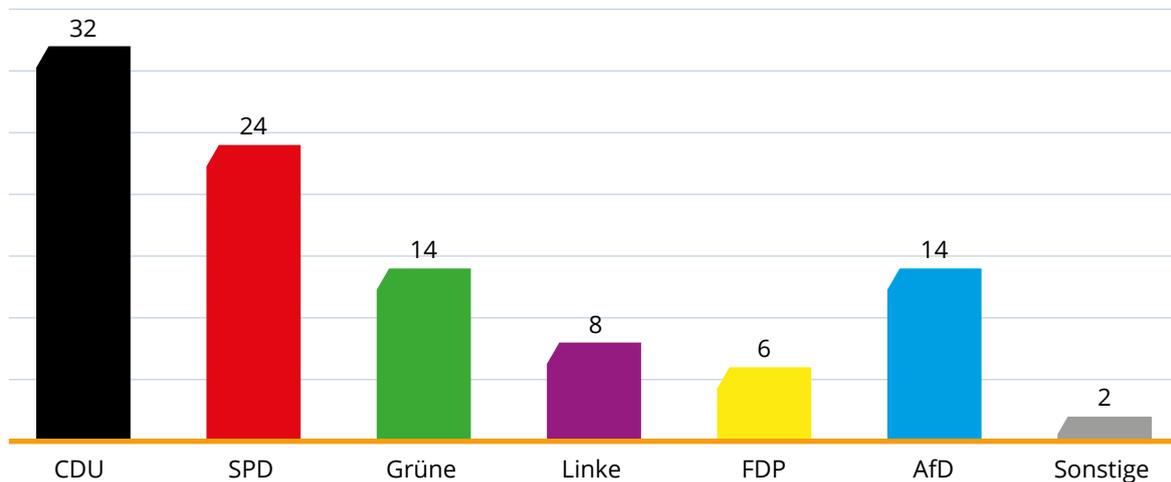
Schwarz-Grün in den Umfragen

Eineinhalb Jahre nach der Landtagswahl veröffentlichte Infratest dimap im Juli 2015 eine viel beachtete Umfrage, der zufolge beide Regierungspartner von dem Bündnis profitierten: Im Vergleich zum Landtagswahlergebnis legten beide Regierungsparteien jeweils um drei Prozentpunkte zu: Die CDU kam in der Sonntagsfrage auf 41 Prozent, die Grünen auf 14 Prozent. Mehr noch: Befragt nach ihrer präferierten Koalition votierten stolze 60 Prozent der hessischen Wähler für Schwarz-Grün.¹⁷⁸ Diese Zahlen stammen noch aus der Zeit vor der Flüchtlingskrise im Spätsommer 2015, infolge derer die AfD massiv an Wählerzuspruch hinzugewinnen konnte.

Dies schlug sich in einer Umfrage des Hessischen Rundfunks vom Januar 2016 nieder. Bei der „Sonntagsfrage“ kam die AfD auf zwölf Prozent, womit Schwarz-Grün erstmals seit einem Jahr mit aufaddierten 45 Prozent auf keine eigene Mehrheit gekommen wäre.¹⁷⁹ Nach wieder sinkenden Umfragewerten der AfD, die mit dem Verblässen der medialen Dauerdominanz der Flüchtlings-thematik in der öffentlichen Wahrnehmung im Zusammenhang standen, gelang es Schwarz-Grün im Laufe des Jahres 2016 allerdings, sich in der Wählergunst wieder deutlich zu verbessern. Im August 2016 maß Infratest dimap einen aufaddierten Stimmenanteil von 49 Prozent für CDU und Grüne; zugleich erklärten sich 62 Prozent der Wähler mit der Arbeit der Landesregierung einverstanden. CDU-Generalsekretär Manfred Pentz kommentierte: „Das ist nicht nur ein enormer Vertrauensbeweis, sondern zugleich der höchste in dieser Wahlperiode bisher gemessene Wert.“¹⁸⁰

Im Hessentrend zu Beginn des Jahres 2017 allerdings verlor das schwarz-grüne Bündnis wieder an Zustimmung, auch bei Neuwahlen käme Schwarz-Grün auf keine Mehrheit mehr. Rechnerisch würde es dieser Umfrage zufolge nur für eine Große Koalition oder eine Regierung aus CDU, Grünen und FDP reichen.

Abbildung 14: Hessentrend Januar 2017.

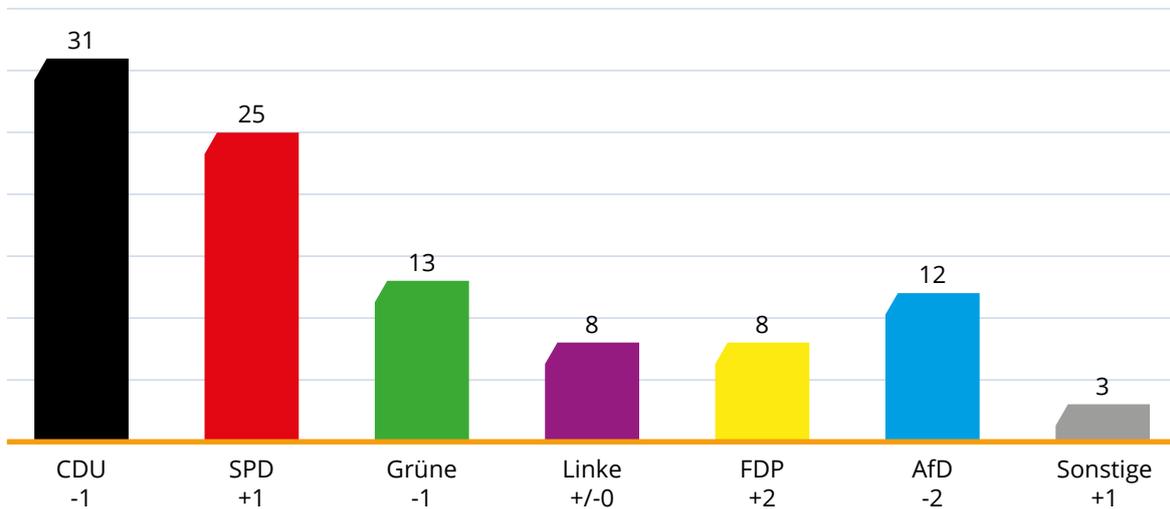


Quelle: *hessenschau.de: hr-Hessentrend, Januar 2017*, <http://www.hessenschau.de/politik/neuer-hessentrend-cdu-schwaecher-kostet-koalition-die-mehrheit,hessentrend-2017-100.html> (01.11.2017), eigene Darstellung.

Ein besonders interessanter Befund des Hessentrends von Anfang 2017 ist, dass Schwarz-Grün die Mehrheit verlieren würde, obwohl ein zuvor noch nie so hoch gemessener Wert von 87 Prozent der Wahlberechtigten die wirtschaftliche Lage insgesamt positiv einschätzte und 54 Prozent zuversichtlich in die eigene Zukunft blickten. Das bedeutete immerhin einen Zuwachs von zwölf Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr.¹⁸¹ Eigentlich wäre es zu erwarten gewesen, dass die amtierende Regierung stärker von dieser guten Stimmung im Land profitierte.

Ähnlich positive Werte konnten im Dezember 2017 auch im „Zukunftsmonitor“ gemessen werden. So blickten 75 Prozent der Befragten „eher optimistisch“ in die Zukunft und bewerteten ihre persönliche wirtschaftliche Situation überwiegend „sehr gut“ (19 Prozent) oder „eher gut“ (66 Prozent).¹⁸² Bouffier zeigte sich vom Ergebnis sehr erfreut: „Das sind sehr gute Werte, die allesamt über dem Bundesdurchschnitt liegen und zeigen, dass es der großen Mehrheit in Hessen gut geht und sie zufrieden und gleichzeitig optimistisch ist.“¹⁸³

Abbildung 15: Hessentrend Januar 2018.



Quelle: *hessenschau.de: hr-Hessentrend, Januar 2018*, http://www.hessenschau.de/politik/ht18_02_sonntag_16x-100~_t-1516355756079_v-16to7.png (12.04.2018), eigene Darstellung.

Im Januar 2018 erschienen die jüngsten Umfragedaten von Infratest dimap, die die Stimmung im Land zu Beginn des Wahljahres maßen. Der generelle Trend, der sich bereits bei den vergangenen Umfragen abgezeichnet hat, wurde erneut bestätigt: Schwarz-Grün kann nicht darauf setzen, erneut eine eigene Mehrheit zu bekommen. Dies ist allerdings weniger auf die eigene Regierungsbilanz, sondern vielmehr auf die veränderten Rahmenbedingungen des Parteiensystems insgesamt zurückzuführen, und hierbei vor allem auf den Aufschwung für die AfD. Für diesen Befund spricht, dass die Grundstimmung im Land und die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen

Lage weiterhin Spitzenwerte erreichen. Allerdings profitieren die Regierungsparteien davon nicht spürbar. Immerhin scheint das Thema Flüchtlinge in den Augen der Wähler an Bedeutung zu verlieren. Als wichtigstes Thema wird vom hessischen Wähler den Umfragedaten zufolge die Bildung erachtet. Generell stehen CDU und SPD im Vergleich zum Landtagswahlergebnis von 2013 deutlich schwächer da, wohingegen Grüne, AfD, FDP und Linkspartei sämtlich bessere Umfragergebnisse aufweisen. Insofern zeichnet sich erneut eine spannende Wahl für Hessen ab.

4. Schwarz-grünes Regieren in Hessen

- 1 Vgl. zur weit reichenden Geschichte der Konflikte um den Ausbau des Frankfurter Flughafens: Konrad Schacht: Konflikte um Großprojekte. Flughafenerweiterungen zwischen Effizienz und Legitimität, in: Schroeder/Neumann (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, S. 313–335.
- 2 Vgl. Richard Rother: Der Kracher für Schwarz-Grün. Streit um den Frankfurter Flughafen, in: tageszeitung vom 23. November 2013.
- 3 Vgl. O. V.: Flughafen. Schwarz-Grün unter Beschuss, in: Frankfurter Neue Presse vom 13. Dezember 2013, <http://www.fnp.de/rhein-main/Flughafen-Schwarz-gruen-unter-Beschuss;art801,707875> (10.04.2018).
- 4 Zit. nach Timo Frasnich: Die Kunst des Unmöglichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05. März 2015.
- 5 Vgl. Pitt von Bebenburg: Was hat Schwarz-Grün für Hessen gebracht?, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Juni 2016.
- 6 Vgl. Sturm: Schwarz-grüne Koalitionspolitik in den Ländern, S. 56.
- 7 Zit. nach Timo Reuter: Grüne und Frankfurter Flughafen. Macht statt Widerstand, in: tageszeitung vom 13. August 2014.
- 8 Vgl. hierzu exemplarisch eine Auswahl der Frankfurter Neue Presse: Lesermeinungen vom 14. Juni 2016, <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/LESERMEINUNG;art675,1958177> (10.04.2018).
- 9 Vgl. Susanne Höll: Ein Jahr Schwarz-Grün in Hessen, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. November 2014.
- 10 Zur genauen Aufschlüsselung der Wahlergebnisse siehe <http://wahlergebnisse.hessenschau.de/wahlen/kommunalwahl2016/index.html> (10.04.2018).
- 11 Vgl. Günter Murr: Kommunalwahl in Frankfurt. Grüne verloren besonders viel, in: Frankfurter Neue Presse vom 08. März 2016.
- 12 Von Georg Leppert: Grüne in Frankfurt. Frankfurts Grüne stimmen für Koalition, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Mai 2016, <http://www.fr.de/frankfurt/gruene-in-frankfurt-frankfurts-gruene-stimmen-fuer-koalition-a-355578> (10.04.2018).
- 13 Vgl. O. V.: Schwarz-Grün uneins über Billigflieger-Angebot am Airport Frankfurt, in: FOCUS online vom 02. November 2011, http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/schwarz-gruen-uneins-ueberbilligflieger-angebot-am-airport-frankfurt_id_6148083.html (10.04.2018).
- 14 Vgl. O. V.: Wegstrecke mit Schlaglöchern. Kommentar zu drei Jahren Schwarz-Grün in Hessen, in: Offenbacher Post online vom 17. Januar 2017, <https://www.op-online.de/hessen/drei-jahre-schwarz-gruen-hessen-7299516.html> (10.04.2018).
- 15 Vgl. Ludger Fittkau: Spatenstich für „Terminal 3“. Ein Flughafenprojekt für Schwarz-Grün, in: Deutschlandfunk Kultur vom 05. Oktober 2015, http://www.deutschlandfunkkultur.de/spatenstich-fuer-terminal-3-ein-flughafenprojekt-in-schwarz.1001.de.html?dram:article_id=333000 (10.04.2018).
- 16 Vgl. O. V.: Fluglärm: Geplagte Kommunen sollen Entschädigung bekommen. Dpa-Meldung vom 26. September 2017.
- 17 Vgl. Gisela Kirschstein: Lärmobergrenze: Al-Wazir will Lärm in Frankfurt für Zukunft deckeln – Leiser wird es nicht, in: Mainz& vom 27. September 2017, <http://www.mainzund.de/laermobergrenze-al-wazir-fluglaerm-frankfurt-deckeln/> (10.04.2018).
- 18 Vgl. Bündnispapier Lärmobergrenze. Fluglärm gemeinsam begrenzen – das Mediationsergebnis vollenden. Wiesbaden, 07. November 2017, https://wirtschaft.hessen.de/sites/default/files/media/hmwvl/2017-11-07_log-buendnis-papier_final.pdf (10.04.2018). Vgl. auch die überblicksartige Darstellung der Pläne auf der Webpräsenz des hessischen Wirtschaftsministeriums: <https://wirtschaft.hessen.de/presse/pressemitteilung/fluglaerm-gemeinsam-begrenzen-das-mediationsergebnis-vollenden> (10.04.2018).
- 19 Vgl. Jutta Rippegather: Kompromiss beim Fluglärm, in: Frankfurter Rundschau vom 07. November 2017.
- 20 Vgl. Gisela Kirschstein: Lärmobergrenze am Frankfurter Flughafen gilt, in: Mainz& vom 07. November 2017, <http://www.mainzund.de/laermobergrenze-am-frankfurter-flughafen-gilt-freiwillige-vereinbarung-soll-den-fluglaerm-anstieg-fuer-die-zukunft-begrenzen/> (10.04.2018).
- 21 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Klimaschutzplan 2050. Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung, in: http://www.bmubund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf (10.04.2018), S. 6.
- 22 Vgl. TENNET: SuedLink. Die Windstromleitung, in: <https://www.tennet.eu/de/unser-netz/onshore-projekte-deutschland/suedlink/> (10.04.2018).
- 23 Vgl. Peter Hanack: Südlink in Hessen. Mitreden bei der Stromautobahn, in: <http://www.fr.de/rhein-main/suedlink-in-hessen-mitreden-bei-der-stromautobahn-a-517329> (10.04.2018).
- 24 Vgl. Ludger Fittkau: Hessen. Zweifel an Südlink-Windstromtrasse, in: Deutschlandfunk vom 16. Februar 2015, http://www.deutschlandfunk.de/hessen-zweifel-an-suedlink-windstromtrasse.697.de.html?dram:article_id=311768 (10.04.2018).
- 25 Vgl. die Artikelübersicht zum Widerstand vieler Gemeinden auf der Webpräsenz der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen, <https://www.hna.de/thema/suedlink-org278078/index-vc-357521-1.html#id-swiper-357521> (10.04.2018).
- 26 Vgl. Florian Gathmann: Grün sein, schweigen, mitregieren, in: SPIEGEL online vom 19. Februar 2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koalition-mit-der-cdu-gruene-glaubwuerdigkeit-kommentar-a-1019110.html> (10.04.2018). Vgl. darüber hinaus: Manuel Bewarder/Martin Greive/Claudia Kade: „Seehofer ist ein Störfall für die Energiewende“, in: Die Welt vom 05. Februar 2015.
- 27 Vgl. O. V.: Netzausbau. Südlink-Stromtrasse soll durch Thüringen verlaufen, in: Mitteldeutscher Rundfunk vom 07. März 2015, <http://www.mdr.de/thueringen/suedlink-tennet-thueringen-100.html> (01.11.2017). Vgl. Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus vom 21. Dezember 2015, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/gesetz-zur-aenderung-von-bestimmungen-des-rechts-des-energieleitungsbaus.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (10.04.2018).
- 28 Vgl. Sven Kühling: Tennet stellt den Korridor vor. Stromtrasse Suedlink: Erdkabel soll nicht mehr durch Kreis Kassel führen, in: Hessisch-Niedersächsische Allgemeine vom 28. September 2016, <https://www.hna.de/kassel/kreis-kassel/kreis-kassel-ort306256/stromtrasse-suedlink-erdkabel-soll-nicht-mehr-durch-kreis-kassel-fuehren-6789848.html> (10.04.2018).

- 29 Vgl. Christoph Scheld: Vorschläge für Erdkabel-Korridore. Wird Suedlink-Stromtrasse an Hessen vorbei gebaut?, in: Hessische Rundschau vom 27. September 2016, <http://www.hessenschau.de/wirtschaft/suedlink-stromtrasse-koennte-an-hessen-vorbei-fuehren,suedlink-100.html> (01.11.2017).
- 30 Vgl. Ludger Fittkau: Stromautobahn „Südlink“. Die Bürger von Sinnthal geben nicht auf, in: Deutschlandfunk Kultur vom 10. Februar 2017, http://www.deutschlandfunkkultur.de/stromautobahn-suedlink-die-buerger-von-sinnthal-geben-nicht.1001.de.html?dram:article_id=378606 (10.04.2018).
- 31 Vgl. Christian Stang: Infrastruktur in Hessen: Von ICE-Strecken bis zur Förderung des Fahrradfahrens, in: Wiesbadener Kurier vom 12. März 2015.
- 32 Vgl. ebd.
- 33 Vgl. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung: Land startet Sanierungs-offensive 2016–2022, <https://wirtschaft.hessen.de/presse-archiv/pressemitteilung/land-startet-sanierungs-offensive-2016-2022> (10.04.2018).
- 34 Vgl. Jochen Remmert: Hessen. Scharfe Rüge für Schwarz-Grün wegen Infrastruktur, in: faz.net vom 10. November 2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/wirtschaft/dgb-hessen-und-vhu-sehen-defizite-bei-infrastruktur-14520992.html> (10.04.2018).
- 35 Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ökologischer Landbau. Mehr Bio für Hessen vom Juni 2017, https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/oeologischer_landbau_-_mehr_bio_fuer_hessen_web_3.pdf (10.04.2018).
- 36 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Pressemitteilung vom 15. Juli 2014, <http://www.gruene-hessen.de/landtag/pressemitteilungen/novelle-zum-waldgese/> (10.04.2018).
- 37 Vgl. die Webpräsenz <http://www.frackingfreieshessen.de/> (10.04.2018).
- 38 Vgl. O. V.: Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft, in: https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/erweiterung_pakt_finale_fassung.pdf (10.04.2018).
- 39 Vgl. Ralf Euler: Bauern auf dem Ökotrip, in: faz.net vom 08. Dezember 2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/kommentar-bauern-auf-dem-oeo-trip-14562453/priska-hinz-aktivistin-14565290.html> (10.04.2018).
- 40 Vgl. Priska Hinz: Ein Plan, ein Ziel. Hessen wird klimaneutral, in: Grüne Fläche. Zeitschrift von Bündnis 90/DIE GRÜNEN 2 (2017), S. 4–5.
- 41 Vgl. Hessischer Landtag: Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend Einsetzung einer Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“, Drs. 19/2566 vom 10. November 2015, starweb.hessen.de/cache/DRS/19/6/02566.pdf (10.04.2018).
- 42 Die Mitglieder waren Jürgen Banzer (CDU) als Vorsitzender, Heike Hofmann (SPD) als stellvertretende Vorsitzende sowie Walter Arnold (CDU), Lena Arnoldt (CDU), Ralf-Norbert Bartelt (CDU), Christian Heinz (CDU), Tobias Utter (CDU), Handan Özgüven (SPD), Norbert Schmitt (SPD), Michael Siebel (SPD), Marius Weiß (SPD), Frank Kaufmann (Grüne), Karin Müller (Grüne), Ulrich Wilken (Linke) und Jörg-Uwe Hahn (FDP).
- 43 Ständige Teilnehmer waren Hessischer Städte- und Gemeindebund, Hessischer Städtetag, Hessischer Landkreistag, Kommissariat der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen, Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen, Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, DITIB Landesverband Hessen e. V., Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern, DGB, Bezirk Hessen-Thüringen, DBB Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Hessen, Liga der freien Wohlfahrtsverbände, NABU Naturschutzbund Landesverband Hessen e. V., Hessischer Jugendring, Transparency International, Hessischer Richterbund.
- 44 Vgl. <https://hessischer-landtag.de/content/verfassungskonvent> (10.04.2018).
- 45 Vgl. <https://hessischer-landtag.de/content/protokolle-der-%C3%B6ffentlichen-sitzungen-der-enquetekommission> (01.11.2017).
- 46 https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/EKV_Gesamtuebersicht.pdf (10.04.2018).
- 47 https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/EKV_Gesamtuebersicht.pdf (10.04.2018).
- 48 Vgl. zum Beratungsstand <https://hessischer-landtag.de/content/enquetekommission-verfassung-aktueller-beratungsstand> (10.04.2018).
- 49 Vgl. Christian Stang: Vier Fraktionen legen gemeinsames Paket zur Verfassungsreform vor, in: Allgemeine Zeitung vom 28. November 2017.
- 50 Zu den im Folgenden genannten ungefähr geschätzten Zahlen zu Einsparungen vgl. O. V.: Wo Schwarz-Grün sparen will – und wo nicht, in: dpa-Meldung vom 17. Dezember 2013.
- 51 Vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Informationsseite Heureka, <https://wissenschaft.hessen.de/wissenschaft/bauprogramm-heureka/vier-milliarden-euro-fuer-die-modernisierung-der-hochschulen> (10.04.2018).
- 52 Vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Informationsseite Loewe, <https://wissenschaft.hessen.de/wissenschaft/landesprogramm-loewe/staerkung-der-hessischen-forschungslandschaft> (10.04.2018).
- 53 Thorsten Winter: Hessens Wirtschaft und DGB rügen Schwarz-Grün, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Dezember 2013.
- 54 Vgl. ebd.
- 55 Vgl. ebd.
- 56 Vgl. O. V.: Landesbeamte protestieren gegen Sparprogramm, in: Haufe-Verlagsgruppe vom 16. Dezember 2014, https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/haushalt-finanzen/hessen-landesbeamte-protestieren-gegen-sparprogramm_146_286100.html (10.04.2018).
- 57 Vgl. dpa-Meldung: Schwarz-Grün steht zu Nullrunde bei Abgeordneten-Diäten, zit. nach Die Welt vom 19. Juni 2015, <https://www.welt.de/regionales/hessen/article142755970/Schwarz-Gruen-steht-zu-Nullrunde-bei-Abgeordneten-Diaeten.html> (10.04.2018).
- 58 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Mitteilung zum Haushalt 2016, o. D., in: <https://finanzen.hessen.de/haushalt/haushalt-2016/hessen-hilft> (10.04.2018). Hessisches Ministerium der Finanzen: Ausgaben für Flüchtlingshilfe bleiben

- auf hohem Niveau, o. D., in: <https://finanzen.hessen.de/haushalt/haushalt-2017/ausgaben-fuer-fluechtlingshilfe-bleiben-auf-hohem-niveau> (10.04.2018).
- 59 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Pressemitteilung vom 16. Juli 2014, <https://finanzen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/finanzminister-dr-thomas-schaefer-betont-die-notwendigkeit-einer-1> (10.04.2018).
- 60 Vgl. Newsletter der hessischen Landesregierung vom 09. September 2016, in: <https://aktuelle-woche.hessen.de/ausgabe-552/hessen-st%c3%b6%c3%9ft-reform-der-grund-erwerbsteuer> (10.04.2018).
- 61 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Pressemitteilung vom 22. März 2017, in: <https://finanzen.hessen.de/presse/pressemitteilung/finanzminister-dr-thomas-schaefer-spricht-zum-thema-grunderwerbsteuer-im> (10.04.2018). Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Pressemitteilung vom 16. Oktober 2017, <https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/reform-der-grunderwerbsteuer-darf-nicht-mit-der-heissen-nadel-gestrickt> (10.04.2018).
- 62 Vgl. Interview mit Thomas Schäfer: „Schwarz-Grün ist ein Gesamtkunstwerk“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08. August 2014.
- 63 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Finanzminister Dr. Schäfer und Innenminister Beuth stellen Programm zur Entschuldung hessischer Kommunen von Kassenkrediten zur Förderung kommunaler Investitionen vor. Pressemitteilung vom 04. Juli 2017, <https://finanzen.hessen.de/presse/pressemitteilung/finanzminister-dr-schaefer-und-innenminister-beuth-stellen-programm-zur> (10.04.2018).
- 64 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Das Investitionsprogramm der Hessenkasse. Präsentation zur Pressekonferenz vom 24. Oktober 2017, https://finanzen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/hessenkasse_-_praesentation_pressekonferenz_investitionsprogramm_24._oktober_2017.pdf (10.04.2018). Hessisches Ministerium der Finanzen/ Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Informationsbroschüre zur Hessenkasse, Wiesbaden, 2017, <http://docplayer.org/54284496-Die-hessenkasse-ermoeglicht-unseren-kommunen-einen-neustart.html> (10.04.2018).
- 65 Vgl. FDP: „Hessenkasse“ ist gewaltige Bad-Bank. Pressemitteilung vom 04. Juli 2017, <https://fdp-fraktion-hessen.de/meldung/hessenkasse/> (10.04.2018).
- 66 Zit. nach O. V.: „Unausgewogen und unfair“. Neue Hessenkasse stößt auf Kritik, in: dpa-Meldung vom 04. Juli 2017.
- 67 Zit. nach Ewald Hetrodt: Die Uhr tickt langsamer. Verschuldung des Landes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07. Januar 2015.
- 68 Hessisches Ministerium der Finanzen: Informationsseite Schwarze Null, o. D. <https://finanzen.hessen.de/haushalt/schwarze-null> (10.04.2018).
- 69 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Doppelt gut! Vorstellung des Landeshaushalts 2018/2019 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2021, Wiesbaden, 2017, https://www.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/haushalt_2018-2019_-_praesentation_haushaltsentwurf_am_11._september_2017.pdf (10.04.2018).
- 70 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Finanzminister Dr. Schäfer stellt Haushaltsentwurf 2018/19 vor. Pressemitteilung vom 11. September 2017, <https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/finanzminister-dr-schaefer-stellt-haushaltsentwurf-20182019-vor-0> (10.04.2018).
- 71 Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Der bundesstaatliche Finanzausgleich, Berlin o.J., https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederales_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/DER-Bundestaatliche-FAG.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (10.04.2018), S. 1.
- 72 Insgesamt sind fünf Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht eingegangen, vier Urteile wurden gesprochen: 20. Februar 1952 (1 BvF 2/51); 24. Juni 1986 (BVerfGE 72, 330); 27. Mai 1992 (BVerfGE 86, 148); 11. November 1999 (BVerfGE 101, 158); sowie die noch näher zu thematisierende Klage vom 25. März 2013, die jedoch ohne Urteil geblieben ist, da die Klage seitens der Kläger Bayern und Hessen im September 2017 zurückgezogen wurde.
- 73 Vgl. O. V.: Klage gegen Länderfinanzausgleich: „Die Schmerzgrenze ist erreicht“, faz.net vom 05. Februar 2013, <http://www.faz.net/1.2051768> (10.04.2018).
- 74 Vgl. hierzu u.a. Arne Dedert: Bayern und Hessen reichen Klage gegen Länderfinanzausgleich ein, in: Augsburgische Allgemeine vom 25. März 2013, <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Bayern-und-Hessen-reichen-Klage-gegen-Laenderfinanzausgleich-ein-id24592131.html> (10.04.2018). Vgl. ferner O. V.: Im Gespräch: Hessens Ministerpräsident Bouffier: „Die Finanzierung Berlins war nie so gedacht“, in faz.net vom 04. Februar 2013, <http://www.faz.net/1.2049889> (10.04.2018).
- 75 So unter anderem der seinerzeitige NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) in einem Diskussionspapier der CESifo-Group vom Mai 2013: „Geschuldet ist [die Klage] letztlich wohl dem Landtagswahlkampf, in dem den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl vermittelt werden soll, man setze sich nachhaltig für die Interessen des eigenen Landes ein.“ Vgl. CESifo: Klage gegen den Länderfinanzausgleich: Ein richtiger Schritt gegen unfaire Verteilung?, in: ifo Schnelldienst, 66 (09), S. 3–20.
- 76 Vgl. dazu auch Hessische Staatskanzlei: Eckpunkte der Klage gegen den Länderfinanzausgleich, Wiesbaden, 2013, https://staatskanzlei.hessen.de/sites/default/files/media/anlage_1_kabinettsitzung.pdf (10.04.2018), S. 2.
- 77 Vgl. O. V.: Im Gespräch: Hessens Ministerpräsident Bouffier: „Die Finanzierung Berlins war nie so gedacht“, in faz.net vom 04. Februar 2013, <http://www.faz.net/1.2049889> (10.04.2018).
- 78 Ein Forschungsverbund bestehend aus dem Center for Economic Studies (CES), dem ifo Institut und der CESifo GmbH – Münchener Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftswissenschaft.
- 79 CESifo 2013, S. 7.
- 80 Vgl. Deutscher Bundesrat: Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften, Pub. L. No. 431/17, 431/17 Drucksache 431/17 63 (2017).
- 81 Vgl. Tobias Hentze: Die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs. Was der neue Finanzkraftausgleich für Bund und Länder bedeutet. IW policy paper 16/2017, Köln, 2017, S. 8.
- 82 Vgl. Jürgen W. Hidi: Der bundesstaatliche Finanzausgleich in Deutschland. Geschichtliche und staatsrechtliche Grundlagen, Baden-Baden, 1999, S. 43.

- 83 Vgl. Tobias Hentze: Die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs. Was der neue Finanzkraftausgleich für Bund und Länder bedeutet. IW policy paper 16/2017, Köln, 2017, S. 18 f.
- 84 Vgl. ebd., S. 3.
- 85 Vgl. ebd., S. 13.
- 86 Vgl. ebd., S. 4.
- 87 Vgl. O. V.: Länderfinanzausgleich: Hessen und Bayern ziehen Klage zurück. hessenschau.de vom 05. September 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/laenderfinanz-ausgleich-hessen-und-bayern-ziehen-klage-zurueck,klage-finanzausgleich-100.html> (10.04.2018).
- 88 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 29–37.
- 89 Vgl. ebd., S. 29.
- 90 Vgl. Infratest dimap: Umfrage wahlentscheidende Themen in Hessen, o. D., <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-LT-DE-HE/umfrage-wahlentscheidend.shtml> (10.04.2018).
- 91 Vgl. Kleinert: Schwarz-Grün in Hessen, S. 70.
- 92 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 53–54.
- 93 Vgl. Hessisches Ministerium für Soziales und Integration: Zweiter Runder Tisch Kinderbetreuung. Pressemitteilung vom 15. September 2015, in: <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/zweiter-runder-tisch-kinderbetreuung-0> (10.04.2018).
- 94 Vgl. Hessisches Ministerium für Soziales und Integrationsbericht (Hrsg.): Evaluationsbericht des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. zum Hessischen Kinderförderungsgesetz (HessKiföG), Wiesbaden, 2016, https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/evaluationsbericht_des_hessischen_kinderfoerderungsgesetzes.pdf (10.04.2018).
- 95 Vgl. ebd., S. 75.
- 96 Vgl. O. V.: Hessen schafft Kindergarten-Gebühren (fast) ab, in: hessenschau.de vom 24. August 2017, <http://www.hessenschau.de/gesellschaft/hessen-schafft-kindergarten-gebuehren-fast-ab,kita-gebuehrenfrei-100.html> (10.04.2018).
- 97 Ebd.
- 98 Vgl. ebd.
- 99 Vgl. O. V.: Kritik an Kindergarten-Plänen der Landesregierung, in: hessenschau.de vom 28. August 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/kritik-an-kindergarten-plaenen-der-landesregierung,kindergarten-beitragsfrei-hessen-100.html> (10.04.2018).
- 100 Vgl. Pitt von Bebenburg: Abgeordnete streiten über Kitas, in: Frankfurter Rundschau vom 31. August 2017, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/kinderbetreuung-in-hessen-abgeordnete-streiten-ueber-kitas-a-1342021> (10.04.2018).
- 101 Vgl. Pitt von Bebenburg: Schulpolitik kommt in Bewegung, in: Frankfurter Rundschau vom 24. April 2015, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/schulen-in-hessen-schulpolitik-kommt-in-bewegung-a-485354> (10.04.2018).
- 102 Vgl. Georg Haupt: Der gewonnene Schul-Krieg, in: Frankfurter Neue Presse vom 2. August 2014, <http://www.fnp.de/rhein-main/Der-gewonnene-Schul-Krieg;art801,967186> (10.04.2018).
- 103 Vgl. Hessisches Kultusministerium: Bildungsgipfel Hessen, o. D., <https://kultusministerium.hessen.de/ueber-uns/bildungsgipfel-hessen> (10.04.2018).
- 104 Vgl. Ralf Euler: Note „fünf“ für Minister Lorz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09. Juli 2015, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/bildungsgipfel-hessen-2015-fuer-eltern-lehrer-gescheitert-13692961.html> (10.04.2018).
- 105 Vgl. O. V.: Hauptschulabschluss wird bleiben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Mai 2015.
- 106 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 31–32.
- 107 Vgl. Hessisches Kultusministerium: Pakt für den Nachmittag. Zwei Drittel aller hessischen Schulen arbeiten ganztätig!, o. D., <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/zwei-drittel-aller-hessischen-schulen-arbeiten-ganztaegig> (10.04.2018).
- 108 Ebd.
- 109 Vgl. Sandra Busch: GEW kritisiert „Pakt für den Nachmittag“, in: Frankfurter Rundschau vom 18. März 2015.
- 110 Zit. nach O. V.: Opposition kritisiert „Pakt für den Nachmittag“, in: Die Welt online vom 31. Mai 2017, <https://www.welt.de/regionales/hessen/article165100455/Opposition-kritisiert-Pakt-fuer-den-Nachmittag.html> (10.04.2018).
- 111 Vgl. Hessisches Kultusministerium: Dreistufiges Maßnahmenpaket. Lehrkräftebedarf steigt – Hessen handelt vom 01. Februar 2017, <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/lehrkraeftebedarf-steigt-hessen-handelt> (10.04.2018).
- 112 Vgl. ebd.
- 113 Vgl. Pitt von Bebenburg: Umsteuern gegen Lehrermangel, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Februar 2017.
- 114 Vgl. Gerhard Kneier: Bildung in Hessen. 700 neue Schulsozialarbeiter, in: Frankfurter Neue Presse vom 05. September 2017.
- 115 Hessisches Kultusministerium: Kultusminister Lorz erfreut über Verabschiedung der Schulgesetznovelle vom 02. Mai 2017, <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/kultusminister-lorz-erfreut-ueber-verabschiedung-der-schulgesetznovelle> (10.04.2018).
- 116 Vgl. O. V.: Aus für Hauptschule, mehr Inklusion, häufiger ganztags, in: hessenschau.de vom 04. Oktober 2016, <http://www.hessenschau.de/politik/schwarz-gruen-stellt-entwurf-fuer-neues-schulgesetz-vor,entwurf-neues-schulgesetz-vorgestellt-100.html> (01.11.2017).
- 117 Vgl. O. V.: Neues Schulgesetz erlaubt Sponsoring an Hessens Schulen, in: Frankfurter Neue Presse vom 02. Mai 2017, <http://www.fnp.de/rhein-main/Neues-Schulgesetz-erlaubt-Sponsoring-an-Hessens-Schulen;art1491,2603866> (10.04.2018).
- 118 Vgl. ebd.
- 119 Vgl. Jutta Rippegather: Eltern wollen echte Inklusion, in: Frankfurter Rundschau vom 07. Februar 2017.
- 120 Peter Hanack: Für Gerechtigkeit in der Bildung, in: Frankfurter Rundschau vom 04. Mai 2017.
- 121 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 71–76.
- 122 Vgl. Hessisches Hochschulgesetz, http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/lexsoft/default/hessenrecht_rv.html?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_

- peid=Trefferliste&fromdocdoc=yes&doc.id=jlr-HSchulG HE2010rahmen&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0#la wid:3917776,1 (10.04.2018).
- 123 Vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Neues Hochschulgesetz schafft verlässliche Perspektiven für Wissenschaftsstandort Hessen, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neues-hochschulgesetz-schafft-verlaessliche-perspektiven-fuer-0> (10.04.2018).
- 124 Vgl. Sascha Zoske: Starke Forscher, schwache Hiwis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06. Januar 2016.
- 125 Vgl. O. V.: Kritik an Stärkung der Fachhochschulen, in: Frankfurter Rundschau online vom 16. Juli 2015, <http://www.fr.de/rhein-main/neues-hochschulgesetz-kritik-an-staerkung-der-fachhochschulen-a-453844> (10.04.2018).
- 126 Vgl. dazu ausführlich die Dokumentation O. V.: Promotionsrecht für Fachhochschulen in Hessen: Eine Dokumentation der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, in: Forschung & Lehre Mai 2016, https://www.academics.de/wissenschaft/promotionsrecht_fuer_fachhochschulen_in_hessen_58417.html (01.11.2017).
- 127 Vgl. Zoske: Starke Forscher, schwache Hiwis.
- 128 Vgl. O. V.: Erste Fachhochschule darf Dokortitel verleihen, in: SPIEGEL online vom 10. Oktober 2016, <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/fulda-erste-fachhochschule-darf-dokortitel-verleihen-a-1115948.html> (10.04.2018).
- 129 Vgl. Boris Rhein: Passt der Doktorhut zur Fachhochschule? Ja!, in: Die Zeit vom 01. Dezember 2016.
- 130 Vgl. Pitt von Bebenburg: Zustimmung für Hochschulpakt, in: Frankfurter Rundschau vom 03. März 2015, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/bildungspolitik-zustimmung-fuer-hochschulpakt-a-503096> (10.04.2018).
- 131 Vgl. Gerhard Gneier: Hessische Weihnachtsmärkte. „Der Angst nicht nachgeben“, in: Frankfurter Neue Presse vom 21. Dezember 2016.
- 132 Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: Sicherheitsstrategie „300 in 3 Jahren“ – Personelle Verstärkung für die Basisdienststellen der hessischen Polizei vom 26. September 2014, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/sicherheitsstrategie-300-3-jahren-personelle-verstaerkung-fuer-die> (10.04.2018).
- 133 Vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: Sicherheitsstrategie „300 in 3 Jahren“ – Personelle Verstärkung für die Basisdienststellen der hessischen Polizei vom 26. September 2014, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/sicherheitsstrategie-300-3-jahren-personelle-verstaerkung-fuer-die> (10.04.2018).
- 134 Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Neue Körperschutzausstattungen für hessische Polizeibeamtinnen und -beamten vom 15. Dezember 2014, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neue-koerper-schutzausstattungen-fuer-hessische-polizeibeamtinnen-und-beamten> (10.04.2018).
- 135 Vgl. Alexander Jürgs et al.: Gewaltexzesse, Feuer und Tränengas in Frankfurt, in: Die Welt vom 18. März 2015.
- 136 Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Schutzparagraph für Polizei und Rettungskräfte geplant vom 17. April 2015, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/schutzparagraph-fuer-polizei-und-rettungskraefte-geplant> (10.04.2018).
- 137 Vgl. O. V.: Besserer Schutz für Polizisten, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Mai 2015.
- 138 Vgl. Bundesrat: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Tätlicher Angriff auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte, Drucksache 165/15 vom 14. April 2015, https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2015/0101-0200/165-15.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (10.04.2018).
- 139 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Strafgesetzbuch (StGB) § 114 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte, https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_115.html (10.04.2018).
- 140 Vgl. O. V.: Kabinett beschließt besseren Schutz von Einsatzkräften, in: Deutschlandfunk vom 08. Februar 2017, http://www.deutschlandfunk.de/gesetzesreform-kabinettschliesst-besseren-schutz-von-1818.de.html?dram:article_id=378396 (10.04.2018).
- 141 Vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Schutzparagraph für Polizei und Rettungskräfte geplant vom 17. April 2015, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/schutzparagraph-fuer-polizei-und-rettungskraefte-geplant> (10.04.2018).
- 142 Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Hessische Polizei verfügt künftig über verbesserte Schutzausstattung vom 22. April 2016, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/hessische-polizei-verfuegt-kuenftig-ueber-verbesserte-schutzausstattung> (10.04.2018).
- 143 Vgl. ebd.
- 144 Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Neues Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ vom 26. Januar 2015, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neues-landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus> (10.04.2018).
- 145 Vgl. Gisela Kirschstein: Salafismus in Hessen ist wachsende Gefahr, in: Frankfurter Neue Presse vom 13. November 2014. Vgl. Marco Overländer: Rhein-Main. Hochburg für radikale und missionarische Islamisten, in: Frankfurter Neue Presse vom 03. Februar 2017.
- 146 Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Neues Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ vom 26. Januar 2015.
- 147 Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: 8-Punkte-Programm gegen Wohnungseinbrecher vom 16. Juni 2016, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/8-punkte-programm-gegen-wohnungseinbrecher-0> (10.04.2018).
- 148 Ebd.
- 149 Ebd.
- 150 Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2016: Wohnungseinbruchdiebstahl, Wiesbaden, 2016, <https://www.polizei.hessen.de/File/pks-jahrbuch-he-2016.pdf> (10.04.2018), S. 25.
- 151 Vgl. ebd., S. 26–27.
- 152 Zit. nach O. V.: Hessen bewertet Kampf gegen Einbrecher positiv, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08. Juni 2017, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessen/hessen-bewertet-laender-kooperation-gegen-einbrecher-positiv-15051890.html> (10.04.2018).
- 153 Vgl. ebd.

- 154 Vgl. Hessisches Ministerium für Inneres und Sport: Eckpunkte für ein neues Verfassungsschutzkontrollgesetz vorgestellt, Pressemitteilung vom 04. Oktober 2017, <https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/eckpunkte-fuer-neues-verfassungsschutzgesetz-vorgestellt> (10.04.2018).
- 155 Vgl. O. V.: Verfassungsschutzreform und Staatstrojaner sorgen für Streit, in: [hessenschau.de](https://www.hessenschau.de/politik/reform-des-verfassungsschutzes-sorgt-wie-erwartet-fuer-streit,landtag-114.html) vom 21. November 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/reform-des-verfassungsschutzes-sorgt-wie-erwartet-fuer-streit,landtag-114.html> (10.04.2018).
- 156 Vgl. hierzu ausführlich Volker Kronenberg: Integration vor Ort. Herausforderungen. Erfahrungen. Perspektiven, Handreichungen zur politischen Bildung der Kommunalakademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Bd. 24, St. Augustin/Berlin 2017.
- 157 Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz: Königsteiner Schlüssel, <http://www.gwk-bonn.de/themen/koenigsteiner-schlüssel/> (21.09.2017).
- 158 Vgl. Hessische Landesregierung: Hessischer Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Wiesbaden, 2015, https://fluechtlinge.hessen.de/sites/fluechtlinge.hessen.de/files/Aktionsplan-Fluechtlinge_final_2015-12-16.pdf (10.04.2018).
- 159 Vgl. [hessen.de](https://www.hessen.de): Landesregierung bündelt politische Koordinierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik, <https://fluechtlinge.hessen.de/flucht-asyl/hessen-handelt-neu/landesregierung-buendelt-politische-koordinierung-der-asyl-und> (10.04.2018).
- 160 Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: „Mehr als 4.000 Flüchtlinge mit Beratungsangebot erreicht“ vom 27. April 2016, <https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/mehr-als-4000-fluechtlinge-mit-beratungsangebot-erreicht> (10.04.2018).
- 161 Vgl. [hessen.de](https://www.hessen.de): Zahlen & Fakten, in: <https://fluechtlinge.hessen.de/flucht-asyl/zahlen-fakten> (10.04.2018).
- 162 Vgl. [hessen.de](https://www.hessen.de): Unterbringung, in: <https://fluechtlinge.hessen.de/flucht-asyl/hessen-handelt/unterbringung> (10.04.2018).
- 163 Vgl. ebd.
- 164 Vgl. ebd.
- 165 Vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte rückläufig, Pressemitteilung vom 02. November 2017, <https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/uebergriffe-gegen-fluechtlingsunterkuenfte-ruecklaeufig> (10.04.2018).
- 166 Vgl. [hessen.de](https://www.hessen.de): Zahlen & Fakten.
- 167 Vgl. O. V.: Pressemitteilung Neues Standortkonzept zur Flüchtlingsverteilung in Hessen vom 20. April 2016, <https://fluechtlinge.hessen.de/pressemitteilungen/neues-standortkonzept-zur-fluechtlingsunterbringung-hessen> (10.04.2018).
- 168 Vgl. [hessen.de](https://www.hessen.de): Standortkonzept zur Flüchtlingsunterbringung weiter angepasst, <https://fluechtlinge.hessen.de/unterkuenfte/neues-standortkonzept-zur-fluechtlingsunterbringung> (10.04.2018).
- 169 Vgl. [hessen.de](https://www.hessen.de): Neues Standortkonzept zur Flüchtlingsunterbringung in Hessen, <https://soziales.hessen.de/presse/pressemitteilung/neues-standortkonzept-zur-fluechtlingsunterbringung-hessen-0> (10.04.2018).
- Pressemitteilung vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration vom 20.4.2016.
- 170 Vgl. [hessen.de](https://www.hessen.de): Reduzierung der Erstaufnahmeeinrichtungen von Flüchtlingen, <https://fluechtlinge.hessen.de/pressemitteilungen/reduzierung-der-erstaufnahmeeinrichtungen-von-fluechtlingen> (10.04.2018).
- 171 Vgl. ebd.
- 172 Vgl. ebd.
- 173 Vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport: Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte rückläufig, Pressemitteilung vom 02. November 2017, <https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/uebergriffe-gegen-fluechtlingsunterkuenfte-ruecklaeufig> (10.04.2018).
- 174 Vgl. O. V.: Hessische Grüne für Asylkompromiss, in: [faz.net](http://www.faz.net) vom 25. September 2015, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/gruene-stimmen-auf-parteitag-fuer-den-asylkompromiss-13825376.html> (10.04.2018).
- 175 Vgl. Stephan Loichinger: Aus Protest gegen Asylpolitik Mürvet Öztürk tritt bei den Grünen aus, in: [hessenschau.de](https://www.hessenschau.de) vom 17. Mai 2017, <http://hessenschau.de/politik/muervet-oeztuerk-tritt-bei-den-gruenen-aus,muervet-oeztuerk-104.html> (10.04.2018).
- 176 Canan Topcu: Wie schaffen die das, <https://www.boell.de/de/fluechtlingspolitik-hessen> (10.04.2018).
- 177 Pitt von Bebenburg: Was hat Schwarz-Grün für Hessen gebracht?, in: Was hat Schwarz-Grün für Hessen gebracht?, <http://www.fr.de/rhein-main/koalition-was-hat-schwarz-gruen-fuer-hessen-gebracht-a-336548> (10.04.2018).
- 178 Vgl. O. V.: Schwarz-Grün mit mehr Zustimmung, in: [faz.net](http://www.faz.net) vom 20. Juli 2015, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/cdu-umfrage-wachsende-zustimmung-zu-schwarz-gruen-13712067.html> (10.04.2018).
- 179 Vgl. O. V.: CDU und SPD in Hessen im Umfragetief, in: [faz.net](http://www.faz.net) vom 20. Januar 2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/afd-bei-zwoelf-prozent-cdu-und-spd-in-hessen-im-umfragetief-14024365.html> (10.04.2018).
- 180 Vgl. O. V.: Schwarz-Grün sonnt sich in Umfrage. SPD benennt Spitzenkandidat, in: [hessenschau.de](http://www.hessenschau.de) vom 24. August 2016, <http://www.hessenschau.de/politik/schwarz-gruen-sonnt-sich-in-umfrage--spd-benennt-spitzenkandidat,cdu-umfrage-tsg-100.html> (01.11.2017).
- 181 Vgl. O. V.: CDU-Schwäche kostet Koalition die Mehrheit, in: [hessenschau.de](http://www.hessenschau.de) vom 12. Januar 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/neuer-hessentrend-cdu-schwaechekostet-koalition-die-mehrheit,hessentrend-2017-100.html> (01.11.2017).
- 182 Vgl. O. V.: Zukunftsmonitor 2017, in: [hessen.de](https://www.hessen.de) vom 10. Dezember 2017, https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/dimap-ergebnisgrafiken_zukunftsmonitor_1_2017.pdf (10.04.2018).
- 183 O. V.: Die Hessen sind zufrieden und bevorzugen das Landleben, in: [hessenschau.de](http://www.hessenschau.de) vom 10. Dezember 2017, <http://www.hessenschau.de/wirtschaft/umfrage-der-landesregierung-die-hessen-sind-zufrieden-und-bevorzugen-das-landleben,zukunft-umfrage-100.html> (10.04.2018).



5

Fazit



In diesem Jahr wird die schwarz-grüne Koalition in Wiesbaden die Legislaturperiode turnusgemäß beenden. Sie ist damit nicht nur die erste schwarz-grüne Koalition in einem industriepolitischen Schlüssel- und Flächenland, sondern wird dann auch das erste Bündnis dieser Farbkombination auf Länderebene sein, das eine volle Legislaturperiode amtiert hat. Es handelt sich bei Hessen daher für die Parteien- und Koalitionsforschung um ein ebenso interessantes wie lehrreiches Untersuchungsobjekt. In dieser abschließenden Würdigung wird der Versuch einer Regierungsbilanz unternommen, werden Erfolgsfaktoren für das Gelingen der Koalition identifiziert und wird ein Ausblick in die Zukunft gegeben.

Bilanz der Regierungszeit

Legt man für eine erste Bilanz die beiden Wahlprogramme von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie den Koalitionsvertrag zugrunde, so lässt sich konstatieren, dass die meisten darin in Aussicht gestellten Projekte in die Tat umgesetzt wurden. Gleichwohl mussten die Grünen insbesondere auf dem Feld der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik einige bittere Pillen „schlucken“ und sahen sich gegenüber dem vorigen Oppositionskurs in den Mühen der Regierungsarbeit zu nicht wenigen „realpolitischen“ Konzessionen gezwungen. Bei der Flughafenthematik waren allerdings die Würfel schon vor Beginn der Legislaturperiode gefallen. Da der Ausbau des Flughafens juristisch bereits beschlossen war, blieb der politische Handlungsspielraum für die Grünen zu eng, um ihre Wahlversprechen eins zu eins umsetzen zu können. Dafür konnten sie bei der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik punkten und viele ihrer Ideen gemeinsam mit dem Koalitionspartner umsetzen. Bei keinem dieser in erster Linie „grünen“ Projekte legte die CDU dem Juniorpartner Steine in den Weg oder ließ auch nur leise Anzeichen von Protest erkennen. Nach dem für die Grünen unglücklichen Ausgang der Flughafenfrage war es auch in CDU-Kreisen eine anerkannte strategische Position, dass es zur Stabilität und zum Erfolg der Koalition insgesamt beitrage, wenn die Grünen bei einigen ihrer Kernanliegen auf Erfolge verweisen könnten. Die Devise

des „Gönnen-Könnens“, so wurde von allen Seiten immer wieder betont, spielt eine ganz wesentliche Rolle für das Funktionieren dieser Koalition.¹

In Bezug auf die Haushalts- und Finanzpolitik wird man der hessischen Landesregierung attestieren können, einen intelligenten und nachhaltig angelegten Mix aus Einsparungen und Einnahmenerhöhungen auf der einen Seite sowie Entlastungen und solidem Haushalten auf der anderen Seite auf die Beine gestellt zu haben. Dass erstmals seit langem keine neuen Schulden gemacht werden müssen und vorhandene Altlasten getilgt werden können, stellt einen Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik dar, der sich allerdings in einen allgemeinen Trend einreicht und nicht zuletzt auch den sprudelnden Steuereinnahmen und den gut gefüllten Sozialkassen infolge der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre geschuldet ist. Es bleibt abzuwarten, inwiefern der momentan zweifellos erfolgreiche Kurs auch unter Bedingungen einer konjunkturellen Eintrübung fortgesetzt werden kann.

Wie auch immer man politisch und inhaltlich die Maßnahmen der schwarz-grünen Landesregierung im schul- und bildungspolitischen Bereich bewerten mag, so lässt sich nicht in Abrede stellen, dass die Koalition auf diesem Feld die Vereinbarungen sehr zielstrebig und energisch angegangen ist. Liegen gerade auf diesem ideologisch derart aufgeladenen Feld die Positionen zwischen den beiden Parteien in vielen anderen Bundesländern weit auseinander, arbeiten Schwarze und Grüne in Hessen sehr geräuschlos zusammen. Das Versprechen, nicht an der Bildung – sei es bei Schulen, sei es bei Hochschulen – zu sparen, konnte die schwarz-grüne Regierung weitestgehend einhalten. Es kam zwar zu Kürzungen im Hochschulbereich, allerdings wurden in den vergangenen beiden Jahren 800 (2016) respektive 1.100 (2017) neue Lehrerstellen geschaffen.²

Im vorschulischen Bereich konnte das prestigeträchtige Projekt einer zumindest partiellen Gebührenfreiheit auf den Weg gebracht werden, was viele hessische Eltern deutlich entlastet. Herausforderungen bestehen allerdings weiterhin,

insbesondere in Bezug auf den Fachkräftemangel im frühkindlichen Bereich. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2017 fehlen in Hessen 7.400 Erzieherinnen und Erzieher.³ Trotz des Bekenntnisses zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Koalitionsvertrag scheint es, als seien die bisherigen Maßnahmen in diesem Bereich unzureichend. Dass der angestrebte „Schulfriede“ bisher nicht erreicht werden konnte, geht in weiten Teilen auf das Konto der Opposition im Hessischen Landtag und der Interessenverbände. Möglicherweise sind die Rahmenbedingungen für einen „Schulfrieden“ bei der Konstellation einer Großen Koalition im direkten Vergleich günstiger als bei einem lagerübergreifenden Bündnis. Auch wenn der angestrebte „Schulfrieden“ nicht geschlossen wurde – und wenig darauf hindeutet, dass er im restlichen Verlauf der Legislaturperiode erreicht wird –, hat die schwarz-grüne Koalition im Bereich der Bildungspolitik sehr viele Projekte angestoßen. Ungeachtet der fortdauernden Kontroverse um das Promotionsrecht für Fachhochschulen gilt dies auch für den Bereich der Hochschulpolitik, für den insbesondere die Verlängerung des Hochschulpakts als Erfolg hervorzuheben ist.

Auch im Bereich der Inneren Sicherheit hat die schwarz-grüne Landesregierung einige Erfolge vorzuweisen. Selbst in Bezug auf die Herausforderungen in den Bereichen Flucht und Asyl ab Spätsommer 2015 zeigte sich die Regierung als in jeder Hinsicht handlungsfähig. Während die Koalition in Bezug auf den bundespolitischen Kurs in der Flüchtlingspolitik durchaus Kontroversen auszufechten hatte, arbeitete man bei der praktischen Bewältigung der Folgen der Flüchtlingskrise vor Ort sehr gut und ohne „ideologische Scheuklappen“ zusammen.⁴ Im Rückblick, so bilanziert Weckenbrock zu Recht, hat das schwarz-grüne Bündnis mit der Flüchtlingskrise ein nicht vorhersehbares, kritisches Ereignis souverän überstanden,⁵ was für die Stabilität der Koalition spricht. In der Innen- und Sicherheitspolitik war es vor allem die CDU, die mit ihrem Innenminister Beuth an der Spitze als der entscheidende Motor der Koalition agierte. Allerdings wurden von der verbesserten Ausstattung der Polizei über die Bundesrats-

initiative zum Schutzparagrafen 112 StGB und die Präventionsarbeit bis hin zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Einbruchskriminalität alle wesentlichen Schritte von den Grünen lautlos mitgetragen bzw. nicht durch Protest begleitet. So war es der Koalition schließlich möglich, auf die zu Beginn der Koalition noch nicht absehbaren Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit reagieren zu können. Ungeachtet dessen stufen Innenminister Beuth und Landesverfassungsschutzpräsident Robert Schäfer die Terrorgefahr für Hessen weiterhin als unvermindert hoch ein und stellten für 2017 sogar eine zunehmend höhere Gewaltbereitschaft von Extremisten gleich welchen Lagers fest.⁶

Insgesamt wird man konstatieren können, dass Schwarz-Grün gleichsam in den Mühnen des Regierungsalltags zueinander gefunden und Hessen erfolgreich regiert (hat). Ob sich damit Schwarz-Grün in Hessen tatsächlich als *success story* erwiesen hat, wie der Herder-Verlag in einer Publikationsankündigung eines bislang nicht erschienenen Gemeinschaftswerks von Bouffier und Al-Wazir meint – dieses abschließende Urteil über die „Effizienzkoalition“ bleibt den Wählerinnen und Wählern im Herbst 2018 überlassen.⁷ Es hat sich ausgezahlt, dass man die Koalition bei Antritt mit keiner allzu großen Vision bzw. keinem allzu hochfliegenden Projektgedanken überfrachtet, sondern erst einmal – bewusst oder unbewusst – auf den Pragmatismus des politischen Alltags gesetzt hat. Diesen hat Weckenbrock als ein wesentliches Element des Funktionierens schwarz-grüner Zusammenarbeit identifiziert. Was waren weitere Erfolgsfaktoren des Wiesbadener Bündnisses?

Erfolgsfaktoren des Bündnisses

In der begleitenden Kommentierung der Regierung Bouffier/Al-Wazir, sei es auf wissenschaftlicher oder journalistischer Basis, wurde immer wieder ein anerkennender Tenor, wurden immer wieder sehr ähnliche Begrifflichkeiten bemüht: Schwarz-Grün regiere „vergleichsweise lautlos, mindestens geräuscharm“⁸, so die eine vielfach variierte Lieblingsformel – Schwarz-Grün erlebe „keine politische Traumehe“ sei aber das

„gelungene Beispiel einer Lebensabschnittspartnerschaft“⁹, so die andere Lieblingsmetapher. Diese Beschreibungen laufen sämtlich auf den rational fundierten harmonischen Umgang und die beachtliche Stabilität des Wiesbadener Regierungsbündnisses hinaus.

Dass es überhaupt zu einem schwarz-grünen Bündnis in Hessen kam, hat zunächst einmal etwas mit den Stimmenverlusten von CDU und FDP bei der Landtagswahl 2013 zu tun. Wäre Schwarz-Gelb auf eine eigene Mehrheit gekommen, so wäre das vorangegangene Regierungsbündnis fortgesetzt worden – daran besteht kein Zweifel. Es waren also, wie sonst häufig zu beobachten, weniger schwarz-gelbe bzw. rot-grüne Entfremdungen, sondern schlichtweg wahlarithmetische Notwendigkeiten, die den schwarz-grünen Zug aufs Gleis setzten. Der Windschatten der Bundespolitik, nicht zuletzt das Scheitern der schwarz-grünen Sondierungen auf Bundesebene, hat das Schmieden der hessischen Koalition ebenfalls erleichtert. Gleiches gilt für die Tatsache, dass die beteiligten Akteure die Koalition im Wahlkampf nicht ausdrücklich ausgeschlossen haben. In dieser Hinsicht hatte man in Hessen aus dem „Fall Ypsilanti“ für die Zukunft gelernt.

(1) Begibt man sich auf die Suche nach den Gründen für diese bemerkenswerte Beständigkeit der schwarz-grünen Koalition in Hessen, so landet man zunächst gleichsam automatisch bei der personellen Verträglichkeit des Spitzenpersonals. Politik wird von Menschen gemacht und es ist von entscheidender Bedeutung, wie diese im persönlichen Umgang, gerade bei politikinhaltlich voneinander abweichenden Positionen, miteinander harmonieren. Die Journalistin Susanne Höll urteilt in diesem Zusammenhang:

„In Stildingen könnte die hessische Regierung anderen Ländern und im Bund in mancherlei Weise als Vorbild dienen. Wenn es schwierig wird, gerät man sich nicht in die Haare, veranstaltet kein lautes Tamtam, sondern sorgt dafür, dass die Dinge gerichtet werden, möglichst schnell und effizient.“¹⁰

Die Wissenschaft stellt ebenfalls auf das gut funktionierende Zusammenspiel des Spitzenpersonals ab: Die Achse Bouffier/Al-Wazir und das Zweigespann der Fraktionsvorsitzenden Boddenberg und Wagner werden als die beiden zentralen strategischen Pfeiler für den Erfolg des schwarz-grünen Bündnisses identifiziert.¹¹ Boddenberg schätzt an den hessischen Grünen im Landtag, dass sie zu 100 Prozent vertragstreu seien.¹² Auch Bouffier bezeichnete die Verlässlichkeit als Schlüssel zum Erfolg der Koalition.¹³ Al-Wazir unterstrich ganz ähnlich:

„Also, was ich schätze an der Zusammenarbeit in der Koalition - aber auch an der Zusammenarbeit zwischen uns beiden [mit Volker Bouffier, Anmerkung des Verfassers] - ist, dass Verlässlichkeit herrscht und wir uns gegenseitig vertrauen können. Das ist viel wert. Und ich glaube, wenn wir uns insgesamt betrachten, ist es so, dass wir viel miteinander absprechen und dass wir uns immer auf gute gemeinsame Lösungen einigen konnten.“¹⁴

Bouffier und Al-Wazir kannten sich seit Langem. Auch wenn sie sich früher in Opposition zueinander – um ein geflügeltes Wort von Koch aufzugreifen, zum Teil auch in „brutalst möglicher“ Opposition – befunden hatten, so wussten sie einander doch persönlich wechselseitig sehr gut einzuschätzen. Beide Führungspersonen einte zudem ein pragmatischer Zugang zum Politischen sowie der Wille, lieber aktiv Politik gestalten zu wollen anstatt sich in weltanschaulichen Theorie-Debatten zu verzetteln. Insofern kann diese Studie anhand des Fallbeispiels Hessen den Befund nur bestätigen, den die Koalitionsforschung auch für andere schwarz-grüne Bündnisse erhoben hat: Die gute Chemie zwischen den beteiligten Akteuren ist essentiell für das Gelingen einer schwarz-grünen Koalition.

(2) Es kommt noch hinzu, dass sich die hessischen Grünen – gleichwohl in ihren Ursprüngen wie in Kapitel 3 gezeigt an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens politisch sozialisiert – im Vergleich zu anderen grünen Landesverbänden und zur Bundespartei schon lange einem eher pragmatischen Kurs verschrieben hatten, der

stärker von den Realos als von den Fundis bestimmt wurde. In dieser Hinsicht weisen sie durchaus Ähnlichkeiten zu den Grünen in Baden-Württemberg auf. Was für das Führungspersonal soeben festgehalten wurde, gilt auch für die Mandatsträger und Parteimitglieder: Ein tief sitzendes politisches Verantwortungsgefühl kombiniert mit dem expliziten Wunsch, politisch gestaltend tätig zu sein und Veränderungen zu gestalten anstatt theoretisch abstrakte, ideologische Schlachten zu schlagen war ein wesentliches Element, der das Zustandekommen der Wiesbadener Koalition erleichterte.

(3) Neben dieser „hohen Rationalitätsbegabung der führenden Personen“¹⁵ (Schäfer, CDU) ist als weiterer Erfolgsfaktor ein austariertes System an Mechanismen zur Vermeidung und Lösung von Konflikten zu nennen, das sich auf den ebenso banalen wie mitunter anstrengenden Nenner bringen lässt: Kommunikation ist alles. Neben den wöchentlichen Kabinettsitzungen lädt Bouffier nahezu wöchentlich zur vertraulichen „Koa-Runde“ in seine Dienstvilla ein. Gelegentlich werden auch themenspezifische Klausurtagungen anberaumt.¹⁶ Finanzminister Schäfer gab, befragt nach dem erstaunlich geräuschlosen Regieren der Koalition, zu Protokoll: „Außerdem trifft man sich jeden Montagabend – und bleibt notfalls auch bis in die Puppen, um Konflikte beizulegen oder im Keim zu ersticken.“¹⁷ Dergleichen informelle Abstimmungen über nahezu jeden politisch wichtigen Aspekt, bevor ein Thema im Kabinett diskutiert wurde, die eine nicht unbeträchtliche Menge an Zeit und Energie binden, erwiesen sich als ein zentraler Stabilitätsanker für die Koalition. Dies ist in dieser Form wohl aber nur auf Landesebene möglich.

(4) Darüber hinaus wurden im Koalitionsvertrag feste Regeln zum Umgang miteinander vereinbart, wie etwa die rechtzeitige Information des Koalitionspartners bei Großen Anfragen und der Beantragung Aktueller Stunden im Parlament, den Ausschluss von Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten, die Einvernehmlichkeit von Kabinettsentscheidungen oder die Enthaltung im Bundesrat bei unterschiedlichen Positionen der

Koalitionspartner.¹⁸ Dieses Maß an Verbindlichkeit bei der Festschreibung in Koalitionsvereinbarungen ist allerdings kein schwarz-grünes Spezifikum, sondern in neueren Koalitionsverträgen mittlerweile Standard.¹⁹

(5) Weiterhin koalitionsstabilisierend wirkte es sich aus, dass zwar beide Koalitionspartner Kompromisse machen mussten, aber dennoch das jeweilige parteipolitische Profil erkennbar gewahrt bleiben konnte. Die Grünen mussten zwar mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens die größte „Kröte schlucken“; es gelang ihnen aber, wesentliche Kernthemen wie den ökologischen Landbau, Schritte in Richtung Energiewende, eine Erhöhung des Sozialbudgets, den Schutz des Waldes und den Klimaschutzplan auf den Weg zu bringen. Die CDU wiederum musste sich mit diesen grünen Schlüsselthemen anfreunden, während sie ihrerseits der Landespolitik bei der Haushaltssanierung, der Schuldenbremse, der Inneren Sicherheit und dem Flughafenausbau ihren Stempel aufzudrücken vermochte. In der Koalitionsforschung gilt der sensible Umgang mit den Feldern Wirtschaft und Verkehr als Gradmesser für das Funktionieren einer schwarz-grünen Koalition. Auch für das Wiesbadener Bündnis wird man konstatieren können, dass es gelungen ist, mit diesen beiden Kernthemen feinfühlig und austariert umzugehen. Es gilt der gleiche Zusammenhang, der bereits für die kommunale Ebene identifiziert wurde: CDU und Grüne sind vor allem dann erfolgreiche Bündnispartner, wenn sie sich als ergänzende Partner verstehen und dementsprechend agieren.

Es ist sicher als ein wesentliches Erfolgsrezept des schwarz-grünen Bündnisses zu sehen, dass beide Partner trotz der wechselseitigen Zugeständnisse als eigenständige Akteure erkennbar bleiben – für die eigene Wählerschaft und für die Basis. In manchen Politikbereichen, wie beispielsweise bei der Kinderbetreuung und bei der Bildungs- und Schulpolitik, waren die Kontroversen ohnehin bei den Koalitionsverhandlungen eingehegt worden, da hier bereits zuvor ein beträchtliches politikinhaltliches Übereinstimmungspotenzial vorhanden war.

(6) Als weiterer Erfolgsfaktor kann die Umleitung von Konfliktpotenzial auf die Bundesebene identifiziert werden. Inhaltlicher Streit wurde – gewiss nicht ohne Kalkül – zumeist bei politischen Themen ausgetragen, die im Bund und gar nicht im Land zu entscheiden waren: Bei der Ausweitung der Drittstaatenregelung im Zuge der Flüchtlingskrise, beim transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP, bei der Vorratsdatenspeicherung sowie bei der Aufklärung der Hintergründe des Kasseler NSU-Mordes nahmen die beiden Koalitionspartner klar unterscheidbare, teils einander diametral entgegengesetzte Standpunkte ein. Möglicherweise wirkt(e) es – gleichsam dialektisch – sogar stabilisierend für die Koalition auf Landesebene, dass man sich bei Themen, die auf der Bundesebene zu entscheiden sind, umso kontroverser begegnen konnte.

Ausblick

Es zeigt sich also schlussendlich, dass das schwarz-grüne Bündnis in den landespolitisch relevanten Politikfeldern Erfolge hat erzielen können und dass die meisten im Koalitionsvertrag angekündigten Vorhaben bis auf ganz wenige Ausnahmen realisiert werden konnten. Manche Probleme blieben ungelöst, nicht wenige Herausforderungen stehen unvermindert bevor. Dennoch braucht die derzeitige hessische Landesregierung den Vergleich mit anderen denkbaren Farbkonstellationen sowie mit anderen Regierungsbündnissen nicht zu scheuen. Insofern kann der „Fall Hessen“ in der Tat als erstes wirklich erfolgreiches Projekt einer schwarz-grünen Zusammenarbeit über die Dauer einer gesamten Legislaturperiode hinweg gewertet werden. Damit haben die beiden Parteien nicht zuletzt auch zu einer spürbaren Entschärfung der traditionell polarisierten politischen Kultur Hessens und zu einem problemorientierteren und pragmatischeren Politikstil beigetragen. Die wesentlichen Faktoren für diesen Erfolg waren die Verträglichkeit und das Vertrauen der beteiligten Akteure, eine gute kommunikative Basis, klar festgelegte Kooperationsregeln im Koalitionsvertrag, die Devise des „Gönnen-Könnens“ und das Zugeständnis an den Koalitionspartner, als eigenständige Partei erkennbar zu bleiben, sowie

schließlich die punktuelle Umleitung von Konfliktpotential auf die Bundesebene.

Dies wird wohl auch der Grund dafür sein, dass beide Partner, sowohl Bouffier als auch Al-Wazir mehr oder weniger deutlich zu erkennen gegeben haben, dass sie sich eine Fortsetzung der Koalition nach den Wahlen 2018 sehr gut vorstellen könnten.²⁰ Mehr noch: Der hessische Ministerpräsident sah die von ihm geführte Koalition in Hessen gar schon Monate vor der Bundestagswahl als eine Blaupause für den Bund an.²¹ Nicht von ungefähr haben Al-Wazir und Bouffier hinter den Kulissen und zum Teil auch davor eine ganz wesentliche Rolle bei den Sondierungsgesprächen für „Jamaika“ im Bund gespielt.²² Der hessische Ministerpräsident darf sich unabhängig vom Ergebnis durch seine federführende Rolle in den Sondierungsverhandlungen, u.a. als CDU-Verhandlungsführer im sensiblen Bereich Asylpolitik, gestärkt fühlen. Al-Wazir äußerte nach dem Abbruch der „Jamaika“-Sondierungen an die Adresse der Kritiker, die dem hessischen Bündnis immer vorgeworfen hatten, die Parteien in Wiesbaden gäben ihr Profil auf und stritten sich nur hinter verschlossenen Türen: „Jetzt haben wir die letzten Wochen das Gegenmodell gesehen. Erst vor der Tür erklären, dass der andere doof ist, und sich dann hinter verschlossenen Türen nicht einigen.“²³

So steht Hessen im Wahljahr 2018 bis zum 28. Oktober ein besonders interessanter Wahlkampf bevor. Beide Bündnispartner gehen ganz bewusst und abgestimmt ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf und kämpfen eigenständig um Wählerstimmen. Beide Parteien werden wieder stärker auf die Profilierung der jeweils eigenen parteipolitischen Position dringen, was zwangsläufig die eine oder andere Abgrenzung vom aktuellen Koalitionspartner mit sich bringen wird, ja muss. Die politische Kunst wird darin bestehen, einerseits die Unterschiede zwischen beiden Parteien wieder markant zur Geltung zu bringen, andererseits aber gleichzeitig die gemeinsam erzielten Erfolge der Regierungszeit nicht schlecht zu reden, sondern positiv ins richtige Licht zu rücken. Diese Konstellation erinnert ein

wenig an das strategische Dilemma des kleineren Partners in Großen Koalitionen, wie es zuletzt bei der SPD im Bundestagswahlkampf 2017 zu beobachten war. Hinzu kommen noch potenzielle Entfremdungstendenzen mit den früheren Wunschpartnern SPD für die Grünen und FDP für die CDU. Beide Parteien haben das geräuschlose und erfolgreiche Regieren von Schwarz-Grün nicht teilnahmslos beobachtet. Zwar ist es in Wiesbaden kein Geheimnis, dass sich weite Teile der CDU-Landtagsfraktion 2018 wieder ein schwarz-gelbes Bündnis wünschen, aber nicht von ungefähr kokettiert der hessische FDP-Vorsitzende René Rock schon seit längerem lautstark mit seiner Nähe zur und seinen Sympathien für die SPD.²⁴

Diese Konstellation erfährt eine zusätzliche Herausforderung durch die AfD *ante portas*. Im Falle eines Einzugs der AfD in den hessischen Landtag zeichnen sich – wie zuletzt so oft in Hessen – erneut schwierige Rahmenbedingungen für die Regierungsbildung in Wiesbaden ab, da es in diesem Fall arithmetisch nicht für ein Zweierbündnis im Muster der kleinen Koalition

reichen könnte. Sollte es dann zu einem lagerübergreifenden Dreierbündnis kommen müssen, wird es spannend sein zu beobachten, ob dieses eher die Farben der Ampel oder die Farben der jamaikanischen Flagge tragen wird.

Welche Koalition Hessen nach den Wahlen im Herbst 2018 regieren wird, ist heute schwer zu prognostizieren. Dennoch bleibt, dass eine schwarz-grüne Zusammenarbeit in Hessen mittlerweile als Koalition wie jede andere gilt und heute auch, sollte es zu einer Wiederauflage kommen, keinen politischen Beobachter mehr so überraschen wird wie 2013. Von Schwarz-Grün als einem Bündnis „zweiter“ oder gar „dritter Wahl“, von einer geradezu zwangsläufig „labile[n] Koalition unter Dauerspannung“²⁵, wie es vor Jahren prognostiziert wurde, wird man mit Blick auf das Land in der Mitte Deutschlands nicht mehr sprechen können.

- 1 Vgl. etwa O. V.: „Man muss auch gönnen können“. Interview mit Volker Bouffier, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 30. November 2013. Vgl. Anke Petermann: „Gönnen können“ heißt die Devise, in: Deutschlandfunk vom 25. April 2014, http://www.deutschlandfunk.de/schwarz-gruen-in-hessen-goennen-koennen-heisst-die-devise.724.de.html?dram:article_id=283718 (10.04.2018).
- 2 Vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen: Mitteilung zum Haushalt 2016, o. D., in: <https://finanzen.hessen.de/haushalt/haushalt-2016/hessen-hilft>. Hessisches Ministerium der Finanzen: Ausgaben für Flüchtlingshilfe bleiben auf hohem Niveau, o. D., <https://finanzen.hessen.de/haushalt/haushalt-2017/ausgaben-fuer-fluechtlingshilfe-bleiben-auf-hohem-niveau> (10.04.2018).
- 3 Vgl. Kathrin Bock-Fomulla/Eva Strunz/Anna Löhle: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2017. Transparenz schaffen, Governance stärken, Gütersloh, 2017, <http://www.berthelmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/laenderreport-fruehkindliche-bildungssysteme-2017-1/> (10.04.2018), S. 110–126.
- 4 Vgl. Gerhard Kneier: Schwarz-grüne Harmonie in Hessen, in: Frankfurter Neue Presse vom 09. Januar 2016.
- 5 Vgl. Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland, S. 878.
- 6 Vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Innenminister Peter Beuth zum LfV-Bericht 2016: „Alle Ressourcen nutzen, um Terror zu bekämpfen“, vom 14. September 2017, <https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/arbeit-des-lfv-hat-wichtigen-anteil-moderner-sicherheitsarchitektur> (10.04.2018).
- 7 Vgl. Verlagsankündigung des Herder-Verlags, http://info.herder.de/elvis_img/herder/0004610296_0001.pdf (10.04.2018), S. 21.
- 8 Vgl. exemplarisch Kleinert: Schwarz-Grün in Hessen, S. 69.
- 9 Vgl. exemplarisch Ralf Euler: Schwarz und Grün lernen gemeinsam, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09. Juli 2015.
- 10 Susanne Höll: Von den Hessen lernen, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Juni 2016.
- 11 Vgl. Christoph Weckenbrock: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden, 2015, S. 871.
- 12 Vgl. Matthias Bartsch/Peter Müller: Das Gift des Widerspruchs, in: DER SPIEGEL 17 (2014), S. 28–29.
- 13 Vgl. ebd.
- 14 Vgl. Anke Petermann: „Gönnen können“ heißt die Devise, in: Deutschlandfunk vom 25. April 2014, http://www.deutschlandfunk.de/schwarz-gruen-in-hessen-goennen-koennen-heisst-die-devise.724.de.html?dram:article_id=283718 (10.04.2018).
- 15 Vgl. Interview mit Thomas Schäfer: „Schwarz-Grün ist ein Gesamtkunstwerk“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08. August 2014.
- 16 Vgl. Bartsch/Müller: Das Gift des Widerspruchs, S. 28.
- 17 Vgl. Interview mit Thomas Schäfer: „Schwarz-Grün ist ein Gesamtkunstwerk“.
- 18 Vgl. CDU Hessen/Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Koalitionsvertrag, S. 104–105.
- 19 Vgl. dazu Sturm: Schwarz-grüne Koalitionspolitik in den Ländern, S. 49–50.
- 20 Vgl. O. V.: Bouffier kann sich längere schwarz-grüne Ehe in Hessen vorstellen, in: dpa-Meldung vom 31. Dezember 2015.
- 21 Vgl. O. V.: Volker Bouffier trommelt für Schwarz-Grün, in: www.huffingtonpost.de vom 18. Februar 2017.
- 22 Vgl. Timo Frasch/Rüdiger Soldt: Flüchtige Leichtmatrosen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. November 2017.
- 23 Zit. nach: Frasch/Soldt: Flüchtige Leichtmatrosen.
- 24 Vgl. O. V.: FDP-Fraktionschef im hr-Sommerinterview. Für Rock ist die CDU „nicht mehr allererster Partner“, in: hessenschau.de vom 03. Juli 2017.
- 25 Stefan Reinecke: Das schwarz-grüne Versprechen, in: Kronenberg/Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, S. 162–170.

Quellenverzeichnis

Al-Wazir, Tarek: Interview Tarek Al-Wazir mit der Frankfurter Rundschau vom 27. September 2013.

Al-Wazir, Tarek: Sommerinterview des Hessischen Rundfunks mit Tarek Al-Wazir vom 05. August 2013, www.al-wazir.de/videos/hr-sommerinterview-2013 (01.11.2017).

Al-Wazir, Tarek: Fremde Federn. Schwarze Zahlen mit grünen Ideen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni 2013.

Bouffier, Volker: Interview mit Volker Bouffier, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 01. Dezember 2013.

Bouffier, Volker: „Man muss auch gönnen können“. Interview mit Volker Bouffier, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 30. November 2013.

Bouffier, Volker: Sommerinterview des Hessischen Rundfunks mit Volker Bouffier vom 24. August 2013, http://www.hr-online.de/website/specials/landtagswahl-hessen/index.jsp?jmpage=1&rubrik=83375&mediakey=fs/hessenschau/2013_08/130824194228_bouffier_11451&type=v&jm=2&key=standard_document_49436515 (10.04.2018).

Bouffier, Volker: Pressemitteilung des hessischen Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden vom 19. Januar 2013.

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosenquote in Bund, Ländern und Kreisen, Daten für Dezember 2017, Website, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html> (10.01.2018).

Bundesministerium der Finanzen: Länderfinanzausgleich, Endgültige Abrechnung des Länderfinanzausgleichs für die Ausgleichsjahre ab 2005, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Ausgleichsjahre-ab2005.html;jsessionid=175483B289FD243497DF85C90E8367E7 (12.04.2018)

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Strafgesetzbuch (StGB) § 114 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte, https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_115.html (10.04.2018).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Klimaschutzplan 2050. Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung, http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf (10.04.2018).

Bündnis 90/Die Grünen: Pressemitteilung vom 15. Juli 2014, <http://www.gruene-hessen.de/landtag/pressemitteilungen/novelle-zum-waldgese/> (10.04.2018).

Bündnis 90/Die Grünen Hessen: Hessen will den Wechsel. Das grüne Regierungsprogramm 2014–2019, Wiesbaden 2013, <http://www.gruene-hessen.de/partei/files/2013/06/GR%C3%9CNES-Regierungsprogramm-Hessen-will-den-Wechsel.pdf> (10.04.2018).

Bündnis 90/Die Grünen Hessen/CDU Hessen: Verlässlich gestalten, Perspektiven öffnen. Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode des hessischen Landtags 2014–2019, S. 31–32, https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/koalitionsvertrag_2013-12-18.pdf (10.04.2018).

CDU Hessen: Gemeinsam auf dem Weg - Ideen für die Zukunft Hessens. Zukunftsprogramm 2014–2019 vom 06. Juli 2013, https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/abgeordnetenwatch.de/files/lw_hessen_cdu.pdf (10.04.2018).

Deutscher Bundesrat: Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften, Pub. L. No. 431/17, 431/17 Drucksache 431/17 63 (2017).

Deutscher Bundesrat: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafbgesetzbuches – Tätlicher Angriff auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte, Drucksache 165/15 vom 14. April 2015, https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2015/0101-0200/165-15.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (10.04.2018).

Deutscher Bundestag: Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), Stand: letzte Änderung vom 22. Dezember 2015, Berlin, in: https://www.bundestag.de/blob/189336/c8a22a376ea9165443a477101f2352dd/pg_pdf-data.pdf (10.04.2018).

Deutscher Bundestag: Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleistungsbaus vom 21. Dezember 2015: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/gesetz-zur-aenderung-von-bestimmungen-des-rechts-des-energieleistungsbaus.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (10.04.2018).

election.de: Hessen - Wahl zum 19. Landtag am 22. September 2013, Website, o.J., http://www.election.de/cgi-bin/tabres.pl?datafile=ltw_he13.txt (12.04.2018).

Forschungsgruppe Wahlen: Landtagswahl in Hessen 22. September 2013, Mannheim 2013.

hessenschau.de: hr-Hessentrend, Januar 2018, http://www.hessenschau.de/politik/ht18_02_sonntag_16x-100~_t-1516355756079_v-16to7.png (12.04.2018).

hessenschau.de: hr-Hessentrend, Januar 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/neuer-hessentrend-cdu-schwaecher-kostet-koalition-die-mehrheit-hessentrend-2017-100.html> (01.11.2017).

Hessisches Kultusministerium: Kultusminister Lorz erfreut über Verabschiedung der Schulgesetznovelle vom 02. Mai 2017, <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/kultusminister-lorz-erfreut-ueber-verabschiedung-der-schulgesetznovelle> (10.04.2018).

Hessisches Kultusministerium: Dreistufiges Maßnahmenpaket. Lehrkräftebedarf steigt – Hessen handelt vom 01. Februar 2017, <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/lehrkraeftebedarf-steigt-hessen-handelt> (10.04.2018).

Hessisches Kultusministerium: Bildungsgipfel Hessen, o. D., <https://kultusministerium.hessen.de/ueber-uns/bildungsgipfel-hessen> (10.04.2018).

Hessisches Kultusministerium: Pakt für den Nachmittag. Zwei Drittel aller hessischen Schulen arbeiten ganztätig!, o. D., <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/zwei-drittel-aller-hessischen-schulen-arbeiten-ganztaegig> (10.04.2018).

Hessisches Landeskriminalamt (Hrsg.), Polizeiliche Kriminalstatistik in Hessen, Jahrbuch, Polizeiliche Kriminalstatistik 2016: Wohnungseinbruchdiebstahl, Wiesbaden 2016, <https://www.polizei.hessen.de/File/pks-jahrbuch-he-2016.pdf> (10.04.2018).

Hessische Landesregierung: Newsletter der hessischen Landesregierung vom 09. September 2016, <https://aktuelle-woche.hessen.de/ausgabe-552/hessen-st%c3%b6%c3%9ft-reform-der-grunderwerbsteuer> (10.04.2018).

Hessische Landesregierung: Hessischer Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Wiesbaden 2015, https://fluechtlinge.hessen.de/sites/fluechtlinge.hessen.de/files/Aktionsplan-Fluechtlinge_final_2015-12-16.pdf (10.04.2018).

Hessisches Ministerium der Finanzen: Pressemitteilung vom 16. Oktober 2017, <https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/reform-der-grunderwerbsteuer-darf-nicht-mit-der-heissen-nadel-gestrickt> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium der Finanzen: Pressemitteilung vom 22. März 2017, <https://finanzen.hessen.de/presse/pressemitteilung/finanzminister-dr-thomas-schaefer-spricht-zum-thema-grunderwerbsteuer-im> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium der Finanzen: Ausgaben für Flüchtlingshilfe bleiben auf hohem Niveau, o. D., <https://finanzen.hessen.de/haushalt/haushalt-2017/ausgaben-fuer-fluechtlingshilfe-bleiben-auf-hohem-niveau> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium der Finanzen: Mitteilung zum Haushalt 2016, o. D., <https://finanzen.hessen.de/haushalt/haushalt-2016/hessen-hilft> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium der Finanzen: Gesamtabschluss 2014 vom 20. Oktober 2015, <https://finanzen.hessen.de/haushalt/geschaeftsberichte/gesamtabschluss-2014> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium der Finanzen: Pressemitteilung vom 16. Juli 2014, <https://finanzen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/finanzminister-dr-thomas-schaefer-betont-die-notwendigkeit-einer-1> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium der Finanzen: Informationsseite Schwarze Null, o. D. <https://finanzen.hessen.de/haushalt/schwarze-null> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: 8-Punkte-Programm gegen Wohnungseinbrecher vom 16. Juni 2016, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/8-punkte-programm-gegen-wohnungseinbrecher-0> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: „Mehr als 4.000 Flüchtlinge mit Beratungsangebot erreicht“ vom 27. April 2016, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/mehr-als-4000-fluechtlinge-mit-beratungsangebot-erreicht> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: Hessische Polizei verfügt künftig über verbesserte Schutzausstattung vom 22. April 2016, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/hessische-polizei-verfuegt-kuenftig-ueber-verbesserte-schutzausstattung> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: Schutzparagraph für Polizei und Rettungskräfte geplant vom 17. April 2015, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/schutzparagraph-fuer-polizei-und-rettungskraefte-geplant> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: Neues Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ vom 26. Januar 2015, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neues-landesprogramm-hessen-aktiv-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: Neue Körperschutzausstattungen für hessische Polizeibeamtinnen und –beamten vom 15. Dezember 2014, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neue-koerper-schutzausstattungen-fuer-hessische-polizeibeamtinnen-und-beamten> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium des Inneren und Sport: Sicherheitsstrategie „300 in 3 Jahren“ – Personelle Verstärkung für die Basisdienststellen der hessischen Polizei vom 26. September 2014, <https://innen.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/sicherheitsstrategie-300-3-jahren-personelle-verstaerkung-fuer-die> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration: Evaluationsbericht des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. zum Hessischen Kinderförderungsgesetz (HessKiföG), Wiesbaden 2016, https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/evaluationsbericht_des_hessischen_kinderfoerderungsgesetzes.pdf (10.04.2018).

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration: Zweiter Runder Tisch Kinderbetreuung. Pressemitteilung vom 15. September 2015, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/zweiter-runder-tisch-kinderbetreuung-0> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ökologischer Landbau. Mehr Bio für Hessen vom Juni 2017, https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/oekologischer_landbau_-_mehr_bio_fuer_hessen_web_3.pdf (10.04.2018).

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung: Land startet Sanierungsoffensive 2016–2022, <https://wirtschaft.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/land-startet-sanierungsoffensive-2016-2022> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Neues Hochschulgesetz schafft verlässliche Perspektiven für Wissenschaftsstandort Hessen, Pressemitteilung vom 26.05.2015, <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neues-hochschulgesetz-schafft-verlaessliche-perspektiven-fuer-0> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Informationsseite Heureka, <https://wissenschaft.hessen.de/wissenschaft/bauprogramm-heureka/vier-milliarden-euro-fuer-die-modernisierung-der-hochschulen> (10.04.2018).

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Informationsseite Loewe, <https://wissenschaft.hessen.de/wissenschaft/landesprogramm-loewe/staerkung-der-hessischen-forschungslandschaft> (10.04.2018).

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Landtagswahlen in Hessen 1946–2013, Online-Datentabelle, Wiesbaden o.J., https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/Zeitreihe_Landtagswahlen.xls (10.04.2018).

Hessisches Wirtschaftsministerium: Webpräsenz, <https://wirtschaft.hessen.de/presse/pressemitteilung/fluglaerm-gemeinsam-begrenzen-das-mediations-ergebnis-vollenden> (10.04.2018).

Hinz, Priska: Ein Plan, ein Ziel. Hessen wird klimaneutral, in: Grüne Fläche. Zeitschrift von Bündnis 90/DIE GRÜNEN 2 (2017), S. 4–5.

Infratest dimap: Wahlanalyse zur 19. Wahl des Hessischen Landtags, Sitzverteilung im hessischen Landtag, o.J., <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hessen/wahlreport/2013/> (12.04.2018).

Initiative „Frackingfreies Hessen“: <http://www.frackingfreieshessen.de/> (10.04.2018).

Landeswahlleiter für Hessen: Statistiken zur Landtagswahl Hessen, <https://wahlen.hessen.de/land-hessen/landtagswahl/ergebnisse> (01.11.2017).

Mitdenkforum Hessen: www.mitdenkforum-hessen.de/ (10.04.2018).

O. V.: Promotionsrecht für Fachhochschulen in Hessen: Eine Dokumentation der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, in: Forschung & Lehre Mai 2016, http://www.wissenschaftsmanagement-online.de/system/files/downloads-wimoarticle/1605_WIMO_Promotionsrecht%20f%C3%BCr%20Fachhochschulen%20in%20Hessen.pdf (10.04.2018).

O. V.: Verlagsankündigung des Herder-Verlags, http://info.herder.de/elvis_img/herder/0004610296_0001.pdf (10.04.2018).

O. V.: Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft, https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/erweiterung_pakt_finale_fassung.pdf (10.04.2018).

Schäfer, Thomas: Interview mit Thomas Schäfer: „Schwarz-Grün ist ein Gesamtkunstwerk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08. August.

statista.de: Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2016, Datei auf Website, März 2018, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36889/umfrage/bruttoinlandsprodukt-nach-bundeslaendern/> (12.04.2018).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung, Website, 27. Februar 2018, https://www.statistik-bw.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp (12.04.2018).

Literaturverzeichnis

Abendroth, Elisabeth: Hessen, in: **Wehling, Hans-Georg (Hrsg.):** Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, 3., akt. Aufl., Wiesbaden, 2004, S. 145–164.

Bartsch, Matthias et al.: Revolution ohne Pathos, in: Der Spiegel vom 09. Dezember 2013.

Bartsch, Matthias/Müller, Peter: Das Gift des Widerspruchs, in: Der Spiegel vom 21. April 2014.

Bebenburg, Pitt von: Abgeordnete streiten über Kitas, Frankfurter Rundschau vom 31. August 2017, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/kinderbetreuung-in-hessen-abgeordnete-streiten-ueber-kitas-a-1342021> (10.04.2018).

Bebenburg, Pitt von: Umsteuern gegen Lehrermangel, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Februar 2017.

Bebenburg, Pitt von: Was hat Schwarz-Grün für Hessen gebracht?, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Juni 2016.

Bebenburg, Pitt von: Schwarzes Hessen: Gegenmodell zu Rot-Grün, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 271–285.

Bebenburg, Pitt von: Schulpolitik kommt in Bewegung, in: Frankfurter Rundschau vom 24. April 2015, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/schulen-in-hessen-schulpolitik-kommt-in-bewegung-a-485354> (10.04.2018).

Bebenburg, Pitt von: Zustimmung für Hochschulpakt, in: Frankfurter Rundschau vom 03. März 2015, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/bildungspolitik-zustimmung-fuer-hochschulpakt-a-503096> (10.04.2018).

Bebenburg, Pitt von: Schwarz-Grün kann nicht auf Beifall hoffen, in: Frankfurter Rundschau vom 17. Dezember 2013.

Bebenburg, Pitt von: System Merkel erfolgreich kopiert, in: Frankfurter Rundschau vom 17. Dezember 2013.

Bebenburg, Pitt von: Letztes Sondierungstreffen, in: Frankfurter Rundschau vom 17. November 2013.

Bebenburg, Pitt von: Die Woche der Entscheidungen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. November 2013, <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/sondierungen-in-hessen-die-woche-der-entscheidungen-a-641008> (09.04.2018).

Bebenburg, Pitt von: Bouffiers grüner Tag, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 2013.

Bebenburg, Pitt von: Bouffiers Freundlichkeiten, in: Frankfurter Rundschau vom 08. Oktober 2013.

Bebenburg, Pitt von: Start in die Koalitionsgespräche, in: Frankfurter Rundschau vom 30. September 2013.

Bebenburg, Pitt von: Bouffier will 2013 antreten, in: Frankfurter Rundschau vom 10. September 2010.

Bebenburg, Pitt von/Leppert, Georg: Erstaunen über Rheins Wechsel, in: Frankfurter Rundschau vom 14. Januar 2015.

Bebenburg, Pitt von/Tinc, Timur: Grüne bevorzugen Linksbündnis, in: Frankfurter Rundschau vom 12. Oktober 2013.

Becker, Manuel: Koalitionen als politisches „Projekt“? Die rot-grüne und die schwarz-gelbe Bundesregierung, in: **Decker, Frank/Jesse, Eckhard (Hrsg.):** Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, 2013, S. 139–157.

Best, Volker: Koalitionssignale bei Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012, Baden-Baden, 2015.

Bewarder, Manuel/Greive, Martin/Kade, Claudia: Seehofer ist ein Störfall für die Energiewende, in: Die Welt vom 05. Februar 2015.

Blumberg, Fabian: Schwarz-Grün als bürgerliches Projekt. Warum CDU und Grüne auf kommunaler Ebene koalieren, in: **Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011, S. 193–210.

Bock-Fomulla, Kathrin/Strunz, Eva/Löhle, Anna: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2017. Transparenz schaffen, Governance stärken, Gütersloh 2017, <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/laenderreport-fruehkindliche-bildungssysteme-2017-1/> (10.04.2018).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Asylgeschäftsberichte 2017, <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/Asylgesch%C3%A4ftsbericht/asylgeschaeftsbericht-node.html> (10.04.2018).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Erstverteilung der Asylsuchenden (EASY), Verteilungsquoten 2017, <http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingschutz/AblaufAsylv/Erstverteilung/erstverteilung-node.html> (10.04.2018).

Bündnis 90/Die Grünen: Pressemitteilung vom 15. Juli 2014, <http://www.gruene-hessen.de/landtag/pressemitteilungen/novelle-zum-waldgese/> (10.04.2018).

Bündnispapier Lärmobergrenze: Fluglärm gemeinsam begrenzen – das Mediationsergebnis vollenden. Wiesbaden, 07. November 2017, https://wirtschaft.hessen.de/sites/default/files/media/hmwvl/2017-11-07_log-buendnis-papier_final.pdf (10.04.2018).

Busch, Sandra: GEW kritisiert „Pakt für den Nachmittag“, in: Frankfurter Rundschau vom 18. März 2015.

CESifo: Klage gegen den Länderfinanzausgleich: Ein richtiger Schritt gegen unfaire Verteilung?, in: ifo Schnelldienst, 66 (09), S. 3–20.

Croll, Hannelore: Einstige „Stahlhelm“-Partei setzt in Hessen auf Grün, in: DIE WELT vom 22. November 2013.

De Winter, Lieven/Dumont, Patrick: Uncertainty and Complexity in Cabinet Formation, in: **Strom, Kaare/Müller, Wolfgang C./Bergmann, Torbjörn (Hrsg.):** Cabinets and Coalition Bargaining. The Democratic Life Cycle in Western Europe, Oxford, 2008.

D’Inka, Werner: Triumph in Frankfurt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. März 2012.

Decker, Frank: Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (2009), S. 431–453.

Decker, Frank/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, 2013.

Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel: Landtagswahlen als bundespolitische Zwischenwahlen. Der vermeintliche Sonderfall Hessen, in: **Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):** Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 259–283.

Esslinger, Detlef: Der menschliche Faktor, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. September 2013.

Euler, Ralf: Bauern auf dem Ökotripp, in: faz.net vom 08. Dezember 2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/kommentar-bauern-auf-dem-oeko-trip-14562453/priska-hinz-aktivistin-14565290.html> (10.04.2018).

Euler, Ralf: CDU und Grüne finden „Boden der Gemeinsamkeiten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 2016.

Euler, Ralf: Note „fünf“ für Minister Lorz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09. Juli 2015, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/bildungsgipfel-hessen-2015-fuer-eltern-lehrer-gescheitert-13692961.html> (10.04.2018).

Euler, Ralf: Schwarz und Grün lernen gemeinsam, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09. Juli 2015.

Exner, Ulrich: Gleich mehrere Themen bergen hohes Jamaika-Konfliktpotenzial, in: Die Welt Online vom 09. Juni 2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article165400112/Gleich-mehrere-Themen-bergen-hohes-Jamaika-Konflikt-potenzial.html> (10.04.2018).

Faas, Thorsten: Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013. Schwarz-grüne „hessische Verhältnisse“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (2014), S. 349–365.

Fittkau, Ludger: Stromautobahn „Südlink“. Die Bürger von Sinntal geben nicht auf, in: Deutschlandfunk Kultur vom 10. Februar 2017, http://www.deutschlandfunkkultur.de/stromautobahn-suedlink-die-buerger-von-sinntal-geben-nicht-1001.de.html?dram:article_id=378606 (10.04.2018).

Fittkau, Ludger: Spatenstich für „Terminal 3“. Ein Flughafenprojekt für Schwarz-Grün, in: Deutschlandfunk Kultur vom 05. Oktober 2015, http://www.deutschlandfunkkultur.de/spatenstich-fuer-terminal-3-ein-flughafen-projekt-in-schwarz.1001.de.html?dram:article_id=333000 (10.04.2018).

Fittkau, Ludger: Hessen. Zweifel an Südlink-Windstromtrasse, in: Deutschlandfunk vom 16. Februar 2015, http://www.deutschlandfunk.de/hessen-zweifel-an-suedlink-windstromtrasse.697.de.html?dram:article_id=311768 (10.04.2018).

Frank, Arno: Bahn frei für Schwarz-Grün, in: tageszeitung (taz) vom 21. November 2012.

Frankfurter Neue Presse (Auswahl): Lesermeinungen vom 14. Juni 2016, <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/LESERMEINUNG;art675,1958177> (10.04.2018).

Franklin, Mark N./Mackie, Thomas T.: Familiarity and Inertia in the Formation of Governing Coalitions in Parliamentary Democracies, in: British Journal of Political Science 13 (1983), S. 275–298.

Frasch, Timo: Die Kunst des Unmöglichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05. März 2015.

Frasch, Timo/Soldt, Rüdiger: Flüchtige Leichtmatrosen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. November 2017.

Gathmann, Florian: Grün sein, schweigen, mitregieren, in: SPIEGEL online vom 19. Februar 2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koalition-mit-der-cdu-gruene-glaubwuerdigkeit-kommentar-a-1019110.html> (10.04.2018).

Gemeinsame Wissenschaftskonferenz: Königsteiner Schlüssel, Website, <http://www.gwk-bonn.de/themen/koenigsteiner-schluessel> (10.04.2018).

Gneier, Gerhard: Hessische Weihnachtsmärkte. „Der Angst nicht nachgeben“, in: Frankfurter Neue Presse vom 21. Dezember 2016.

Hanack, Peter: Für Gerechtigkeit in der Bildung, in: Frankfurter Rundschau vom 04. Mai 2017.

Hanack, Peter: Südlink in Hessen. Mitreden bei der Stromautobahn, in: Frankfurter Rundschau vom 18. November 2014, <http://www.fr.de/rhein-main/suedlink-in-hessen-mitreden-bei-der-stromautobahn-a-517329> (10.04.2018).

Haupt, Georg: Der gewonnene Schul-Krieg, in: Frankfurter Neue Presse vom 02. August 2014, <http://www.fnp.de/rhein-main/Der-gewonnene-Schul-Krieg;art801,967186> (10.04.2018).

Hentze, Tobias: Die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs. Was der neue Finanzkraftausgleich für Bund und Länder bedeutet. IW policy paper 16/2017, Köln 2017.

Hessen.de: Reduzierung der Erstaufnahmeeinrichtungen von Flüchtlingen, Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration vom 08. März 2017, <https://fluechtlinge.hessen.de/pressemitteilungen/reduzierung-der-erstaufnahmeeinrichtungen-von-fluechtlingen> (10.04.2018).

Hessen.de: Neues Standortkonzept zur Flüchtlingsunterbringung in Hessen, Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration vom 20. April 2016, <https://soziales.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/neues-standortkonzept-zur-fluechtlingsunterbringung-hessen-0> (10.04.2018).

Hessen.de: Landesregierung bündelt politische Koordinierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik, <https://fluechtlinge.hessen.de/flucht-asyl/hessen-handelt-neu/landesregierung-bündelt-politische-koordinierung-der-asyl-und> (09.04.2018).

Hessen.de: Standortkonzept zur Flüchtlingsunterbringung weiter angepasst, Website, <https://fluechtlinge.hessen.de/unterkuenfte/neues-standortkonzept-zur-fluechtlingsunterbringung> (10.04.2018).

Hessen.de: Unterbringung, Website, <https://fluechtlinge.hessen.de/flucht-asyl/hessen-handelt/unterbringung> (10.04.2018).

Hessen.de: Zahlen & Fakten, Website, <https://fluechtlinge.hessen.de/flucht-asyl/zahlen-fakten> (10.04.2018).

Hessisch-Niedersächsische Allgemeine (Auswahl), <https://www.hna.de/thema/suedlink-org278078/index-vc-357521-1.html#id-swiper-357521> (10.04.2018).

Hessischer Landtag: Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend Einsetzung einer Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“, Drs. 19/2566 vom 10. November 2015, starweb.hessen.de/cache/DRS/19/6/02566.pdf (10.04.2018).

Hetrodt, Ewald: Die Uhr tickt langsamer. Verschuldung des Landes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07. Januar 2015.

Hidien, Jürgen W.: Der bundesstaatliche Finanzausgleich in Deutschland. Geschichtliche und staatsrechtliche Grundlagen, Baden-Baden, 1999.

Hirscher, Gerhard et al.: Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit, München, 1995.

Hoffmann, Jürgen: Schwarz-grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik. Gründe, Erfahrungen, Folgerungen, St. Augustin, 1997.

Hoffmann, Jürgen: Schwarz-grüne Bündnisse in den Kommunen. Modell für Bund und Länder?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28 (1997), S. 628–649.

Höll, Susanne: Von den Hessen lernen, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Juni 2016.

Höll, Susanne: Ein Jahr Schwarz-Grün in Hessen, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. November 2014.

Holl, Thomas: Zweifel an Schwarz-Grün wachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Oktober 2013.

Holl, Thomas: „Ein weiter Weg zur schwarz-roten Koalition“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02. Oktober 2013.

Horst, Patrick: Koalitionsbildungen und Koalitionsstrategien im neuen Fünfparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 3–4 (2010), S. 327–408.

Informationsseite Landesmitgliederversammlung in Gießen vom 20. April 2013, <http://www.gruene-hessen.de/partei/gremien-organisation/lmv-giessen-2013/> (10.04.2018).

Infratest dimap: WahIREPORT Landtagswahl 2013. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin, 2013.

Infratest dimap: Umfrage wahlentscheidende Themen in Hessen, o. D., <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-LT-DE-HE/umfrage-wahlentscheidend.shtml> (10.04.2018).

Jesse, Eckhard: Wahlen 2013, in: **Jesse, Eckhard/Backes, Uwe/Gallus, Alexander (Hrsg.):** Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2014, Baden-Baden, 2014, S. 93–109.

Jürgs, Alexander et al.: Gewaltexzesse, Feuer und Tränengas in Frankfurt, in: Die Welt vom 18. März 2015.

Kirschstein, Gisela: Lärmobergrenze am Frankfurter Flughafen gilt, in: Mainz& vom 07. November 2017, <http://www.mainzund.de/laermobergrenze-am-frankfurter-flughafen-gilt-freiwillige-vereinbarung-soll-den-fluglaerm-anstieg-fuer-die-zukunft-begrenzen/> (10.04.2018).

Kirschstein, Gisela: Lärmobergrenze: Al-Wazir will Lärm in Frankfurt für Zukunft deckeln – Leiser wird es nicht, Mainz& vom 27. September 2017, <http://www.mainzund.de/laermobergrenze-al-wazir-fluglaerm-frankfurt-deckeln/> (10.04.2018).

Kirschstein, Gisela: Salafismus in Hessen ist wachsende Gefahr, in: Frankfurter Neue Presse vom 13. November 2014.

Klecha, Stephan/Munimus, Bettina: Hessens Ministerpräsidenten. Verwurzelte Landesväter, machtpolitische Pragmatiker und behutsame Modernisierer, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 83–108.

Kleinert, Hubert: Schwarz-Grün in Hessen, in: **Kronenberg, Volker (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden, 2016, S. 59–71.

Kleinert, Hubert: Kulturrevolution in Wiesbaden? Zu Risiken und Perspektiven der schwarz-grünen Koalition in Hessen, in: Die Politische Meinung 525 (2014), S. 84–88.

Kleinert, Hubert: Voraussetzungen und Grenzen schwarz-grüner Optionen, in: **Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011, S. 173–192.

Kleinert, Hubert: Die Grünen in Hessen, in: **Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):** Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 161–183.

Kneier, Gerhard: Warmlaufen für den Wahlkampf, in: Mannheimer Morgen vom 30. Dezember 2017.

Kneier, Gerhard: Schwarz-grüne Harmonie in Hessen, in: Frankfurter Neue Presse vom 09. Januar 2016.

Kronenberg, Volker: Integration vor Ort. Herausforderungen. Erfahrungen. Perspektiven, Handreichungen zur Politischen Bildung der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 24, Berlin, 2017.

Kronenberg, Volker (Hrsg.): Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden, 2016.

Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011.

Kühling, Sven: Tennet stellt den Korridor vor. Stromtrasse Suedlink: Erdkabel soll nicht mehr durch Kreis Kassel führen, in: Hessisch- Niedersächsische Allgemeine vom 28. September 2016, <https://www.hna.de/kassel/kreis-kassel/kreis-kassel-ort306256/stromtrasse-suedlink-erdkabel-soll-nicht-mehr-durch-kreis-kassel-fuehren-6789848.html> (10.04.2018).

Laver, Michael/Schofield, Norman: Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe, Oxford, 1991.

Leppert, Georg: Grüne in Frankfurt. Frankfurts Grüne stimmen für Koalition, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Mai 2016, <http://www.fr.de/frankfurt/gruene-in-frankfurt-frankfurts-gruene-stimmen-fuer-koalition-a-355578> (10.04.2018).

Löffel, Anne/Fiedler, Ute: Gerich übernimmt die Landeshauptstadt, in: Frankfurter Rundschau vom 10. März 2013.

Loichinger, Stephan: Aus Protest gegen Asylpolitik Mürvet Öztürk tritt bei den Grünen aus, in: hessenschau.de vom 29. Mai 2017, <http://hessenschau.de/politik/muervet-oeztuerk-tritt-bei-den-gruenen-aus,muervet-oeztuerk-104.html> (10.04.2018).

MDR Thüringen: Tausende protestieren gegen Südlink in Fambach, <https://www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/schmalkalden-meinungen/protest-suedlink-fambach-104.html> (10.04.2018). Eigene Darstellung, Karte © OpenStreetMap-Mitwirkende.

Meisner, Matthias: Rot-Grün-Rot vom Tisch. Schäfer-Gümbel kann nicht Ministerpräsident von Hessen werden, in: Der Tagesspiegel vom 19. November 2013.

Merten, Heike: Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie, in: **Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.):** Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, 2007, S. 7-113.

Mühlhausen, Walter: Rotes Hessen: Gegenmodell zur Adenauer-Republik, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 251-269.

Müller, Wolfgang C./Strom, Kaare (Hrsg.): Policy, Office or Votes? How Political Parties Make Hard Choices, New York, 1998.

Murr, Günter: Kommunalwahl in Frankfurt. Grüne verloren besonders viel, in: Frankfurter Neue Presse vom 08. März 2016.

Muschel, Roland: Ein schwerer Tag für die CDU, in: Tagesspiegel Online vom 30. März 2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/gruen-schwarz-in-baden-wuerttemberg-ein-schwerer-tag-fuer-die-cdu/13381354.html> (10.04.2018).

Neumann, Arijana: Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 229–247.

Neumann, Arijana/Schmid, Josef: Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei, in: **Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):** Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 107–141.

Ober, Katharina: Schwarz-grüne Koalitionen in nordrhein-westfälischen Kommunen. Erfahrungen und Perspektiven, Baden-Baden, 2008.

Overländer, Marco: Rhein-Main. Hochburg für radikale und missionarische Islamisten, in: Frankfurter Neue Presse vom 03. Februar 2017.

O. V.: Fluglärm: Geplagte Kommunen sollen Entschädigung bekommen. Dpa-Meldung vom 26. September 2017.

O. V.: Länderfinanzausgleich: Hessen und Bayern ziehen Klage zurück. hessenschau.de vom 05. September 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/laender-finanzausgleich-hessen-und-bayern-ziehen-klage-zurueck,klage-finanzausgleich-100.html> (10.04.2018).

O. V.: Kritik an Kindergarten-Plänen der Landesregierung, in: hessenschau.de vom 28. August 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/kritik-an-kindergarten-plaenen-der-landesregierung,kindergarten-beitragsfrei-hessen-100.html> (10.04.2018).

O. V.: Hessen schafft Kindergarten-Gebühren (fast) ab, in: hessenschau.de vom 24. August 2017, <http://www.hessenschau.de/gesellschaft/hessen-schafft-kindergarten-gebuehren-fast-ab,kita-gebuehrenfrei-100.html> (10.04.2018).

O. V.: Weniger Tiere an Hessens Unis zu Forschungszwecken getötet, in: Frankfurter Neue Presse vom 11. Juli 2017, <http://www.fnp.de/rhein-main/Weniger-Tiere-an-Hessens-Unis-zu-Forschungszwecken-getoetet;art1491,2707668> (10.04.2018).

O. V.: FDP-Fraktionschef im hr-Sommerinterview. Für Rock ist die CDU „nicht mehr allererster Partner“, in: hessenschau.de vom 03. Juli 2017.

O. V.: „Jamaika“-Gespräche steuern Abschluss an, in: Schleswig-Holsteinische Zeitung Online vom 12. Juni 2017, <https://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/politik/jamaika-gespraechе-steuern-abschluss-an-id17036756.html> (10.04.2018).

- O. V.:** Hessen bewertet Kampf gegen Einbrecher positiv, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08. Juni 2017, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessen/hessen-bewertet-laender-kooperation-gegen-einbrecher-positiv-15051890.html> (10.04.2018).
- O. V.:** Opposition kritisiert „Pakt für den Nachmittag“, in: Die Welt online vom 31. Mai 2017, <https://www.welt.de/regionales/hessen/article165100455/Opposition-kritisiert-Pakt-fuer-den-Nachmittag.html> (10.04.2018).
- O. V.:** Mögliche „Jamaika“-Partner loben Gespräche, in: NDR Online vom 17. Mai 2017, http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/landtagswahl_2017/Moegliche-Jamaika-Partner-loben-Gespraechе,jamaika114.html (10.04.2018).
- O. V.:** Neues Schulgesetz erlaubt Sponsoring an Hessens Schulen, in: Frankfurter Neue Presse vom 02. Mai 2017, <http://www.fnp.de/rhein-main/Neues-Schulgesetz-erlaubt-Sponsoring-an-Hessens-Schulen;art1491,2603866> (10.04.2018).
- O. V.:** Volker Bouffier trommelt für Schwarz-Grün, in: www.huffingtonpost.de vom 18. Februar 2017, https://www.huffingtonpost.de/2017/02/18/volker-bouffier-schwarz-gruen_n_14840188.html (10.04.2018).
- O. V.:** Kabinett beschließt besseren Schutz von Einsatzkräften, in: Deutschlandfunk vom 08. Februar 2017, http://www.deutschlandfunk.de/gesetzes-reform-kabinett-beschliesst-besseren-schutz-von.1818.de.html?dram:article_id=378396 (10.04.2018).
- O. V.:** Wegstrecke mit Schlaglöchern. Kommentar zu drei Jahren Schwarz-Grün in Hessen, in: Offenbacher Post online vom 17. Januar 2017, <https://www.op-online.de/hessen/drei-jahre-schwarz-gruen-hessen-7299516.html> (10.04.2018).
- O. V.:** CDU-Schwäche kostet Koalition die Mehrheit, in: hessenschau.de vom 12. Januar 2017, <http://www.hessenschau.de/politik/neuer-hessentrend-cdu-schwaeche-kostet-koalition-die-mehrheit,hessentrend-2017-100.html> (01.11.2017).
- O. V.:** Erste Fachhochschule darf Dokortitel verleihen, in: SPIEGEL online vom 10. Oktober 2016, <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/fulda-erste-fach-hochschule-darf-dokortitel-verleihen-a-1115948.html> (10.04.2018).
- O. V.:** Aus für Hauptschule, mehr Inklusion, häufiger ganztags, in: Hessenschau vom 04. Oktober 2016, <http://www.hessenschau.de/politik/schwarz-gruen-stellt-entwurf-fuer-neues-schulgesetz-vor,entwurf-neues-schulgesetz-vor-gestellt-100.html> (01.11.2017).
- O. V.:** Schwarz-Grün sonnt sich in Umfrage. SPD benennt Spitzenkandidat, in: hessenschau.de vom 24. August 2016, <http://www.hessenschau.de/politik/>

schwarz-gruen-sonnt-sich-in-umfrage---spd-benennt-spitzenkandidat,cdu-umfrage-tsg-100.html (01.11.2017).

O. V.: Pressemitteilung Neues Standortkonzept zur Flüchtlingsverteilung in Hessen vom 20. April 2016, <https://fluechtlinge.hessen.de/pressemitteilungen/neues-standortkonzept-zur-fluechtlingsunterbringung-hessen> (10.04.2018).

O. V.: CDU und SPD in Hessen im Umfragetief, in: faz.net vom 20. Januar 2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/afd-bei-zwoelf-prozent-cdu-und-spd-in-hessen-im-umfragetief-14024365.html> (10.04.2018).

O. V.: Bouffier kann sich längere schwarz-grüne Ehe in Hessen vorstellen, in: DieWelt online vom 31. Dezember 2015, <https://www.welt.de/regionales/hessen/article150498620/Bouffier-kann-sich-laengere-schwarz-gruene-Ehe-in-Hessen-vorstellen.html> (10.04.2018).

O. V.: Hessische Grüne für Asylkompromiss, in: faz.net vom 25. September 2015, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/gruene-stimmen-auf-parteitag-fuer-den-asylkompromiss-13825376.html> (10.04.2018).

O. V.: CDU-Umfrage: Schwarz-Grün mit mehr Zustimmung, in: faz.net vom 20. Juli 2015, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/cdu-umfrage-wachsende-zustimmung-zu-schwarz-gruen-13712067.html> (10.04.2018).

O. V.: Kritik an Stärkung der Fachhochschulen, in: Frankfurter Rundschau online vom 16. Juli 2015, <http://www.fr.de/rhein-main/neues-hochschulgesetz-kritik-an-staerkung-der-fachhochschulen-a-453844> (10.04.2018).

O. V.: Besserer Schutz für Polizisten, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Mai 2015.

O. V.: Hauptschulabschluss wird bleiben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Mai 2015.

O. V.: Netzausbau. Südlink-Stromtrasse soll durch Thüringen verlaufen, in: Mitteldeutscher Rundfunk vom 07. März 2015, <http://www.mdr.de/thueringen/suedlink-tennet-thueringen-100.html> (01.11.2017).

O. V.: Landesbeamte protestieren gegen Sparprogramm, in: Haufe-Verlagsgruppe vom 16. Dezember 2014, https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/haushalt-finanzen/hessen-landesbeamte-protestieren-gegen-sparprogramm_146_286100.html (10.04.2018).

O. V.: Wo Schwarz-Grün sparen will – und wo nicht, in: dpa-Meldung vom 17. Dezember 2013.

O. V.: Flughafen. Schwarz-Grün unter Beschuss, in: Frankfurter Neue Presse vom 13. Dezember 2013, <http://www.fnp.de/rhein-main/Flughafen-Schwarz-gruen-unter-Beschuss;art801,707875> (10.04.2018).

O. V.: Hessens Grüne wollen mit der CDU verhandeln, in: Frankfurter Rundschau vom 23. November 2013.

O. V.: Rot-Rot-Grün in Hessen wohl gescheitert, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. November 2013.

O. V.: Twitter-Eklat: Schäfer-Gümbel greift Wissler an, in: Frankfurter Rundschau vom 24. Oktober 2013.

O. V.: Bouffier ruft kostenlosen Kindergarten als Ziel aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06. Juli 2013.

O. V.: Parteienstreit um Wahltermin, in: HR-online vom 04. Juni 2012, http://www.hr-online.de/website/specials/landtagswahl-hessen/index.jsp?rubrik=83375&key=standard_document_44983158 (10.04.2018).

O. V.: Schwarz-Grün uneins über Billigflieger-Angebot am Airport Frankfurt, in: FOCUS online vom 02. November 2011, http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/schwarz-gruen-uneins-ueberbilligflieger-angebot-am-airport-frankfurt_id_6148083.html (10.04.2018).

Petermann, Anke: „Gönnen können“ heißt die Devise, in: Deutschlandfunk vom 25. April 2014, http://www.deutschlandfunk.de/schwarz-gruen-in-hessen-goennen-koennen-heisst-die-devise.724.de.htm?dram:article_id=283718 (01.11.2017).

Petermann, Anke: Joschkas Kinder und Alfreds Enkel an einem Tisch, in: Deutschlandfunk vom 25. November 2013, http://www.deutschlandfunk.de/koalitionsverhandlungen-hessen-joschkas-kinder-und-alfreds.1773.de.html?dram:article_id=270002 (10.04.2018).

Pokorny, Sabine: Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013. Wahlanalyse, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2013.

Reinecke, Stefan: Das schwarz-grüne Versprechen, in: **Kronenberg, Volker/ Weckenbrock, Christoph (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011, S. 162–170.

Remmert, Jochen: Hessen. Scharfe Rüge für Schwarz-Grün wegen Infrastruktur, in: faz.net vom 10. November 2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/wirtschaft/dgb-hessen-und-vhu-sehen-defizite-bei-infrastruktur-14520992.html> (10.04.2018).

Reuter, Timo: Grüne und Frankfurter Flughafen. Macht statt Widerstand, in: tageszeitung vom 13. August 2014.

Rhein, Boris: Passt der Doktorhut zur Fachhochschule? Ja!, in: Die Zeit vom 01. Dezember 2016.

Rippegather, Jutta: Kompromiss beim Fluglärm, in: Frankfurter Rundschau vom 07. November 2017.

Rippegather, Jutta: Eltern wollen echte Inklusion, in: Frankfurter Rundschau vom 07. Februar 2017.

Rother, Richard: Der Kracher für Schwarz-Grün. Streit um den Frankfurter Flughafen, in: tageszeitung vom 23. November 2013.

Rüttgers, Jürgen: Was Schwarz-Grün leisten müsste – wenn es denn müsste, in: **Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011, S. 357–372.

Schacht, Konrad: Konflikte um Großprojekte. Flughafenerweiterungen zwischen Effizienz und Legitimität, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 313–335.

Scheld, Christoph: Vorschläge für Erdkabel-Korridore. Wird Suedlink-Stromtrasse an Hessen vorbei gebaut?, in: Hessische Rundschau vom 27. September 2016, <http://www.hessenschau.de/wirtschaft/suedlink-stromtrasse-koennte-an-hessen-vorbei-fuehren,suedlink-100.html> (01.11.2017).

Schiller, Theo: Hessischer Landtag, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 37–64.

Schiller, Theo: Die FDP Hessen im bürgerlichen Koalitionslager, in: **Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):** Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 142–160.

Schissler, Jakob: Politische Kultur in Hessen im Wandel, in: **Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):** Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 56–73.

Schlieben, Michael: Hessische Hasenfüße, bayerische Extrawürste, in: DIE ZEIT online vom 24. Januar 2013, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-01/wahltermin-hessen-bayern> (10.04.2018).

Schmidt-Lunau, Christoph: Elektroauto und Abschiebeflieger, in: tageszeitung vom 23. August 2017.

Schneider, Jens: Schwarz-Grün in Hessen steht, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Dezember 2013.

Schneider, Jens: CDU und Grüne einigen sich bei Konflikt um Fluglärm, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Dezember 2013.

Schneider, Jens: Die Unterschiede bleiben, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. November 2013.

Schneider, Jens: Hessen-SPD erwägt Minderheitenregierung, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. November 2013.

Schneider, Jens: Man sieht sich zweimal, in: Süddeutsche Zeitung vom 08. Oktober 2013.

Schneider, Jens: Vor-vor-vor-Gespräche, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. September 2013.

Schneider, Jens/Dörries, Bernd: Das große Warten, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. September 2013.

Schneider, Jens: Bouffier setzt auf Prinzip Huckepack, in: Süddeutsche Zeitung vom 09. September 2013.

Scholz, Bastian: Königsmacher im Dilemma. Die Grünen zwischen Schwarz-Grün und Rot-Rot-Grün, in: **Kronenberg, Volker (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden, 2016, S. 131–140.

Schroeder, Wolfgang: Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition, in: **Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):** Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 77–106.

Schroeder, Wolfgang/Geiger, Sebastian: Organisierte Interessen in Hessen, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 181–206.

Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Reschke, Michael: Die Linkspartei in Hessen, in: **Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):** Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden, 2008, S. 184–208.

Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016.

Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana: Politische Herausforderungen in Hessen, in: **Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (Hrsg.):** Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden, 2016, S. 1–7.

Schwan, Helmut: Die CDU beginnt die neue Ära einmütig, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 22. Dezember 2013.

Schwan, Helmut: „Eine Mogelpackung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. November 2013.

Schwan, Helmut: Gut, dass sie darüber gesprochen haben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. November 2013.

Stang, Christian: Infrastruktur in Hessen: Von ICE-Strecken bis zur Förderung des Fahrradfahrens, in: Main-Spitze vom 12. März 2015, http://www.main-spitze.de/politik/hessen/infrastruktur-in-hessen-von-neuen-ice-strecken-bis-zur-foerderung-des-fahrradfahrens_15094187.htm (10.04.2018).

Strünck, Christoph: Starke Signalwirkung. Das hessische Parteiensystem, in: **Jun, Uwe (Hrsg.):** Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, 2008, S. 247–264.

Sturm, Roland: Schwarz-grüne Koalitionspolitik in den Ländern, in: **Kronenberg, Volker (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden, 2016, S. 45–58.

TENNET: SuedLink. Die Windstromleitung, Website, <https://www.tennet.eu/de/unser-netz/onshore-projekte-deutschland/suedlink/> (10.04.2018).

Topcu, Canan: Wie schaffen die das, in: Heinrich Böll Stiftung, Website, <https://www.boell.de/de/fluechtlingspolitik-hessen> (10.04.2018).

Walter, Franz: Riskante Überbürgerlichkeit, in: **Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden, 2011, S. 134–143.

Weckenbrock, Christoph: Schwarz-Grün für Deutschland? Wie aus politischen Erzfeinden Bündnispartner wurden, Essen, 2017.

Weckenbrock, Christoph: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden, 2017.

Weckenbrock, Christoph: Schwarz-grüne Bündnisse in Großstädten. Muster der Koalitionsbildung und der praktischen Zusammenarbeit, in: **Kronenberg, Volker (Hrsg.):** Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden, 2016, S. 33–44.

Winter, Thorsten: Hessens Wirtschaft und DGB rügen Schwarz-Grün, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Dezember 2013.

Wyssuwa, Matthias: Keine eineiigen Drillinge, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 2017.

Zastrow, Volker: Hessischer Solarplexus, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24. November 2013.

Zoske, Sascha: Starke Forscher, schwache Hiwis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06. Januar 2016.

Der Autor

Prof. Dr. Volker Kronenberg ist Studiendekan der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und lehrt Politische Wissenschaft am dortigen Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie sowie an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Thomas Köhler
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49 (0)30 / 26 996-3550
E-Mail: thomas.koehler@kas.de

Dr. Viola Neu
Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung
Politik und Beratung und
Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung
Telefon: +49 (0)30 / 26 996-3506
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Über eine Kooperation zwischen der Union (CDU/CSU) und dem Bündnis 90/Die Grünen wird in der deutschen Öffentlichkeit seit Jahren diskutiert. Obwohl Schwarz-Grün bis heute etwas Exotisches anhaftet, sind bzw. waren schwarz-grüne und grün-schwarze Kooperationen vor allem im kommunalen Bereich, aber auch auf Länderebene bereits politische Realität: in Hamburg, zeitweilig im Saarland (ergänzt um die FDP), seit 2013 in Hessen, seit 2016 in Baden-Württemberg sowie seit 2017 als „Jamaika“-Koalition in Schleswig-Holstein. Trotz vielfacher Annäherungen und erfolgreicher Zusammenarbeit in Kommunen und Ländern bleibt Schwarz-Grün weiterhin eine besondere parteipolitische Konstellation.